

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ENERCITY AG

**VERTRAG ÜBER DIE ERRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON
LADEEINRICHTUNGEN FÜR ELEKTROFAHRZEUGE IN DER
FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

Hamburg, den 5. August 2024

Inhaltsverzeichnis

Seite

Konzessionsvertrag	1
Anlage 1.1 Standortkonzept	22
Anlage 1.2	
• Vergabeunterlagen Teil 1 (Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen)	42
• Vergabeunterlagen Teil 2 (Teilnahmeantrag mit Formblättern zum Nachweis der Eignung)	80
• Vergabeunterlagen Teil 3 (Leistungsbeschreibung)	114
• Anlage 8.1 zur Leistungsbeschreibung – Gestaltungsvorgaben	138
• Anlage 23.1 zur Leistungsbeschreibung – Bericht Sondernutzungsgenehmigungen	141
• Anlage 23.3 zur Leistungsbeschreibung – Bestandsverzeichnis	144
• Vergabeunterlagen Teil 4 (Konzessionsvertrag - nicht abgedruckt)	145
• Vergabeunterlagen Teil 5 (Aufforderung zur Abgabe des verbindlichen Erstangebots)	147
• Bewerberfragen mit Antworten und Hinweisen der Vergabestelle	166
• Teilnahmeantrag	209
• Verbindliches Erstangebot	411
• Zuschlag	493
Anlage 14 Ansprechpersonen	494

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ENERCITY AG

**VERTRAG ÜBER DIE ERRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON
LADEEINRICHTUNGEN FÜR ELEKTROFAHRZEUGE IN DER
FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

Hamburg, den 5. August 2024

INHALT

Klausel	Seite
ABSCHNITT 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	4
1. VERTRAGSGEGENSTAND	4
2. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	5
3. HAUPTPFLICHTEN	5
4. VERGÜTUNG UND KONZESSIONSENTGELT	5
ABSCHNITT 2 – ERRICHTUNG DER LADEEINRICHTUNGEN	6
5. LEISTUNGSBESCHREIBUNG FÜR ERRICHTUNG MAßGEBLICH	6
6. EIGENTUM AN DEN LADEEINRICHTUNGEN	6
7. SONDERNUTZUNG UND AUFGRABEERLAUBNIS	6
ABSCHNITT 3 – BETRIEB DER LADEEINRICHTUNGEN	8
8. LEISTUNGSBESCHREIBUNG FÜR BETRIEB MAßGEBLICH	8
ABSCHNITT 4 – HAFTUNG	8
9. VERKEHRSSICHERUNGSPFLICHT	8
10. ALLGEMEINE HAFTUNGSREGELN	8
11. VERTRAGSSTRAFEN	9
12. SICHERHEITEN	9
13. HAFTPFLICHTVERSICHERUNGEN	10
ABSCHNITT 5 – KOMMUNIKATION	11
14. KONTAKT UND ANSPRECHPARTNER	11
15. BERICHTSPFLICHTEN UND BESTANDSVRZEICHNIS	11
16. DATENSCHUTZ UND -SICHERHEIT	11
17. VERTRAULICHKEIT	12
ABSCHNITT 6 – BEENDIGUNG DES KONZESSIONSVERTRAGS UND DER SONDERNUTZUNG	14
18. VERTRAGSLAUFZEIT	14
19. KÜNDIGUNGSRECHTE	14
20. RÜCKBAU, ÜBERNAHME UND BEEINTRÄCHTIGUNG DER LADEEINRICHTUNGEN	16
ABSCHNITT 7 – SONSTIGE BESTIMMUNGEN	16

21.	BESTEHENDE UND WEITERE LADEEINRICHTUNGEN UND LADEEINRICHTUNGEN IM RAHMEN VON FORSCHUNGS- UND SCHAUFENSTER-PROJEKTEN	16
22.	MINDESTLOHN UND TARIFTREUE.....	16
23.	ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN UND PFLICHTEN	16
24.	LEISTUNGSERBRINGUNG DURCH NACHUNTERNEHMER	17
25.	EINBEZIEHUNG FINANZIELLER KAPAZITÄTEN ANDERER UNTERNEHMEN	17
26.	HAMBURGISCHES TRANSPARENZGESETZ.....	17
27.	SALVATORISCHE KLAUSEL	18
28.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....	18
	ANLAGENVERZEICHNIS	18

VERTRAG ÜBER DIE ERRICHTUNG UND DEN BETRIEB VON LADEEINRICHTUNGEN FÜR ELEKTROFAHRZEUGE IN DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

vom 5. August 2024

zwischen

- (1) der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wirtschaft und Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, nachfolgend die **FHH**, und
 - (2) der enercity AG, Glockseeplatz 1, 30169 Hannover, nachfolgend der **Betreiber**;
- die FHH und der Betreiber gemeinsam nachfolgend die **Parteien** oder einzeln **Partei**.

Präambel

- (A) Mit diesem Konzessionsvertrag verleiht die FHH dem Betreiber auf Grund des vorangegangenen europaweit bekannt gemachten Verhandlungsverfahrens mit vorausgehendem Teilnahmewettbewerb (ABl. 2024/S 041-119248) (**Ausschreibung**) das grundsätzliche Recht, öffentlich zugängliche Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge auf öffentlichen Wegen und Plätzen zu errichten und zu betreiben (**Konzession**). Der Betreiber verpflichtet sich, von der Konzession nach Maßgabe dieses Konzessionsvertrages Gebrauch zu machen.
- (B) Dieser Konzessionsvertrag dient dem Ziel, angesichts einer absehbar steigenden Nachfrage nach Ladeeinrichtungen im Stadtgebiet ein adäquates Angebot zu schaffen. Dieses Ziel ist getragen von dem allgemeinen öffentlichen Interesse an einer Förderung der Elektromobilität im Sinne einer Verbesserung der Luftqualität, einer Verminderung von Geräuschimmissionen und insbesondere einer Vermeidung des Ausstoßes klimaschädlicher Emissionen (Klimaschutz). Dieser Konzessionsvertrag ist ein Baustein für ein Gelingen der Antriebswende in der FHH sowie für die Erreichung der Hamburgischen Klimaschutzziele und Ausdruck der in der Hamburgischen Verfassung verankerten Verantwortung der FHH für die Begrenzung der Erderwärmung.
- (C) Im Sinne der Daseinsvorsorge strebt die FHH dabei ein flächendeckendes, nutzergerechtes, nachhaltiges, barrierefreies und städtebaulich attraktives Angebot an; Ladeeinrichtungen sollen nicht nur an besonders lukrativen Standorten entstehen.
- (D) Es ist ein gemeinsames Anliegen der Parteien, den Zugang zu den Ladeeinrichtungen diskriminierungsfrei und so nutzerfreundlich wie möglich zu gestalten. Die Ladeeinrichtungen des Betreibers sollen insbesondere gemeinsam mit denen anderer Betreiber eine einheitlich zugängliche Infrastruktur bilden und anbieterübergreifend nutzbar sein.
- (E) Grundlage des Ausbaus von Ladeeinrichtungen nach diesem Konzessionsvertrag ist ein durch die FHH entwickeltes Standortkonzept. Es ist Aufgabe des Betreibers, innerhalb der seinem Los zugewiesenen Suchräume geeignete

Standorte für die nach diesem Konzessionsvertrag zu errichtenden Ladeeinrichtungen zu ermitteln und entsprechende Sondernutzungserlaubnisse nach § 19 des Hamburgischen Wegegesetzes (*HWG*) bzw. § 8 Fernstraßengesetz (*FStrG*) einzuholen. Zugleich bildet die Konzession grundsätzlich eine Voraussetzung für die insoweit zuständigen Bezirksämter, um eine entsprechende Erlaubnis zu erteilen.

- (F) Daneben verfolgt die FHH mit diesem Konzessionsvertrag das Ziel, den Ausbau und den Betrieb von Ladeeinrichtungen auf öffentlichen Wegen und Plätzen in einen Ausgleich mit sonstigen öffentlichen Belangen zu bringen. Hierfür trägt vor allem die wegerechtliche Prüfung der konkreten Sondernutzung durch die Bezirksämter und die Verbindung der einzelnen Sondernutzungserlaubnisse mit den jeweils gültigen Nebenbestimmungen Gewähr.
- (G) Ausbau und Betrieb der Ladeeinrichtungen sollen weitgehend nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen. Durch die Ausschreibung langfristiger Konzessionen und den Abschluss mehrerer Konzessionsverträge möchte die FHH einen hinreichenden Wettbewerb gewährleisten und Nutzern von Elektrofahrzeugen so zu einem preiswerten und hochqualitativen Angebot verhelfen. Das wirtschaftliche Risiko für die Errichtung und den Betrieb der Ladeeinrichtungen trägt der Betreiber, während sich die FHH auf die Setzung eines offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Rahmens und die Überwachung von dessen Einhaltung beschränkt. Konzessionen werden an einen beschränkten Kreis von Betreibern vergeben, um der FHH eine effiziente Wahrnehmung dieser Rolle zu ermöglichen und einen unverhältnismäßig hohen Aufwand auf Seiten der Verwaltung zu vermeiden. Das Recht der FHH, Ausbau und Betrieb von Ladeeinrichtungen in Zukunft auch anders zu regeln, bleibt hiervon unberührt.
- (H) Die Parteien sind sich des Umstands bewusst, dass sich die vorgenannten Ziele nur durch ein hohes Maß an Kooperation und Abstimmung sowie durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erreichen lassen.
- (I) Soweit im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher oder männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich in gleicher Weise auf Männer, Frauen und Diverse.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien, was folgt:

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

1. Vertragsgegenstand

1.1 Gegenstand dieses Konzessionsvertrags sind

- (a) das grundsätzliche Recht und die gleichzeitige Pflicht des Betreibers, nach den Bestimmungen der Leistungsbeschreibung, des vorliegenden Konzessionsvertrages und des Standortkonzepts nach Anlage 1.1

(Standortkonzept) auf öffentlichen Wegen und Plätzen im Gebiet der FHH Ladeeinrichtungen mit insgesamt 500 Ladepunkten für Elektrofahrzeuge zu errichten und zu betreiben;

- (b) Regelungen, die der FHH ein hohes Maß an Kontrolle über die Einhaltung aller Vertragspflichten (auch nach der Leistungsbeschreibung) durch den Betreiber erlauben und angemessene Anpassungen der Ladeinfrastruktur während der Vertragslaufzeit ermöglichen;
- 1.2 Die Rechte und Pflichten der Parteien ergeben sich aus den Regelungen dieses Konzessionsvertrags, der Leistungsbeschreibung und dem verbindlichen Erstangebot oder endgültigen Angebot, je nachdem, welches Angebot bezuschlagt worden ist sowie insbesondere den dabei einzureichenden Konzepten (Auf- und Ausbaukonzept, Betriebskonzept, Nachhaltigkeitskonzept) des Betreibers im Rahmen der Ausschreibung. Im Falle eines Konflikts gilt folgende Reihenfolge: Leistungsbeschreibung, Konzessionsvertrag, Angebot des Bieters. Die entsprechenden Vergabeunterlagen und das Angebot des Bieters sowie der darauf erfolgte Zuschlag sind diesem Vertrag als Anlage 1.2 (Vergabeunterlagen, Angebot und Zuschlag) beigelegt.

2. Begriffsbestimmungen

Die Parteien legen den in diesem Konzessionsvertrag verwendeten Begriffen die Bestimmungen nach der Leistungsbeschreibung zugrunde.

3. Hauptpflichten

- 3.1 Der Betreiber ist verpflichtet, nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung, dieses Konzessionsvertrages und des Standortkonzepts sowie dem Angebot des Bieters Ladeeinrichtungen für das Laden von Elektrofahrzeugen auf öffentlichen Wegen und Plätzen innerhalb bestimmter Zeiträume zu errichten und über den Geltungszeitraum dieses Konzessionsvertrages zu betreiben. Hierzu zählt auch der Betrieb des Back-Ends.
- 3.2 Der Betreiber hat Nutzern und Mobilitätsanbietern diskriminierungsfreien Zugang zu den Ladeeinrichtungen einzuräumen.
- 3.3 Vorbehaltlich der näheren Bestimmungen der Leistungsbeschreibung, dieses Konzessionsvertrages und insbesondere des Erlaubnisverfahrens nach Ziffer 7 gewährt die FHH dem Betreiber das grundsätzliche Recht, Ladeeinrichtungen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu errichten und zu betreiben.

4. Vergütung und Konzessionsentgelt

- 4.1 Der Betreiber erhält für Errichtung und Betrieb der Ladeeinrichtungen von der FHH keine Vergütung und zahlt der FHH kein Konzessionsentgelt. Vielmehr trägt der Betreiber das volle wirtschaftliche Risiko im Zusammenhang mit diesem Konzessionsvertrag.

- 4.2 Hiervon unberührt bleibt die Pflicht des Betreibers, sonstige von der FHH erhobene Steuern, Gebühren oder Abgaben zu zahlen. Dies gilt insbesondere für Gebühren im Rahmen der Erteilung oder Änderung von Sondernutzungserlaubnissen, auch soweit solche Erlaubnisse für die Durchführung dieses Vertrages erforderlich sind.

Abschnitt 2 – Errichtung der Ladeeinrichtungen

5. Leistungsbeschreibung für Errichtung maßgeblich

Die Einzelheiten der Errichtung der Ladeeinrichtungen richten sich zu folgenden Aspekten nach der Leistungsbeschreibung:

- (a) Standortkonzept und Standortsuche
- (b) Errichtung und Inbetriebnahme (inkl. Auf- und Ausbaukonzept)
- (c) Technische Standards
- (d) Parkdetektionssensorik
- (e) Netzanschluss
- (f) Standortgestaltung und Designvorgaben (inkl. Designkonzept)
- (g) Barrierefreiheit
- (h) Beschilderung und Markierungen
- (i) Innovation

6. Eigentum an den Ladeeinrichtungen

- 6.1 Die Parteien gehen davon aus, dass die im Rahmen dieses Konzessionsvertrags errichteten Ladeeinrichtungen, dazugehörige (unterirdische) Bestandteile sowie Nebenanlagen nur vorübergehend für die Dauer dieses Konzessionsvertrags mit dem Grund und Boden verbunden werden. Sie sollen nicht zu den wesentlichen Bestandteilen der jeweiligen Wegefläche gehören und durch die Errichtung nicht in das Eigentum der FHH übergehen, sondern Scheinbestandteile im Sinne von § 95 BGB darstellen.
- 6.2 Der Betreiber hat zu gewährleisten, dass er jederzeit über das Eigentum an den Ladeeinrichtungen, die er nach Maßgabe dieses Konzessionsvertrags errichtet und/oder betreibt, verfügen kann, um die Pflichten nach Ziffer 20 (Rückbau, Übernahme und Beeinträchtigung der Ladeeinrichtungen) ordnungsgemäß erfüllen zu können.

7. Sondernutzung und Aufgrabeerlaubnis

- 7.1 Für die Errichtung und den Betrieb der Ladesäulen ist für jeden Standort eine Sondernutzungserlaubnis nach § 19 HWG bzw. § 8 FStrG erforderlich, die der Betreiber bei dem jeweils zuständigen Bezirksamt (**Bezirksamt**) beantragen

muss. Die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis richtet sich allein nach den gesetzlichen Regelungen. Es besteht kein Anspruch auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis. Das Genehmigungsrisiko trägt der Betreiber. Im Fall der Ablehnung eines Standorts ist die FHH nicht verpflichtet, den Betreiber auf einen wegerechtlich geeigneten Standort im betreffenden Suchraum hinzuweisen.

- 7.2 Klarstellend halten die Parteien fest, dass die Sondernutzung nicht die einem Ladepunkt bzw. einer Ladeeinrichtung zuzuordnenden Stellplätze umfasst.
- 7.3 Der Betreiber wird den Antrag auf Sondernutzungserlaubnis mit ausreichendem Vorlauf vor dem geplanten Beginn der jeweiligen Sondernutzung unter Berücksichtigung einer Bearbeitungsfrist von drei Monaten (§ 19 Abs. 2a S. 3 HWG) bei dem Bezirksamt oder über den Einheitlichen Ansprechpartner Hamburg (§ 19 Abs. 2a S. 1 HWG) stellen. Bevor der Antrag zur Genehmigung beim Bezirksamt eingereicht wird, ist der Antrag der Behörde für Wirtschaft und Innovation (**BWI**) vorzulegen, welche die Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages prüft. Das Bezirksamt entscheidet über den Antrag unter Beachtung des Standortkonzepts sowie nach Maßgabe der jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften. Dem Bezirksamt obliegt insbesondere weiterhin die Prüfung, ob die Sondernutzung in unangemessener Weise öffentliche Belange (bspw. Denkmalschutz, Verträglichkeit mit dem Stadtbild, Sicherheit, Brandschutz oder die Umwelt) beeinträchtigt.
- 7.4 Die FHH ist berechtigt, die Sondernutzungserlaubnis mit üblichen Nebenbestimmungen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu verbinden. Die Sondernutzungserlaubnis enthält einen Widerrufsvorbehalt, wonach ein Widerruf insbesondere dann erfolgen kann, wenn der Betreiber die in Ziffer 4 (Errichtung und Inbetriebnahme) der Leistungsbeschreibung festgelegten Fristen für Errichtung und Inbetriebnahme überschreitet oder nach der Leistungsbeschreibung ein Rückbau oder eine Versetzung aufgrund übergeordneter städtischer Interessen erforderlich wird.
- 7.5 Das Bezirksamt wird die Sondernutzungserlaubnis auf die Dauer der Laufzeit dieses Konzessionsvertrags und unter Beachtung des Standortkonzepts befristen. Die für die Leistungen des Betreibers nach diesem Konzessionsvertrag erteilten Sondernutzungserlaubnisse stehen und fallen mit diesem Konzessionsvertrag. Im Falle der Unwirksamkeit oder vorzeitigen Beendigung dieses Konzessionsvertrags (bspw. durch Kündigung) kann das Bezirksamt die Sondernutzungserlaubnisse nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen aufheben.
- 7.6 Es ist Sache des Betreibers, weitere für die Leistungserfüllung nach diesem Konzessionsvertrag (einschließlich des Netzanschlusses) gegebenenfalls erforderliche Sondernutzungserlaubnisse oder sonstige öffentlich-rechtliche Rechtspositionen nach anderen Rechtsvorschriften, etwa behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder Bewilligungen, sowie privatrechtliche Zustimmungsen rechtzeitig einzuholen.
- 7.7 Vor Beginn von Bau- und Unterhaltungsarbeiten, bei denen in den Wegekörper eingegriffen werden muss, ist zudem eine gebührenpflichtige Aufgrabeerlaubnis gemäß § 22 HWG beim Bezirksamt einzuholen.

Abschnitt 3 – Betrieb der Ladeeinrichtungen

8. Leistungsbeschreibung für Betrieb maßgeblich

Die Einzelheiten des Betriebs der Ladeeinrichtungen richten sich zu folgenden Aspekten nach der Leistungsbeschreibung sowie dem Betriebskonzept:

- (a) Allgemeine Betriebspflicht
- (b) Authentifizierung von Nutzern
- (c) Stromqualität
- (d) Reservierungsfunktion
- (e) Bereitstellung von Daten zur Ladeinfrastruktur
- (f) Entgelte für Ladevorgänge
- (g) Umgang mit Störungen und Schäden, Entriegelung
- (h) Instandhaltung, Reinhaltung und Umgang mit Vandalismus
- (i) Service-Hotline

Abschnitt 4 – Haftung

9. Verkehrssicherungspflicht

Der Betreiber übernimmt die Verkehrssicherungspflicht für die Ladeeinrichtungen und die dazugehörige Technik. Das Nähere regelt die Leistungsbeschreibung.

10. Allgemeine Haftungsregeln

- 10.1 Die Parteien haften untereinander nach den gesetzlichen Vorschriften. Der Betreiber haftet gegenüber der FHH insbesondere für Schäden, die der FHH durch die schuldhafte Verletzung der vertraglichen und nebenvertraglichen Pflichten sowie der ihm obliegenden Obhuts- und Sorgfaltspflichten entstehen. Dies gilt auch für Schäden, die durch Arbeiter oder Angestellte des Betreibers oder durch sonstige Erfüllungsgehilfen verursacht werden.
- 10.2 Soweit die FHH im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb der Ladeeinrichtungen Dritten gegenüber allein oder neben dem Betreiber haftet und diese Haftung auf einer Nicht- oder Schlechterfüllung der Pflichten des Betreibers nach diesem Konzessionsvertrag oder auf einer sonstigen schuldhaften Handlung des Betreibers beruht, stellt der Betreiber die FHH von Ansprüchen Dritter frei und ersetzt der FHH etwaige Schäden. Gleiches gilt bei einer Gefährdungshaftung oder einer Haftung aufgrund höherer Gewalt im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb der Ladeeinrichtungen, soweit nicht die FHH schuldhaft zur Schadensentstehung beigetragen hat.

- 10.3 Handelt es sich bei dem Betreiber um eine Bietergemeinschaft, so haftet jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gegenüber der FHH gesamtschuldnerisch.

11. Vertragsstrafen

- 11.1 Der Betreiber zahlt die folgenden Vertragsstrafen auf Verlangen der FHH unter den jeweils angegebenen Bedingungen an die FHH, es sei denn, der Betreiber hat die jeweilige Vertragsverletzung nicht zu vertreten:

- (a) einmalig EUR 1.000 je Ladepunkt, der entgegen den Vorgaben der Leistungsbeschreibung zum jeweiligen Fristablauf nicht vertragsgemäß in Betrieb genommen worden ist;
- (b) einmalig weitere EUR 2.500 je Ladepunkt, den der Betreiber sechs Monate nach Ablauf der Ausbauphase nicht in Betrieb genommen hat;
- (c) EUR 5 (ggf. ergänzend zu Ziffer 11.1 d) je Ladepunkt und Tag, an dem der Ladepunkt nicht vertragsgemäß betrieben wird, aber dennoch für Ladevorgänge nutzbar ist, soweit die Pflichtverletzung nicht unwesentlich ist, höchstens jedoch EUR 100 je Ladepunkt für dieselbe Pflichtverletzung;
- (d) EUR 5 (ggf. ergänzend zu Ziffer 11.1 c) je Ladepunkt und Tag, an dem der Betreiber entgegen den Vorgaben der Leistungsbeschreibung rechtswidrige und insbesondere verfassungsfeindliche Inhalte, Symbole oder Parolen nicht fristgerecht (zumindest provisorisch) entfernt, höchstens jedoch EUR 100 je Ladepunkt für dieselbe unterlassene Entfernung;
- (e) EUR 2.500 je 0,1 Prozentpunkte, um welche die in der Leistungsbeschreibung festgelegte Mindestverfügbarkeit der gesamten Ladepunkte im Kalenderjahr unterschritten wird, höchstens jedoch EUR 50.000 pro Jahr.

- 11.2 Das Erheben einer Vertragsstrafe nach Ziffer 11.1 schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche der FHH nicht aus. Eine geleistete Vertragsstrafe wird aber auf etwaige Schadenersatzansprüche der FHH angerechnet. Die Vertragsstrafen können neben der Erfüllung verlangt werden.

- 11.3 Rechte der Parteien zur außerordentlichen Kündigung bleiben durch die vorstehenden Bestimmungen unberührt.

12. Sicherheiten

- 12.1 Der Betreiber hat der FHH spätestens mit Vertragsschluss eine Bürgschaft eines europäischen Kreditinstituts oder seiner in der Europäischen Union ansässigen Muttergesellschaft zur Sicherung der Ansprüche der FHH aus oder auf Grund dieses Konzessionsvertrags vorzulegen, inklusive möglicher Schadenersatzansprüche. Das bürgende Kreditinstitut oder die Muttergesellschaft muss ein Rating im „A“-Bereich von Standard & Poors oder ein gleichwertiges Rating

einer anderen international anerkannten Rating-Agentur aufweisen. Die Bürgschaft muss unbedingt, unwiderruflich, selbstschuldnerisch und auf erstes Anfordern erklärt werden. Die Höhe der Bürgschaft beträgt EUR 1.250.000. Der Betreiber hat die Bürgschaft auf eigene Kosten bis zum vollständigen Rückbau bzw. bis zur Übergabe der letzten Ladeeinrichtung wirksam zu erhalten. Kommt es zu einer Inanspruchnahme der Bürgschaft, hat der Betreiber diese innerhalb von drei Monaten wieder auf den vollen Betrag aufzufüllen.

- 12.2 Die FHH kann sich aus der Bürgschaft befriedigen, sobald der Betreiber mit Zahlungsverpflichtungen aus oder auf Grund dieses Konzessionsvertrags in Verzug ist. Die FHH wird die Sicherheit nur in dem Umfang verwerten, wie es zur Erfüllung der rückständigen Zahlungsverpflichtungen erforderlich ist. Sie wird dem Betreiber die Verwertung der Bürgschaft schriftlich androhen, es sei denn, es besteht nach den Umständen des Einzelfalls Grund zu der Annahme, dass eine Befriedigung aus der Sicherheit hierdurch zu spät erfolgen würde.
- 12.3 Die Bürgschaft ist nach Beendigung des Konzessionsvertrags Zug-um-Zug gegen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung aller vertraglichen Pflichten (insbesondere hinsichtlich eines eventuell erforderlichen Rückbaus der Ladeeinrichtungen oder der Übergabe der Ladeeinrichtungen an einen Dritten) zurückzugeben. Erfüllt der Betreiber seine Pflichten (insbesondere seine Rückbau- und Übergabepflichten) nur teilweise, ist die Bürgschaft nur dann zurückzugeben, wenn der Betreiber zur Absicherung der verbleibenden Pflichten eine in der Höhe entsprechend reduzierte und gleichwertige Sicherheit an die FHH übergibt.

13. Haftpflichtversicherungen

- 13.1 Der Betreiber ist verpflichtet, spätestens bis zum Beginn der ersten Sondernutzung für eine Ladeeinrichtung eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und bis zum vollständigen Rückbau bzw. bis zur Übergabe der letzten Ladeeinrichtung aufrecht zu erhalten. Die Haftpflichtversicherung hat eine Mindestversicherungssumme pro Schadensereignis für Personenschäden in Höhe von EUR 10.000.000, für Sachschäden in Höhe von EUR 2.000.000 und für Vermögensschäden einschließlich der Verletzung des Datenschutzes, die weder mittelbar noch unmittelbar mit dem Personen- oder Sachschaden zusammenhängen, von EUR 100.000 aufzuweisen. Die Haftpflichtversicherung ist 2-fach maximiert abzuschließen (bezogen auf den höchsten zu versichernden Wert).
- 13.2 Der Betreiber legt der FHH jeweils zum ersten Werktag des Kalenderjahres eine Kopie der Versicherungspolice vor. Der Betreiber ist unbeschadet seiner Pflicht nach Absatz 1 dieser Klausel verpflichtet, der FHH alle wesentlichen Änderungen der Haftpflichtversicherung und insbesondere deren Beendigung unverzüglich mitzuteilen. Unbeschadet der vorstehenden Pflicht bemüht sich der Betreiber, den Versicherer dazu zu verpflichten, der FHH die Beendigung des Versicherungsschutzes unverzüglich anzuzeigen.

Abschnitt 5 – Kommunikation

14. Kontakt und Ansprechpartner

- 14.1 Die Parteien benennen in Anlage 14 (Ansprechpersonen) jeweils eine oder mehrere Ansprechpersonen als einzeln Empfangs- und Vertretungsberechtigte im Zusammenhang mit allen Erklärungen, die nach diesem Vertrag abzugeben sind. Davon nicht umfasst sind Erklärungen über Änderungen oder Nachträge zu diesem Konzessionsvertrag. Im Zweifel wird die FHH durch die Behörde für Wirtschaft und Innovation vertreten.
- 14.2 Die Parteien können in Anlage 14 (Ansprechpersonen) auch Ansprechpersonen für technische Aspekte dieses Vertrages benennen.
- 14.3 Änderungen bei den Ansprechpersonen sind der jeweils anderen Partei unverzüglich durch Übersendung einer aktualisierten Anlage 14 (Ansprechpersonen) mitzuteilen.
- 14.4 Die benannten Ansprechpersonen stehen bei Bedarf mindestens halbjährlich für Abstimmungstreffen zur Verfügung. Ziel der Treffen ist, auf eine effiziente und effektive Leistungserbringung und Vertragsabwicklung hinzuwirken, indem u.a. gemeinsame Prozesse und Arbeitsabläufe optimiert werden, über Umsetzungsstände berichtet wird oder aktuelle und offene Fragen im Zusammenhang mit dem Aufbau und Betrieb der Ladeinfrastruktur geklärt werden. Bei Bedarf kann die FHH darüberhinausgehende Abstimmungstreffen verlangen.

15. Berichtspflichten und Bestandsverzeichnis

Die Regelungen über Berichtspflichten und das Bestandsverzeichnis bestimmen sich nach der Leistungsbeschreibung.

16. Datenschutz und -sicherheit

- 16.1 Zur Erfüllung der Pflichten dieses Konzessionsvertrages kann es erforderlich sein, dass eine Partei personenbezogene Daten der jeweils anderen Partei erhält, z.B. die Namen und Kontaktdaten von Ansprechpartnern, diese speichert und im Zusammenhang mit diesem Konzessionsvertrag verwendet. Dabei müssen die Parteien die jeweils geltenden Datenschutzvorschriften beachten, soweit diese anwendbar sind, insbesondere die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (*DSGVO*), das Bundesdatenschutzgesetz und das Hamburgische Datenschutzgesetz.
- 16.2 Jede Partei darf der anderen Partei nur dann personenbezogene Daten (z.B. Namen und Kontaktdaten von Mitarbeitern als Ansprechpartner) offenlegen, wenn und soweit dies für die Zwecke dieses Konzessionsvertrages erforderlich ist und für die Offenlegung die Voraussetzungen einer Rechtsgrundlage erfüllt sind. Die Parteien sind zur Offenlegung personenbezogener Daten der jeweils

anderen Partei gegenüber Dritten berechtigt, sofern sie hierzu rechtlich verpflichtet sind, wobei wirksam eingesetzte Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 4 Nr. 8 DSGVO einer Partei für die Bestimmungen dieser Ziffer nicht als solche Dritten verstanden werden.

16.3 Die Parteien verpflichten sich, die dem jeweils anderen Vertragspartner nach Art. 13 und/oder Art. 14 DSGVO obliegenden Informationspflichten gegenüber den eigenen Mitarbeitern, Erfüllungsgehilfen und Dienstleistern (betroffene Personen) zu erfüllen, wenn im Rahmen der Vertragserfüllung, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Wahrung berechtigter Interessen

(a) personenbezogene Daten betroffener Personen von einem Vertragspartner an den jeweils anderen Vertragspartner offengelegt werden und/oder

(b) betroffene Personen auf Veranlassung des einen Vertragspartners den jeweils anderen Vertragspartner kontaktieren.

16.4 Die Parteien dürfen die empfangenen personenbezogenen Daten ausschließlich zur Erfüllung dieses Konzessionsvertrages und ihrer rechtlichen Verpflichtungen, aber nicht für sonstige Zwecke, verwenden. Nach der Beendigung dieses Konzessionsvertrages müssen die empfangenen personenbezogenen Daten gelöscht werden, sofern sie nicht zur Erfüllung von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder aus anderen datenschutzrechtlich zulässigen Gründen weiterverarbeitet werden müssen. Sofern personenbezogene Daten zur Verarbeitung im Auftrag und nach Weisung der anderen Partei offengelegt werden, wird dies in einer separaten Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geregelt. Sofern personenbezogene Daten von den Parteien in gemeinsamer Verantwortung verarbeitet werden, wird dies in einer separaten Vereinbarung zur gemeinsamen Verantwortung geregelt.

16.5 Der Betreiber bindet in seiner Funktion als Betreiber die nach diesem Konzessionsvertrag errichteten Ladeeinrichtungen an ein Back-End an, das hinreichend technisch abgesichert wird, um Datenmanipulation und -missbrauch zu unterbinden.

16.6 Der Betreiber stellt durch geeignete, dem aktuellen Stand der Technik entsprechende Verfahren sicher, dass die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen (z.B. Nutzerdaten, Kundenportfolios, Tarifinformationen etc.), von denen er in Ausübung seiner Tätigkeit als Betreiber Kenntnis erlangt, gegenüber Dritten gewahrt wird.

16.7 Die Parteien benennen in der Anlage 14 (Ansprechpersonen) den jeweils für diesen Konzessionsvertrag zuständigen Datenschutzbeauftragten.

17. Vertraulichkeit

17.1 Die Parteien verpflichten sich, die ihnen gegenüber offengelegten oder im Rahmen der Vertragsdurchführung erlangten vertraulichen Informationen streng

vertraulich zu behandeln und insbesondere nicht an Dritte oder die Öffentlichkeit weiterzugeben, ausschließlich während der Laufzeit dieses Konzessionsvertrags sowie ausschließlich für den Vertragszweck zu nutzen und mindestens auf die gleiche Weise wie eigene vertrauliche Informationen zu schützen. Dritten dürfen die vertraulichen Informationen nur zugänglich gemacht werden, wenn diese mit diesem Konzessionsvertrag befasst oder im öffentlichen Interesse tätig sind und Vertraulichkeitspflichten unterliegen, die den hier geregelten vergleichbar sind.

- 17.2 Die Parteien haften für ihre Mitarbeiter, Berater, Dienstleister und verbundenen Unternehmen. Die vorgenannten Vertraulichkeitspflichten gelten während sowie, zeitlich unbegrenzt, nach Beendigung dieses Konzessionsvertrags.
- 17.3 Vertrauliche Informationen im Sinne dieses Konzessionsvertrags sind alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und insbesondere auch Geschäftsgeheimnisse im Sinne des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (**GeschGehG**).
- 17.4 Als vertrauliche Informationen gelten solche Informationen nicht, die
- (a) zum Zeitpunkt ihrer Offenlegung bereits öffentlich bekannt waren,
 - (b) öffentlich bekannt werden, ohne dass dem ein Verstoß gegen diese Vereinbarung zugrunde liegt,
 - (c) sich zum Zeitpunkt ihrer Offenlegung bereits rechtmäßig im Besitz des Empfängers befanden, wofür der Empfänger die Beweislast trägt,
 - (d) gegenüber Gerichten, Vergabekammern, Ämtern, Behörden, der Bürgerschaft, den Bezirksversammlungen oder sonstigen vergleichbaren öffentlichen Stellen offenzulegen sind,
 - (e) aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen offenzulegen sind,
 - (f) vom Empfänger nachweislich in unabhängiger Weise entwickelt wurden, ohne vertrauliche Informationen zu benutzen, wofür der Empfänger die Beweislast trägt,
 - (g) gemäß eindeutiger und ausdrücklicher schriftlicher Absprache (einschließlich einer Absprache per E-Mail) der Vertragsparteien zur Veröffentlichung oder Weitergabe an Dritte gedacht sind, oder
 - (h) zu Forschungs- und Auswertungszwecken des Ladeverhaltens an entsprechende Einrichtungen weitergegeben werden oder von denen erwartet werden kann, dass die FHH sie im üblichen Rahmen für ein öffentliches Monitoring des Ausbaus der Ladeinfrastruktur veröffentlicht. Die FHH stellt die Daten dabei in anonymisierter Form zur Verfügung.
- 17.5 Auf Verlangen der offenlegenden Partei ist der Empfänger verpflichtet, alle Unterlagen, Informationen, Muster und sonstige ihm zugänglich gemachten vertraulichen Informationen unverzüglich zurückzugeben oder diese ordnungsgemäß zu löschen. Der Empfänger ist berechtigt, eine einzelne Kopie von solchen Informationen zu behalten, die für den Nachweis der Erfüllung seiner Ver-

pflichtungen unbedingt benötigt wird, und zwar nur für diesen Zweck. Außerdem dürfen automatisch erstellte Back-up- oder Sicherungs-Kopien behalten werden, sofern deren Löschung nicht möglich oder in Ansehung von Kosten, Aufwand oder aus anderen Gründen nicht zumutbar ist. Der Empfänger ist verpflichtet, die Löschung auf Verlangen der offenlegenden Vertragspartei schriftlich zu bestätigen und hierbei auch anzugeben, ob und inwieweit Kopien in Übereinstimmung mit Vorstehendem behalten werden. Soweit der Empfänger nicht zur Löschung verpflichtet ist, gewährleistet der Empfänger die vollständige Vertraulichkeit in Übereinstimmung mit dieser Vereinbarung für die Zukunft.

Abschnitt 6 – Beendigung des Konzessionsvertrags und der Sondernutzung

18. Vertragslaufzeit

- 18.1 Dieser Konzessionsvertrag tritt einen Monat nach Veröffentlichung im Informationsregister der FHH in Kraft (§ 10 Hamburgisches Transparenzgesetz - *HmbTG*) und endet mit Ablauf des 30.06.2035.
- 18.2 Die Laufzeit kann durch die FHH verlängert werden – jeweils einmalig – (i) um bis zu ein Jahr aus Gründen von Verzögerungen bei der Konzessionsvergabe (einschließlich Verzögerungen auf Grund von Rechtsbehelfen Dritter) sowie (ii) um bis zu zwei (weitere) Jahre, wenn dies für die FHH sinnvoll ist, um Lose im Interesse der Vereinfachung künftiger Verfahren zeitlich zu bündeln. In diesem Fall wird die FHH, sofern rechtlich zulässig, auch die Laufzeit der Sondernutzungserlaubnisse entsprechend anpassen. Über beide Verlängerungsoptionen entscheidet die FHH. Die FHH wird dem Betreiber die Verlängerung unter Angabe von Gründen frühestmöglich anzeigen, im Falle der zweiten Verlängerungsoption spätestens ein Jahr vor Ablauf der regulären Vertragslaufzeit.

19. Kündigungsrechte

- 19.1 Eine ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.
- 19.2 Den Parteien steht das Recht zur fristlosen Kündigung des Konzessionsvertrages aus wichtigem Grund zu.
- 19.3 Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 - (a) eine Partei fortgesetzt gegen eine wesentliche Vertragspflicht verstößt;
 - (b) sich die vom Betreiber im Vorfeld des Vertragsschlusses vorgelegten Angaben über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder andere wesentliche Eignungskriterien als unzutreffend erweisen;
 - (c) der Betreiber fortgesetzt und in erheblichem Maße gegen Vorgaben verstößt, die einen diskriminierungsfreien Zugang insbesondere nach Ziffer 17 der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) zu Ladeeinrichtungen sicherstellen sollen;

- (d) Nutzern mehr als 10 % der in Betrieb genommenen Ladepunkte des Betreibers für einen Zeitraum von mehr als vier Wochen nicht für Ladevorgänge nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung und dieses Konzessionsvertrages zur Verfügung stehen;
- (e) der Betreiber nicht innerhalb von acht Monaten nach Beginn der Ausbauphase mindestens 20 Ladepunkte in Betrieb genommen hat;
- (f) der Betreiber die Fristen zur Inbetriebnahme der Ladeeinrichtungen gemäß Ziffer 4 (Errichtung und Inbetriebnahme) der Leistungsbeschreibung für mehr als 20 Prozent der im jeweiligen Zeitraum (unter Berücksichtigung von Ziffer 4.3 der Leistungsbeschreibung) geschuldeten Ladepunkte um mehr als sechs Monate überschreitet;
- (g) mehr als 20 Prozent der Ladepunkte des Betreibers für einen Zeitraum von mehr als acht Wochen nicht den nach der Leistungsbeschreibung und diesem Konzessionsvertrag zu beachtenden Vorgaben, einschließlich aller zu beachtenden gesetzlichen und untergesetzlichen Anforderungen, entsprechen;
- (h) der Betreiber der FHH trotz schriftlicher Nachforderung der FHH mindestens zwei aufeinanderfolgende Quartalsberichte nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung über Berichtspflichten und das Bestandsverzeichnis nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen zur Verfügung stellt;
- (i) der Betreiber über einen Zeitraum von drei Monaten nicht die nach den Bestimmungen der Leistungsbeschreibung über die Bereitstellung dynamischer Daten erforderlichen Informationen an die städtische Datendrehscheibe übersendet, wobei die Frist erst ab Zugang der schriftlichen Information der FHH über den Anschluss an die Informationsplattform in Gang gesetzt wird;
- (j) wegen einer oder mehrerer Forderungen eine Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Betreibers erfolglos geblieben ist oder wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Betreibers mangels Masse abgewiesen wird;
- (k) ein wiederholter Verstoß gegen die Ziffern (a) – (i) vorliegt.

19.4 Ein Sonderkündigungsrecht steht der FHH nicht zu, soweit der Betreiber die Gründe zu Ziffer 19.3 (a) – (i) sowie (k) nicht zu vertreten hat, z.B. aufgrund höherer Gewalt, langer Bearbeitungszeiten bei Genehmigungsverfahren oder von Netzausfällen. In den Fällen der Ziffer 19.3 (a), (c) – (i) sowie (k) ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig.

19.5 Die Kündigung bedarf der Schriftform im Sinne des § 126 BGB. Eine Kündigung per E-Mail ist ausgeschlossen.

19.6 § 314 BGB bleibt unberührt.

20. Rückbau, Übernahme und Beeinträchtigung der Ladeeinrichtungen

Fragen des Rückbaus, der Übernahme und der Beeinträchtigung der Ladeeinrichtungen bestimmen sich nach der Leistungsbeschreibung.

Abschnitt 7 – Sonstige Bestimmungen

21. Bestehende und weitere Ladeeinrichtungen und Ladeeinrichtungen im Rahmen von Forschungs- und Schaufenster-Projekten

Die FHH wird durch diesen Konzessionsvertrag nicht daran gehindert,

- (a) Sondernutzungserlaubnisse für die Nutzung öffentlicher Wege für bestehende Standorte von Ladeeinrichtungen zu verlängern oder an Dritte neu zu vergeben;
- (b) weitere Ladeeinrichtungen zu vergeben und entsprechende Sondernutzungserlaubnisse zu erteilen, soweit ein Mehrbedarf absehbar ist, wobei der FHH ein Beurteilungsspielraum zukommt;
- (c) Sondernutzungserlaubnisse für Ladeeinrichtungen für im öffentlichen Interesse stehende Vorhaben zu gewähren (z.B. Forschungs- und Schaufensterprojekte, Ladeeinrichtungen an Taxenständen oder für sonstige besondere Nutzergruppen).

22. Mindestlohn und Tariftreue

- 22.1 Der Betreiber verpflichtet sich, die von ihm zur Vertragserfüllung eingesetzten Beschäftigten nicht unter den für sie jeweils geltenden gesetzlichen Mindestentgelt-Regelungen nach der jeweils gültigen Rechtsgrundlage (z.B. nach Arbeitnehmer-Entsendegesetz und sonstigen bundes- oder landesgesetzlichen Mindestlohnregelungen) zu entlohnen. Auch erst während der Vertragslaufzeit eingeführte Mindestentgelt-Regelungen sind vom Betreiber einzuhalten.
- 22.2 Der Betreiber verpflichtet sich, die Verpflichtung nach Absatz 1 dieser Klausel auch an die von ihm eingesetzten Nachunternehmern weiterzugeben und diese Verpflichtung durchzusetzen.

23. Übertragung von Rechten und Pflichten

- 23.1 Eine Übertragung von Rechten und Pflichten des Betreibers aus diesem Konzessionsvertrag an Dritte bedarf für ihre Wirksamkeit der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FHH.
- 23.2 Vorbehaltlich der Zustimmung nach Absatz 1 ist eine Übertragung nur zulässig, wenn (i) der Dritte alle Rechte und Pflichten des Betreibers nach diesem Konzessionsvertrag in vollem Umfang übernimmt, (ii) er die notwendige finanzielle, technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die ordnungsgemäße Erbringung der Leistung innehat, was durch den Betreiber nachzuweisen

ist, (iii) der Einbindung des Dritten keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen und (iv) auch sonst keine berechtigten Bedenken hinsichtlich einer ordnungsgemäßen Vertragsdurchführung bestehen.

- 23.3 Der Betreiber hat keinen Anspruch auf Zustimmung der FHH, es sei denn, es handelt sich bei dem Dritten um ein mit dem Betreiber gesellschaftsrechtlich verbundenes Unternehmen, das die Voraussetzungen nach Absatz 2 erfüllt. Joint Ventures, an denen der Betreiber mindestens 50 % der Anteile hält, gelten als verbundene Unternehmen im Sinne des Satzes 1.

24. Leistungserbringung durch Nachunternehmer

Die Leistungserbringung durch Nachunternehmer bestimmt sich nach der Leistungsbeschreibung.

25. Einbeziehung finanzieller Kapazitäten anderer Unternehmen

Bezieht der Betreiber zur Erfüllung der Eignungskriterien Kapazitäten anderer Unternehmen i.S.v. § 25 Abs. 3 KonzVgV ein, hat der Betreiber sicherzustellen, dass die betreffenden Unternehmen hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit gemeinschaftlich neben dem Betreiber für die Vertragsdurchführung haften.

26. Hamburgisches Transparenzgesetz

- 26.1 Dieser Konzessionsvertrag wird nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht werden. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- 26.2 Auch die vom Betreiber zu erbringenden Leistungen können „vergleichbare Informationen von öffentlichem Interesse“ nach § 3 Absatz 2 HmbTG darstellen, wenn sich ein öffentliches Interesse daran zeigt, und ggf. von der FHH im Informationsregister zu veröffentlichen sein. Zudem können diese Informationen Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- 26.3 Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die FHH nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.
- 26.4 Die FHH kann binnen eines Monats nach der Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister nach Ziffer 18.1 vom Vertrag zurücktreten, wenn der FHH nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die FHH unzumutbar ist.

27. Salvatorische Klausel

- 27.1 Sollte eine Bestimmung dieses Konzessionsvertrages ganz oder teilweise nichtig, unwirksam oder undurchsetzbar sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit aller übrigen Bestimmungen dieses Konzessionsvertrages.
- 27.2 Die Parteien verpflichten sich, eine ganz oder teilweise nichtige, unwirksame oder undurchsetzbare Bestimmung durch eine wirksame und durchsetzbare Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der ursprünglichen Bestimmung im Hinblick auf Gegenstand, Umfang, Zeit, Ort und Anwendungsbereich am nächsten kommt. Dies gilt entsprechend bei etwaigen Regelungslücken, wobei die Parteien den Sinn und Geist dieses Konzessionsvertrages beachten.

28. Schlussbestimmungen

- 28.1 Der Konzessionsvertrag kommt mit Erteilung des Zuschlags durch die FHH zu Stande.
- 28.2 Die in diesem Konzessionsvertrag genannten Anlagen sind Vertragsbestandteil.
- 28.3 Auf diesen Konzessionsvertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung.
- 28.4 Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand ist Hamburg.
- 28.5 Die Bedingungen dieses Konzessionsvertrages sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Konzessionsvertrages bedürfen der Schriftform.
- 28.6 Dieser Konzessionsvertrag ist in zwei Ausfertigungen erstellt. Die FHH und der Betreiber erhalten jeweils eine Ausfertigung.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1.1 (Standortkonzept)

Anlage 1.2 (Vergabeunterlagen, Angebot und Zuschlag)

Anlage 14 (Ansprechpersonen)

* * *

[Unterschriftenseite folgt]

Unterzeichnet für und im Namen der FHH:

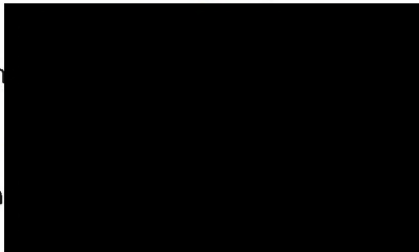
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft und Innovation
Abt. Hafen und Innovation
Alter Steinweg 4 · 20459 Hamburg
Postfach 11 21 09 · 20421 Hamburg

Ort, Datum: Hamburg, 22.11.24 Ort, Datum: Hamburg

Untersch

Name:

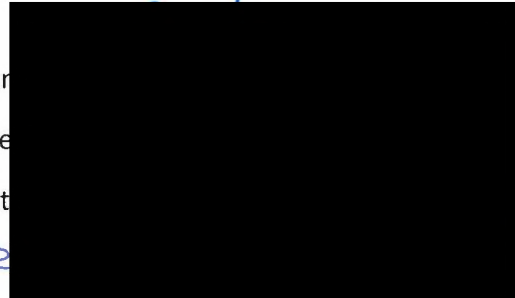
Funktion



Unter

Name

Funkt



sb

Unterzeichnet für und im Namen des Betreibers:

Ort, Datum: Hamburg, 22.11.24 Ort, Datum: _____

Untersch _____ Unterschrift: _____

Name: _____ Name: _____

Funktion: _____ Funktion: _____

[Stand: 14.06.2024]

Vergabeunterlagen, Teil 3

Leistungsbeschreibung

Konzessionsgeberin:

Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch
die Behörde für Wirtschaft und Innovation

Alter Steinweg 4

20459 Hamburg

Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem europaweiten Teilnahmewettbewerb zur
Vergabe von Konzessionen zur Planung, Errichtung sowie für den Betrieb und Instandhaltung
von Ladeeinrichtungen

Az.: FHH 749.4452-005/002/001

Diese Vergabeunterlagen sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur zur Erstellung eines
Angebotes verwendet werden. Eine Weitergabe, Vervielfältigung oder anderweitige Nutzung
der Unterlagen ist nur mit vorheriger Zustimmung der FHH zulässig.

INHALT

Regelung	Seite
ABSCHNITT 1 – ALLGEMEINE UND ÜBERGEORDNETE BESTIMMUNGEN	3
1. LEISTUNGSGEGENSTAND	3
2. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	3
ABSCHNITT 2 – ERRICHTUNG DER LADEEINRICHTUNGEN	6
3. STANDORTKONZEPT UND STANDORTSUCHE	6
4. ERRICHTUNG UND INBETRIEBNAHME	6
5. TECHNISCHE STANDARDS	7
6. PARKDETEKTIONSSENSORIK	9
7. NETZANSCHLUSS	9
8. STANDORTGESTALTUNG UND DESIGNVORGABEN	10
9. BARRIEREFREIHEIT	11
10. BESCHILDERUNG UND MARKIERUNGEN	12
11. INNOVATION	13
ABSCHNITT 3 – BETRIEB DER LADEEINRICHTUNGEN	14
12. ALLGEMEINE BETRIEBSPFLICHT	14
13. AUTHENTIFIZIERUNG VON NUTZERN	15
14. STROMQUALITÄT	15
15. RESERVIERUNGSFUNKTION	16
16. BEREITSTELLUNG VON DATEN ZUR LADEINFRASTRUKTUR	16
17. ENTGELTE FÜR LADEVORGÄNGE	17
18. UMGANG MIT STÖRUNGEN UND SCHÄDEN, ENTRIEGELUNG	18
19. INSTANDHALTUNG, REINHALTUNG UND UMGANG MIT VANDALISMUS	19
20. SERVICE-HOTLINE	19
ABSCHNITT 4 – VERKEHRSSICHERUNGSPFLICHT	20
21. VERKEHRSSICHERUNGSPFLICHT	20
22. RÜCKBAU, ÜBERNAHME UND BEEINTRÄCHTIGUNG DER LADEEINRICHTUNGEN	21
ABSCHNITT 5 – SONSTIGES	22
23. BERICHTSPFLICHTEN UND BESTANDSVRZEICHNIS	22
24. LEISTUNGSERBRINGUNG DURCH NACHUNTERNEHMER	22

ANLAGENVERZEICHNIS	23
--------------------------	----

Leistungsbeschreibung

Präambel

- (A) Die vorliegende Leistungsbeschreibung samt ihren Anlagen beschreibt die vom Betreiber für die Planung, die Errichtung sowie den Betrieb, die Wartung und die Instandhaltung der öffentlich zugänglichen Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge auf öffentlichen Wegen und Plätzen in der Freien und Hansestadt Hamburg (**FHH**) einzuhaltenden Maßgaben. Der Betreiber erbringt die ihm durch die vorliegende Leistungsbeschreibung und den Konzessionsvertrag aufgegebenen Leistungen auf der Grundlage einer Dienstleistungskonzession (**Konzession, Vergabeunterlagen, Teil 4**).
- (B) Soweit im Folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher oder männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich in gleicher Weise auf Männer, Frauen und Diverse.

Der Betreiber hat auf dieser Grundlage seine Leistungen wie folgt zu erbringen:

Abschnitt 1 – Allgemeine und übergeordnete Bestimmungen

1. Leistungsgegenstand

- 1.1 Gegenstand der vom Betreiber zu erbringenden Leistungen ist die Planung, die Errichtung, der Betrieb und die Instandhaltung von Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge auf öffentlichen Wegen und Plätzen im Gebiet der FHH auf der Grundlage des vorgegebenen Standortkonzepts (**Leistungen**). Das Standortkonzept ist die verpflichtende Grundlage für die Standortsuche durch den Betreiber.
- 1.2 Die Leistungen werden im Wege des vorliegenden europaweit bekannt gemachten Verhandlungsverfahrens mit vorausgehendem Teilnahmewettbewerb als Konzessionen an bis zu fünf Bieter / Bietergemeinschaften als Konzessionäre vergeben. Die Leistungen umfassen insgesamt 2.500 Ladepunkte (500 Ladepunkte je Los) im Gebiet der FHH.
- 1.3 Der Gewährung eines diskriminierungsfreien Zugangs zu den Ladeeinrichtungen durch den Betreiber kommt eine besondere Bedeutung zu.
- 1.4 Die vorliegende Leistungsbeschreibung samt Anlagen enthält die sachlichen und technischen Vorgaben für Planung, Errichtung, Betrieb und Instandhaltung der Ladeeinrichtungen.

2. Begriffsbestimmungen

Die Parteien legen den in dieser Leistungsbeschreibung verwendeten Begriffen folgendes Verständnis zugrunde:

- (a) Ad-hoc-Laden: Punktueller Laden im Sinne von Art. 2 Nr. 47 AFIR.
- (b) Angebot: Das verbindliche Erstangebot oder das endgültige Angebot des Bieters im Rahmen des Konzessionsvergabeverfahrens.
- (c) Ausbauphase: Hat die in Ziffer 4.1 angegebene Bedeutung.
- (d) Back-End: Ein IT-System, das den Betrieb und die Verwaltung der Ladeeinrichtungen eines Betreibers steuert und hierfür mittels eines Schnittstellenprotokolls mit den Ladeeinrichtungen kommuniziert.
- (e) Betrieb: Sämtliche Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Funktionsfähigkeit der Ladeeinrichtungen gewährleisten.
- (f) DC-Ladeeinrichtung: Ladeeinrichtung, die Gleichstrom an Fahrzeuge abgibt.
- (g) Elektrofahrzeug: Kraftfahrzeug, das unter § 2 Nr. 2 oder 3 EmoG fällt.
- (h) E-Roaming-Plattform: Eine Plattform, die die Interoperabilität beim Laden von Elektrofahrzeugen ermöglicht und Betreiber von Ladeeinrichtungen mit einer Vielzahl von Mobilitätsanbietern mit dem Ziel eines flächendeckenden und ungehinderten Zugangs zur Ladeinfrastruktur verbindet. Über diese Plattform können alle relevanten Daten über offene Schnittstellen des IT-Systems ausgetauscht werden, die zur Authentifizierung von Nutzern, zur Abrechnung der Ladevorgänge und für Live-Informationen über die Ladeeinrichtungen benötigt werden. Durch die Verknüpfung über die Plattform können Kunden eines Mobilitätsanbieters die Ladeeinrichtungen der angeschlossenen Betreiber von Ladeeinrichtungen nutzen.
- (i) Errichtung: Sämtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Installation einer Ladeeinrichtung.
- (j) Inbetriebnahme: Eine Ladeeinrichtung ist in Betrieb genommen, sofern Nutzer ihre Elektrofahrzeuge an ihr gemäß den Vorgaben dieser Leistungsbeschreibung bzw. des Konzessionsvertrages (Vergabeunterlagen, Teil 4) ordnungsgemäß laden können.
- (k) Instandhaltung: Sämtliche Maßnahmen während des Lebenszyklus einer Ladeeinrichtung im Sinne der Erhaltung ihres funktionsfähigen Zustandes oder der Rückführung in diesen, insbesondere die für einen ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Unterhaltungs-, Reinigungs-, Wartungs-, Inspektions- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie der Austausch von separierbaren Komponenten und Kleinteilen. Zur Wartung gehören die Unterhaltung, Reinigung, Instandsetzung sowie der Austausch von Komponenten.
- (l) Ladeeinrichtung: Möglichkeit zum Laden von Elektrofahrzeugen. Zu einer Ladeeinrichtung gehören alle für den Ladevorgang erforderlichen Anlagenteile, insbesondere das Lade-/Steuerungsgerät und die Steckverbindung. Eine Ladeeinrichtung kann über mehrere Ladepunkte verfügen. Zur Ladeeinrichtung gehört auch die für den Betrieb notwendige Software, die Bestandteil der Ladeeinrichtung ist, sowie auch die Kommunikationseinrichtungen, die der Anbindung an ein Back-End dienen.

Das Back-End selbst ist wie der Netzanschluss nicht Bestandteil der Ladeeinrichtung; letzterer endet in der Regel mit der Anschlusssicherung.

- (m) Ladepunkt: Jede Anschlussmöglichkeit für ein Elektrofahrzeug an einer Ladeeinrichtung, die dem Ladevorgang dient. Mehrere Anschlussmöglichkeiten, die nur alternativ genutzt werden können, gelten als ein Ladepunkt.
- (n) Mobilitätsanbieter: Jede juristische Person, die ihren Kunden den Ladevorgang an der Ladeeinrichtung vertraglich ermöglicht.
- (o) Netzanschluss: Der Netzanschluss ist die Verbindung der Ladeeinrichtung mit dem Verteilnetz (umgs. auch Hausanschluss).
- (p) Nebenanlagen: Anlagen, die zum Betrieb und Schutz der Ladeeinrichtung notwendig sind, z.B. separater Hausanschlusskasten, separates Bezahlterminal.
- (q) Nutzer: Jede natürliche oder juristische Person, die auf der Grundlage einer vertraglichen Regelung mit dem Betreiber oder einem gegebenenfalls abweichenden Mobilitätsanbieter berechtigt ist, ein Elektrofahrzeug an der Ladeeinrichtung zu laden.
- (r) Öffentliche Wege und Plätze: Öffentliche Wege und Plätze im Sinne des Hamburgischen Wegegesetzes (*HWG*) sowie öffentliche Straßen im Sinne des Bundesfernstraßengesetzes (*FStrG*).
- (s) Parkdetektionssensorik: Technische Einrichtung, die es erlaubt, die tatsächliche Belegung von Parkflächen in Echtzeit automatisiert zu ermitteln.
- (t) RFID-Karte: Karte zur Identifizierung von Nutzern einer Ladeeinrichtung mit Hilfe elektromagnetischer Wellen (englisch: „radio-frequency identification“).
- (u) Rückbau: Die vollständige Beseitigung bestehender Ladeeinrichtungen und Nebenanlagen und die Herstellung des ordnungsgemäßen Zustandes des ehemaligen Aufstellungsortes, wie beispielsweise die Beseitigung von Fundamenten sowie die Durchführung von Pflaster- und Putzarbeiten und eine ordnungsgemäße Beseitigung des Netzanschlusses.
- (v) Schaden: Jede Substanzbeeinträchtigung einer Ladeeinrichtung unabhängig davon, ob sie die Funktionstüchtigkeit einer Ladeeinrichtung beeinträchtigt.
- (w) Städtische Datendrehscheibe: Städtisches, derzeit durch die Stromnetz Hamburg GmbH (*SNH*) betriebenes IT-System zur Erfassung, Verarbeitung und Weitergabe statischer und dynamischer Daten im Zusammenhang mit dem Ladepunktbetrieb.
- (x) Standortkonzept: Anlage 1.1 des Konzessionsvertrags (Vergabeunterlagen, Teil 4).
- (y) Störung: Die zumindest eingeschränkte Funktionstüchtigkeit einer Ladeeinrichtung. Die Funktionstüchtigkeit ist eingeschränkt, wenn die Ladeeinrichtung den Vorgaben dieser Leistungsbeschreibung bzw. des

Konzessionsvertrages (Vergabeunterlagen, Teil 4) nicht mehr entspricht.

- (z) Verteilnetzbetreiber: Betreiber des den Ladeeinrichtungen vorgelagerten Stromnetzes der allgemeinen Versorgung.
- (aa) Werktag: Tage von Montag bis Samstag, sofern diese nicht auf einen gesetzlichen Feiertag in der FHH fallen.

Abschnitt 2 – Errichtung der Ladeeinrichtungen

3. Standortkonzept und Standortsuche

- 3.1 Das Standortkonzept, dem Konzessionsvertrag als Anlage 1.1 beigelegt, stellt für den Betreiber die verbindliche konzeptionelle Grundlage für den Aufbau und den Betrieb von Ladeinfrastruktur auf öffentlichen Wegen und Plätzen der FHH dar und ist die verpflichtende Grundlage für die Standortsuche durch den Betreiber.
- 3.2 Entsprechend den Bestimmungen des Konzessionsvertrages, insbesondere über die Einholung notwendiger Sondernutzungserlaubnisse, besteht kein Anspruch des Betreibers gegen die FHH auf Errichtung und Betrieb von Ladeeinrichtungen an bestimmten Standorten und insbesondere nicht auf Erteilung entsprechender Erlaubnisse über Sondernutzungen.
- 3.3 Die FHH garantiert nicht, dass einzelne Standorte für die Leistungen des Betreibers wirtschaftlich, technisch oder rechtlich geeignet sind. Entsprechende Untersuchungen, insbesondere im Hinblick auf Altlasten und Kampfmittel, liegen in der Verantwortung des Betreibers und erfolgen auf seine Kosten.

4. Errichtung und Inbetriebnahme

- 4.1 Der Betreiber ist verpflichtet, die geschuldeten Ladeeinrichtungen zwischen dem 01.01.2025 und dem 30.06.2027 (*Ausbauphase*) vollständig zu errichten und in Betrieb zu nehmen.
- 4.2 Die Errichtung und Inbetriebnahme der Ladeeinrichtungen sowie insbesondere die vorgelagerten Antragsprozesse sollen dabei gleichmäßig über die gesamte Ausbauphase hinweg erfolgen. Im Einzelnen gelten folgende Errichtungs- und Inbetriebnahmefristen:
 - (a) Zeitraum vom 01.01.2025 bis einschließlich 30.06.2025: Errichtung und Inbetriebnahme von 100 Ladepunkten;
 - (b) Zeitraum vom 01.07.2025 bis einschließlich 31.12.2025: Errichtung und Inbetriebnahme weiterer 100 Ladepunkte;
 - (c) Zeitraum vom 01.01.2026 bis einschließlich 30.06.2026: Errichtung und Inbetriebnahme weiterer 100 Ladepunkte;
 - (d) Zeitraum vom 01.07.2026 bis einschließlich 31.12.2026: Errichtung und Inbetriebnahme weiterer 100 Ladepunkte;

- (e) Zeitraum vom 01.01.2027 bis einschließlich 30.06.2027: Errichtung und Inbetriebnahme weiterer 100 Ladepunkte.
- 4.3 Eine gleichmäßige Errichtung und Inbetriebnahme nach Ziffer 4.2 liegt auch dann vor, wenn die für den jeweiligen Zeitraum maßgebliche Anzahl an Ladepunkten in dem Zeitraum zu (a) um bis zu 50 Prozent und in den übrigen Zeiträumen um bis zu 20 Prozent unter- oder überschritten wird. Die Pflicht des Betreibers, spätestens bis zum Ende der Ausbauphase die Gesamtzahl der geschuldeten Ladepunkte zu errichten und in Betrieb zu nehmen, bleibt von der Möglichkeit zu Abweichungen nach dieser Ziffer 4.3 unberührt. Dem Betreiber ist es gestattet, Ladepunkte, die in einem in Ziffer 4.2 genannten Zeitraum nicht errichtet und in Betrieb genommen worden sind, in den darauffolgenden Zeiträumen zusätzlich zu errichten und in Betrieb zu nehmen, sodass die geschuldete Gesamtzahl fristgemäß erreicht wird. Eventuell durch die nicht fristgerechte Inbetriebnahme von Ladepunkten anfallende Vertragsstrafen bleiben durch die spätere Inbetriebnahme dieser Ladepunkte unberührt.
- 4.4 Unbeschadet der Berichtspflicht nach Ziffer 23 (Berichtspflichten und Bestandsverzeichnis) erfolgt die Anzeige jeder Inbetriebnahme eines Ladepunktes gegenüber der FHH unverzüglich automatisiert über die gem. Ziffer 16 (Bereitstellung dynamischer Daten) vorgesehene Anbindung an die städtische Datendrehscheibe.
- 4.5 Ist absehbar, dass der Betreiber die Inbetriebnahmefristen nach Ziffern 4.1 und 4.2 nicht einhalten kann, zeigt er dies der FHH unverzüglich schriftlich an. Verzögert sich die Inbetriebnahme von Ladeeinrichtungen aufgrund von Umständen, die der Betreiber nicht zu vertreten hat, werden die Parteien die Fristen einvernehmlich in angemessenem Umfang verlängern. Die Rechte der FHH nach dem Konzessionsvertrag, insbesondere betreffend Vertragsstrafen und Kündigungen, bleiben unberührt und gelten entsprechend für die neu vereinbarten Fristen.
- 4.6 Der Betreiber hat sicherzustellen, dass vorhandene unter- oder überirdische Versorgungsleitungen während der Errichtung nicht beschädigt werden und sich Beeinträchtigungen des Straßenkörpers auf das erforderliche Maß beschränken. Hierzu holt er, soweit erforderlich, auf eigene Kosten entsprechende Informationen wie bspw. Leitungspläne ein.
- 4.7 Nach erfolgter Errichtung und Inbetriebnahme sind die von der Baumaßnahme betroffenen Flächen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, der dem Zustand vor der Baumaßnahme entspricht.

5. Technische Standards

- 5.1 Die Ladeeinrichtungen müssen für die Dauer der Sondernutzung den jeweils geltenden gesetzlichen und untergesetzlichen Vorgaben sowie den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen, wie sie insbesondere in einschlägigen DIN-Normen und VDE-Richtlinien enthalten sind. Dem Betreiber obliegt dabei insbesondere die Einhaltung der Vorgaben der

- (a) Verordnung über technische Mindestanforderungen an den sicheren und interoperablen Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladepunkten für elektrisch betriebene Fahrzeuge (Ladesäulenverordnung – **LSV**);
 - (b) der EU-Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (**AFIR**);
 - (c) der mess- und eichrechtlichen Bestimmungen, der Preisangabenverordnung (**PAngV**) sowie der Verordnung PR Nr 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen, sowie
 - (d) sonstigen nach Abschluss des Konzessionsvertrags erlassenen gesetzlichen und untergesetzlichen Vorgaben, sofern diese auf schon errichtete Ladeeinrichtungen Anwendung finden,
- in ihren jeweils gültigen Fassungen.
- 5.2 Die Ladeeinrichtungen müssen über eine Ladeleistung von mindestens 11 bis maximal 22 kW pro Ladepunkt verfügen.
- 5.3 Abweichend von Ziffer 5.2 dürfen in Absprache und mit Zustimmung der FHH auch DC-Ladeeinrichtungen mit einer Ladeleistung von mindestens 22 kW und kleiner 150 kW pro Ladepunkt errichtet und betrieben werden. Die Anforderungen an Errichtung und Betrieb dieser Ladepunkte bleiben im Übrigen unverändert, es sei denn, über Abweichungen besteht Einvernehmen mit der FHH. Ein Anspruch auf Zustimmung der FHH besteht nicht.
- 5.4 Abweichend von Ziffer 5.2 dürfen in Absprache und mit Zustimmung der FHH bis zu sechs Prozent der nach Ziffer 4.2 geschuldeten Ladepunkte als High Power Charging-Ladepunkte (HPC-Ladepunkte) aufgebaut werden, die eine Leistung von mindestens 150 kW pro Ladepunkt aufweisen. Bei gleichzeitiger Belegung mehrerer Ladepunkte einer Ladeeinrichtung ist eine Gesamtleistung von mindestens 150 kW über alle Ladepunkte dieser Ladeeinrichtung ausreichend. Ein HPC-Ladepunkt ersetzt dabei zwei 11-22 kW-Ladepunkte. Es dürfen maximal zwei HPC-Ladepunkte pro M-Suchraum oder maximal vier HPC-Ladepunkte pro L-Suchraum (siehe Anlage 1.1 zum Konzessionsvertrag, Standortkonzept) errichtet werden. Die Anforderungen an Errichtung und Betrieb dieser Ladepunkte bleiben im Übrigen unverändert. Ein Anspruch auf Zustimmung der FHH besteht nicht.
- 5.5 Die Ladeeinrichtungen und nachgelagerten Back-End-Systeme müssen marktübliche, offene Kommunikationsstandards, insbesondere OCPP und OCPI in den jeweils marktüblichen Versionen, mindestens jedoch OCPP in der Version 1.6 und OCPI in der Version 2.2.1, unterstützen. Soweit während der Vertragsdurchführung zur Einhaltung der Vorgaben dieses Vertrags Updates oder Anpassungen an den Schnittstellen erforderlich sind, nimmt der Betreiber diese innerhalb von zwölf Monaten nach Bekanntwerden der Vorgabe bzw. zwölf Monate nach Veröffentlichung der neuen Version des Standards vor.

6. Parkdetektionssensorik

- 6.1 Der Betreiber ist ab dem 01.07.2027 (Beginn der Betriebsphase) zum Betrieb von Sensorik verpflichtet, die den Belegstatus des einem Ladepunkt zugeordneten Stellplatzes ermitteln kann. Zu diesem Zweck kann der Betreiber die den Ladeeinrichtungen zugeordneten Parkflächen mit einer Parkdetektionssensorik ausstatten. Der Betreiber wird die dynamischen Belegungsdaten über geeignete und standardisierte Schnittstellen an Dritte übermitteln, die über ein berechtigtes Interesse verfügen (etwa an Mobilitätsanbieter), um Nutzern Verfügbarkeiten in Echtzeit anzuzeigen. Der Betreiber ist berechtigt, die hierfür anfallenden Kosten Dritten, die über ein berechtigtes Interesse verfügen, in Rechnung zu stellen.
- 6.2 Während der Ausbauphase ist der Aufbau, die Erprobung und der Betrieb der Sensorik nach Ziffer 6.1 möglich und durch die FHH gewünscht.
- 6.3 Sofern einzelne Standorte für die Anbringung der Sensorik nach Ziffer 6.1 ungeeignet sind, weil eine technische Umsetzung nicht möglich ist, sind Ausnahmen von Ziffer 6.1 im Einvernehmen mit der FHH möglich.
- 6.4 Die Ziffern 4.6 bis 4.7 (Errichtung und Inbetriebnahme) und 22 (Rückbau, Übernahme und Beeinträchtigung der Ladeeinrichtungen) sowie die Bestimmungen des Konzessionsvertrages über das Eigentum an den Ladeeinrichtungen gelten entsprechend auch für die Parkdetektionssensorik.
- 6.5 Für die Übermittlung der Belegungsdaten der Parkflächen vor den Ladesäulen kann der Betreiber entweder den Kommunikationskanal über das Long Range Wide Area Network (**LoRaWAN**) von SNH oder externe Kommunikationskanäle wie NB-IoT nutzen, sofern sie die vorgegebenen Spezifikationen erfüllen, um mit der städtischen Datendrehscheibe zu interagieren. Die Nutzungsbedingungen und eventuell erhobene Nutzungsgebühren werden individuell zwischen Betreiber und SNH ausgestaltet.
- 6.6 Die Parteien streben an, hinsichtlich der für die Sensorik erforderlichen Sondernutzung bis spätestens 01.07.2027 einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zu schließen, der Regelungen für sämtliche Ladepunkte des Betreibers trifft. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Konzessionsvertrages über die Sondernutzung entsprechend.
- 6.7 Für den Fall, dass die Parkdetektionssensorik im Wege des Verklebens oder des Verschraubens auf der Deckschicht des Wegekörpers aufgebracht werden soll, gestattet dies die FHH als Eigentümerin der Wegeflächen und erteilt bereits mit Abschluss des Konzessionsvertrages allgemein eine gegebenenfalls nach § 22 HWG bzw. § 8 Abs. 2a FStrG erforderliche Aufgrabeerlaubnis, soweit die Maßnahme in unmittelbarem Zusammenhang mit der durch den Betreiber zu errichtenden Ladeinfrastruktur steht. Einzelheiten zur technischen Ausführung sind in dem Vertrag gem. Ziffer 6.6 zu regeln.

7. Netzanschluss

- 7.1 Der Betreiber beantragt den Anschluss der Ladeeinrichtungen an das Stromverteilnetz eigenverantwortlich beim Verteilnetzbetreiber und trägt sämtliche Kosten und Risiken, die mit der Herstellung des Netzanschlusses verbunden sind.

- 7.2 Der Netzanschluss ist so herzustellen, dass die nach Ziffern 5.2 bzw. 5.3 und 5.4 bereitzustellende Leistung vom Netzbetreiber gesichert angeboten werden kann. Vorübergehende Einschränkungen der angebotenen Leistung durch den Verteilnetzbetreiber im Einzelfall bleiben hiervon unberührt.
- 7.3 Die Eigentumsverhältnisse des Netzanschlusses im Niederspannungsbereich werden über die vom Verteilnetzbetreiber vorgegebenen Bedingungen geregelt. In aller Regel steht der Netzanschluss bis zum Hausanschlusspunkt im Eigentum des Verteilnetzbetreibers.
- 7.4 Sofern der Betreiber nach Ziffer 22 zum Rückbau des Netzanschlusses verpflichtet ist, ist der Netzanschluss in Absprache mit dem Verteilnetzbetreiber und nach dessen Vorgaben zurückzubauen. In der Regel erfolgt der Rückbau auf Kosten und Veranlassung des Betreibers durch den Verteilnetzbetreiber. Hierfür stimmt sich der Betreiber rechtzeitig mit dem Verteilnetzbetreiber ab.

8. Standortgestaltung und Designvorgaben

- 8.1 Ladeeinrichtungen und deren Nebenanlagen sind nach Maßgabe und im Rahmen der Vorgaben in Anlage 8.1 (Standortgestaltung und Designvorgaben) sowie der weiteren Regelungen dieser Leistungsbeschreibung zu gestalten. Sonstige Vorgaben, die sich z.B. aus Gesetz oder einer erteilten Sondernutzungserlaubnis ergeben, bleiben hiervon unberührt.
- 8.2 Der Betreiber reicht mit seinem Angebot ein Designkonzept für die generelle Gestaltung der nach Ziffer 5.2 zu errichtenden Ladeeinrichtungen sowie der Nebenanlagen ein. Dabei sollen verschiedene Ansichten berücksichtigt werden (Einzel-/Doppelstandort, Ansicht der Ladeeinrichtung von allen Seiten). Erfüllt das Designkonzept die Anforderungen der Anlage 8.1 (Standortgestaltung und Designvorgaben) und – soweit relevant – dieser Leistungsbeschreibung, gibt die FHH das Designkonzept generell frei. Nach Verfahrensabschluss erfolgt eine Feinabstimmung des Designs zwischen der FHH und dem Betreiber (z.B. Platzierung von Logos, Größenanpassung von Elementen, usw.).
- 8.3 Abweichungen von diesen Vorgaben oder dem freigegebenen Designkonzept nach Vertragsschluss bedürfen der schriftlichen Zustimmung der FHH. Die FHH wird ihre Zustimmung grundsätzlich erteilen, wenn
- (a) die Abweichungen nur das Designkonzept betreffen und sich dieses weiterhin an den Rahmen der Vorgaben in Anlage 8.1 (Standortgestaltung und Designvorgaben) sowie der weiteren Regelungen dieser Leistungsbeschreibung hält (z.B. bei Fabrikatswechsel);
 - (b) die Abweichungen über die Vorgaben in Anlage 8.1 (Standortgestaltung und Designvorgaben) sowie der weiteren Regelungen dieser Leistungsbeschreibung hinausgehen, aber erforderlich sind, um
 - (i) eine Beeinträchtigung der technischen Funktionsfähigkeit der Ladeeinrichtung oder ihrer Nebenanlagen zu beseitigen;
 - (ii) die Anforderungen von Ziffer 9 (Barrierefreiheit) zu erfüllen; oder

- (iii) gesetzliche Anforderungen oder behördliche Auflagen zu erfüllen.

In allen sonstigen Fällen besteht kein Anspruch auf Erteilung der Zustimmung.

- 8.4 Die nach Ziffer 8.2 erteilte Freigabe bzw. nach Ziffer 8.3 erteilten Zustimmungen entbinden den Betreiber nicht von der Pflicht zur Einhaltung sonstiger geltender Gesetze und Vorschriften (Ziffer 8.1). Es bleibt der FHH unbenommen, auch später Abweichungen des Designkonzepts und einzelner Ladeeinrichtungen und deren Nebenanlagen von den Vorgaben des Konzessionsvertrags und der Leistungsbeschreibung zu beanstanden.

9. Barrierefreiheit

- 9.1 Die Ladeeinrichtungen und ihr Umfeld sind nach Maßgabe dieser Ziffer 9 barrierefrei zu errichten. Die nachstehenden Vorgaben orientieren sich an der DIN 18040-3 sowie am Leitfaden der NOW GmbH „Einfach Laden ohne Hindernisse“ (Stand: März 2023).
- 9.2 Anforderungen an Ladeeinrichtungen
- (a) Die Tasten und Bedienelemente (mit Ausnahme von Displayflächen) der Ladeeinrichtung sind eindeutig erkennbar (z.B. durch visuelle Absetzung von Unter- und Hintergrund) und taktil unterscheidbar.
 - (b) Das Display bietet ausreichenden visuellen Kontrast und Helligkeit aus allen Betrachtungswinkeln unabhängig von der Lichteinstrahlung.
 - (c) Die Beleuchtung der Ladeeinrichtung ermöglicht es Nutzerinnen und Nutzern, die Bedienelemente als solche zu erkennen und auch bei Dunkelheit bedienen zu können.
 - (d) Alle Bedienelemente (wie z.B. Tasten, Displayflächen, Kartenschlitze, RFID-Sensoren) liegen auf einer Höhe zwischen 0,85 m und 1,05 m. Messpunkt ist der Mittelpunkt des Elements. Ist ein Fernzugriff möglich (siehe Punkt (g)), entfallen diese Anforderungen für jene Bedienelemente, deren Funktion über einen Fernzugriff zugänglich gemacht werden.
 - (e) Bei Ladeeinrichtungen, die nach dem 01.01.2026 errichtet werden, liegt die Höhe von Ladesteckern angeschlagener Ladekabel und Ladesteckdosen zwischen 0,85 m und 1,05 m. Messpunkt ist der Mittelpunkt des Elements. Falls zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Marktverfügbarkeit gegeben ist, obliegt es der FHH, diesen Zeitpunkt anzupassen. Die FHH wird in diesem Zuge die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur der NOW GmbH zur Beurteilung einer ausreichenden Marktverfügbarkeit einbeziehen.
 - (f) Die Ladeeinrichtung ist im Sockelbereich bis zu einer Höhe von 0,35 m und bis zu einer Tiefe von 0,15 m unterfahrbar. Die Ladestecker von angeschlagenen Kabeln sind ebenfalls unterfahrbar, indem diese in Bezug auf den Sockelbereich der Ladeeinrichtung herausragen. Ist ein Fernzugriff möglich (siehe Punkt (g)), entfällt die Anforderung zur Unterfahrbarkeit der Ladeeinrichtung, die Unterfahrbarkeit eines angeschlagenen Ladekabels ist dennoch sicherzustellen.

- (g) Sofern ein Fernzugriff der Ladeeinrichtung eingerichtet wird, muss dieser über ein Smartphone mithilfe der für Nutzerinnen und Nutzer üblicherweise angebotenen Anwendung (App) möglich sein. Diese App ist nach den Vorgaben der Web Content Accessibility Guidelines (WCAG 2.1) zu entwickeln bzw. anzupassen. Ein Fernzugriff muss auch über die Apps von Mobilitätsanbietern ermöglicht werden, solange die Mobilitätsanbieter einen Fernzugriff per App anbieten.
- (h) Bei Ladeeinrichtungen, die nach dem 01.01.2026 errichtet werden, werden die auf den Displays dargestellten Inhalte über mehr als einen sensorischen Kanal zur Verfügung gestellt („Zwei-Sinne-Prinzip“). Werden beispielsweise Töne als Signal für gestartete oder beendete Prozessschritte abgespielt, werden diese auch visuell dargestellt. Falls zu diesem Zeitpunkt keine ausreichende Marktverfügbarkeit gegeben ist, kann die FHH diesen Zeitpunkt anpassen. Die FHH wird in diesem Zuge die Nationale Leitstelle Ladeinfrastruktur der NOW GmbH zur Beurteilung einer ausreichenden Marktverfügbarkeit einbeziehen.
- (i) Angeschlagene Ladekabel sind mit einem Hilfsmittel, bspw. in Form einer gummierten Schlaufe ausgestattet.
- (j) Bei angeschlagenen Kabeln ist ein Kabelmanagement zur Vermeidung von Stolperfallen und der Verringerung des erforderlichen Kraftbedarfs zur Kabelführung zu installieren.

9.3 Umfeld der Ladeeinrichtung

- (a) Es ist dauerhaft sicherzustellen, dass die Nutzung der Ladeeinrichtung ohne Übersteigen des angeschlagenen Ladekabels möglich ist.
- (b) Sofern am Ladestandort ein Anfahrschutz errichtet wird, sind folgende Anforderungen zu beachten:
 - (i) Pfosten, Poller oder ähnliche Maßnahmen zum Anfahrschutz schränken die Erreichbarkeit der Ladeeinrichtung nicht ein.
 - (ii) Die Höhe des Anfahrschutzes beträgt mindestens 0,9 m.
 - (iii) Radstopper und sonstige bauliche Parkplatzbegrenzungen am Boden sind gemäß DIN 18040-3 so angelegt, dass sie einen Durchgang mit einer Mindestbreite von 0,9 m gewährleisten.

9.4 Sämtliche Poller, Pfosten oder sonstige bauliche Begrenzungen des Ladeplatzes sind visuell kontrastreich und taktil wahrnehmbar gestaltet. Erfolgt dies mit Markierungstreifen, sind diese mit einer Mindestbreite von 8 cm in einer Höhe von 0,4 bis 0,7 m und von 1,2 m bis 1,6 m anzubringen. Bei Pollern sind die Markierungstreifen mindestens im oberen Drittel anzubringen.

10. Beschilderung und Markierungen

10.1 Jedem Ladepunkt ist ein Stellplatz zuzuordnen. Dieser wird durch eine entsprechende Beschilderung und Bodenmarkierung für das Laden von Elektrofahrzeugen reserviert. Die Beschilderung und Bodenmarkierung werden durch die FHH vorgegeben, sie ergeben sich im Einzelnen aus den Nebenbestimmungen zur Sondernutzungserlaubnis. Das Aufbringen der Bodenmarkierung und deren

Entfernung nimmt der Betreiber auf eigene Kosten vor. Errichtung und Rückbau der Beschilderung werden von der FHH derzeit auf Antrag des Betreibers bei der örtlichen Straßenverkehrsbehörde auf ihre Kosten durchgeführt. Die FHH behält sich vor, dass Errichtung und Rückbau der Beschilderung (auch wenn diese schon existiert) und/oder deren Kosten künftig vom Betreiber übernommen werden.

- 10.2 Die FHH behält sich Änderungen der Beschilderung und der Bodenmarkierung während der Vertragslaufzeit vor. Hierüber informiert sie den Betreiber mit ausreichendem Vorlauf. Sofern der Betreiber für die Beschilderung und/oder Bodenmarkierung verantwortlich ist, wird er die Änderungen entsprechend vornehmen.

11. Innovation

- 11.1 Unbeschadet seiner sonstigen Pflichten nach dem Konzessionsvertrag und dieser Leistungsbeschreibung und insbesondere seiner Pflichten nach Ziffer 5 (Technische Standards) wird sich der Betreiber nach Kräften bemühen, den aktuellen Stand der Technik und die europäischen Marktstandards in vergleichbaren Städten zu berücksichtigen und die Ladeeinrichtungen insoweit während der Vertragslaufzeit weiterzuentwickeln und zu verbessern, sofern dies nicht gegen sonstige Bestimmungen des Konzessionsvertrags oder der Leistungsbeschreibung verstößt. Dies gilt insbesondere für folgende Aspekte:

- (a) Lademöglichkeiten,
- (b) Zahlungsmöglichkeiten,
- (c) Ausstattung (z.B. Kabelmanagementsystem),
- (d) Reservierungsmöglichkeiten,
- (e) Formen der Authentifizierung (z.B. Plug & Charge),
- (f) Online-Informationen zu Standort und dynamischen Daten (z.B. Belegung),
- (g) IT-Sicherheit (z.B. Verwendung aktueller Kommunikationsprotokolle).

- 11.2 Die FHH kann mit Ablauf von drei Jahren nach Ende der Ausbauphase einmalig zeitnahe Anpassungen auf Kosten des Betreibers verlangen, soweit

- (i) sich entsprechende Marktstandards (30 % der in Deutschland oder 50 % der in Europa errichteten vergleichbaren Ladeeinrichtungen verfügen über entsprechende Funktionalitäten) herausgebildet haben,
- (ii) die Anpassungen einen engen sachlichen Bezug zu Errichtung und Betrieb der Ladeeinrichtungen aufweisen und
- (iii) die Anpassungen Kosten von durchschnittlich EUR 750 je Ladepunkt (einschließlich vor- und nachgelagerter Aufwände, wie bspw. erforderliche Softwareumstellungen) nicht übersteigen.

- 11.3 Ist zwischen den Parteien streitig, ob der Betreiber zu einer Anpassung nach Ziffer 11.2 dieser Klausel verpflichtet ist, so entscheidet hierüber ein Schiedsgutachter. Die Parteien einigen sich hierzu innerhalb von zwei Wochen

nach schriftlicher Aufforderung durch eine Partei auf die Person des Schiedsgutachters. Können sich die Parteien nicht einigen, ersuchen sie die Handelskammer Hamburg um Benennung eines Schiedsgutachters. Die §§ 1036 ff. ZPO gelten entsprechend. Der Schiedsgutachter soll die Streitfrage nach Anhörung beider Seiten möglichst kurzfristig beantworten. Er ist befugt,

- (i) zu Spezialfragen Sondergutachter hinzuzuziehen und
- (ii) den nach Ziffer 11.2 maßgeblichen Markstandard stichprobenartig zu ermitteln.

Jede Partei hat das Recht, dem Schiedsgutachter innerhalb von vier Wochen nach schriftlicher Erteilung des Auftrags ihren Standpunkt zur Streitfrage schriftlich darzulegen; im Übrigen legt der Schiedsgutachter das Verfahren zur Erstellung des Schiedsgutachtens nach seinem Ermessen fest. Das Schiedsgutachten ist schriftlich zu erstellen und hat die wesentlichen Annahmen zu enthalten, auf denen die gutachterliche Bewertung beruht. Die getroffenen Feststellungen sind verbindlich, es sei denn, sie sind offensichtlich fehlerhaft oder unbillig. Die Kosten und Auslagen des Schiedsgutachters tragen die Parteien zu gleichen Teilen. Die im Zusammenhang mit dem Schiedsgutachten entstehenden eigenen Kosten trägt jede Partei selbst.

- 11.4 Die FHH und der Betreiber werden sich drei Jahre nach Beginn der Vertragslaufzeit darüber verständigen, ob sie einen Workshop zu Anpassungen durchführen. Neben den nach den vorstehenden Absätzen dieser Klausel von dem Betreiber geschuldeten Anpassungen kann der Workshop insbesondere einer Verständigung der Parteien über sonstige Anpassungen und etwaige Kostenregelungen dienen.

Abschnitt 3 – Betrieb der Ladeeinrichtungen

12. Allgemeine Betriebspflicht

- 12.1 Der Betreiber verpflichtet sich, die zu errichtenden Ladeeinrichtungen während der Laufzeit des Konzessionsvertrages durchgängig zu betreiben. Dabei stellt er sicher, dass die gesamten Ladepunkte ab der jeweiligen Inbetriebnahme bis zum Ende der Laufzeit des Konzessionsvertrages im jeweiligen Jahresdurchschnitt mindestens 98 % der Zeit (24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche über das gesamte Kalenderjahr) verfügbar sind. Als verfügbar gilt ein Ladepunkt, wenn ein Ladevorgang möglich ist bzw. stattfindet.
- 12.2 Die Verfügbarkeit nach Ziffer 12.1 ergibt sich aus den auf volle Minuten aufgerundeten vom Betreiber zu erfassenden und an die städtische Datendrehscheibe zu übermittelnden dynamischen Daten. Zweifelt der Betreiber an der Korrektheit der ermittelten Verfügbarkeit, so obliegt ihm die Nachweispflicht über die tatsächliche Verfügbarkeit.
- 12.3 Die FHH wird Zeiträume auf die Verfügbarkeit nach Ziffer 12.1 voll anrechnen, soweit der Betreiber gegenüber der FHH nachweisen kann, dass

- (i) die über die städtische Datendrehscheibe erfassten Daten zur Verfügbarkeit zu seinen Lasten von der tatsächlichen Verfügbarkeit abweichen oder
- (ii) eine Unterbrechung der Verfügbarkeit vom Betreiber nicht zu vertreten ist und er sich auch ein Verschulden Dritter nicht zurechnen lassen muss.

13. Authentifizierung von Nutzern

- 13.1 Der Betreiber gewährt allen Nutzern einen diskriminierungsfreien Zugang zu seinen Ladeeinrichtungen. Das Authentifizierungsverfahren muss den jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben und dem allgemein anerkannten Stand der Technik genügen.
- 13.2 Jede Ladeeinrichtung muss über ein Kartenlesegerät verfügen, mit dem sich die Nutzer mittels einer gängigen RFID-Karte authentifizieren können. Zusätzlich ermöglicht der Betreiber eine Authentifizierung mittels mobiler Applikationen oder Websites von Mobilitätsanbietern.
- 13.3 Der Betreiber soll im Falle einer fehlgeschlagenen Authentifizierung durch den Nutzer in der Lage sein, festzustellen, ob der Fehler durch ihn oder den Mobilitätsanbieter des Nutzers hervorgerufen wurde.

14. Stromqualität

- 14.1 Der Betreiber stellt sicher, dass der innerhalb eines Kalenderjahres in der Ladeeinrichtung verbrauchte Strom ausschließlich aus qualifizierten erneuerbaren Energien stammt. Das ist der Fall, soweit der Strom aus Anlagen stammt
 - (a) in denen ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien im Sinne des § 3 Nr. 21 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 (EEG) erzeugt wird
 - (b) die zu Lieferbeginn des Stroms nicht länger als 6 Jahre in Betrieb sind, und
 - (c) für die weder eine Zahlung nach dem EEG, nach der Verordnung zur Durchführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Windenergie-auf-See-Gesetzes (EEV) oder nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) in der jeweils für die Anlage maßgeblichen Fassung noch eine sonstige Förderung im Sinn des § 9 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe b EEV in Anspruch genommen wird.
- 14.2 Der Nachweis, dass der Strom aus qualifizierten erneuerbaren Energien stammt, erfordert,
 - (a) dass Herkunftsnachweise für erneuerbare Energien nach § 30 der Durchführungsverordnung über Herkunfts- und Regionalnachweise für Strom aus erneuerbaren Energien entwertet wurden und
 - (b) die Herkunftsnachweise belegen, dass innerhalb desselben Kalenderjahrs im Umfang der in Ansatz gebrachten Stromverbräuche Strommengen in Anlagen nach Ziffer 1.1 Satz 2 erzeugt und in ein Netz eingespeist wurden, das sich in einem Mitgliedstaat der Association of

Issuing Bodies befindet und eine physikalische Verbindung zum deutschen Übertragungsnetz aufweist.

- 14.3 Wird Strom aus dem Netz verbraucht, stellt der Betreiber der FHH auf deren Verlangen spätestens bis zum 30. Juni des Folgejahres entsprechende Entwertungsnachweise für den im vorhergehenden Kalenderjahr verbrauchten Strom zur Verfügung. Wird Strom aus einer Direktleitung verbraucht, stellt der Betreiber der FHH auf deren Verlangen spätestens bis zum 30. Juni des Folgejahres geeignete Nachweise für den im vorhergehenden Kalenderjahr verbrauchten Strom zur Verfügung.
- 14.4 Die FHH kann die unter Ziff. 1.1 bis 1.3 normierten Anforderungen zugunsten des Betreibers abändern, wenn der Betreiber nachweist, dass die bestehenden Anforderungen nicht mit einem angemessenen kommerziellen Aufwand eingehalten werden können. Ein Anspruch auf eine solche Abänderung besteht nicht. In jedem Fall aber muss der Betreiber ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien beziehen. Die FHH behält sich ferner das Recht vor, im Rahmen der Laufzeit des Konzessionsvertrags die Anforderungen an die qualifizierten erneuerbaren Energien nach Ziffer 1.1 Satz 2 zulasten des Betreibers anzupassen und/oder zu ergänzen, solange die angepassten bzw. ergänzenden Anforderungen nicht zu erheblichen Mehrkosten des Betreibers führen. Entsprechende Anpassungen bzw. Ergänzungen müssen sechs Monate im Voraus mitgeteilt werden und gelten ab dem folgenden Kalenderjahr.

15. Reservierungsfunktion

- 15.1 Soweit rechtlich zulässig, können Ladeeinrichtungen mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der FHH mit einer diskriminierungsfreien und nutzerfreundlichen Reservierungsfunktion ausgestattet werden, die es den Nutzern ermöglicht, die Ladeeinrichtung vor Beginn des Ladevorgangs zu reservieren.
- 15.2 Die FHH legt im Rahmen der Zustimmung nach Ziffer 15.1 auch die Höchstdauer von Reservierungen fest und bestimmt, bis zu welcher Höhe der Betreiber für die Reservierung von den Nutzern Entgelte fordern darf.
- 15.3 Die FHH kann nach billigem Ermessen jederzeit und ohne Angabe von Gründen eine nach Ziffer 15.1 erteilte Zustimmung widerrufen oder abweichende Vorgaben nach Ziffer 15.2 treffen.

16. Bereitstellung von Daten zur Ladeinfrastruktur

Der Betreiber ist verpflichtet, die Ladeeinrichtungen an die städtische Datendrehscheibe über das OCPI-Protokoll, mindestens in der Version 2.2.1, anzubinden und die Stammdaten der Ladeeinrichtung sowie die dynamischen Daten zum Betriebszustand und der Nutzung der Ladeeinrichtung zu übermitteln. Die zu übermittelnden Daten ergeben sich aus den Pflichtfeldern des OCPI-Protokolls, mindestens in der Version 2.2.1. Zusätzlich ist eine zwischen dem Betreiber, der SNH und der FHH abgestimmte Lösung zu entwickeln, um die abgegebenen Energiemengen je Ladevorgang an die FHH zu übermitteln. Die FHH ist berechtigt, aus den übertragenen Daten Auswertungen über die Nutzung der La-

deinfrastruktur anzufertigen. Beabsichtigt die FHH, diese Auswertungen weiterzugeben oder zu veröffentlichen, so ist dies nur in anonymisierter Form möglich, welche keine Rückschlüsse auf einzelne Betreiber von Ladeeinrichtungen, einzelne Mobilitätsdienstleister oder einzelne Nutzer ermöglicht.

17. Entgelte für Ladevorgänge

17.1 Die nach dem Konzessionsvertrag und dieser Leistungsbeschreibung zu betreibenden Ladeeinrichtungen sind während der gesamten Vertragslaufzeit diskriminierungsfrei nach Maßgabe dieser Ziffer 17 für Nutzer und Mobilitätsanbieter zugänglich zu machen.

17.2 Bei einem Ladevorgang kann der Betreiber

- (a) ein Entgelt von dem Mobilitätsanbieter des Nutzers, der ein Elektrofahrzeug an dem Ladepunkt lädt oder
- (b) ein Ad-hoc-Entgelt vom Nutzer, der ein Elektrofahrzeug an dem Ladepunkt lädt,

erheben.

In beiden Fällen ist der Betreiber verpflichtet, diese Entgelte diskriminierungsfrei nach Maßgabe der folgenden Regelungen zu gestalten.

17.3 Der Betreiber ist insbesondere verpflichtet, Mobilitätsanbietern den Abschluss eines angemessenen und diskriminierungsfreien Zugangsvertrags anzubieten, der folgende Punkte berücksichtigen muss:

- (a) Der Betreiber bietet allen Mobilitätsanbietern den Zugang zu gleichen Bedingungen an und erhebt Entgelte gegenüber allen Mobilitätsanbietern nach gleichen Bedingungen, soweit nicht ausnahmsweise ein sachlich gerechtfertigter Grund für eine Abweichung besteht.
- (b) Entgelte für Mobilitätsanbieter müssen marktüblich und angemessen sein.
- (c) Die Entgelte für Mobilitätsanbieter und für das Ad-hoc-Laden dürfen in der Struktur und der Höhe sowohl uneingeschränkt von den Entgelten anderer Betreiber abweichen als auch, soweit dies aufgrund sachlicher Kriterien und diskriminierungsfrei erfolgt, sich zwischen den verschiedenen eigenen Ladeeinrichtungen unterscheiden.
- (d) Der Betreiber ermöglicht den Mobilitätsanbietern mindestens über ein einheitliches Angebot gegenüber allen Mobilitätsanbietern (sog. Offer-to-All-Angebot) einen Vertragsschluss ohne Access fee auf einer der gängigen E-Roaming-Plattformen.
- (e) Die Zugangsvoraussetzungen dürfen insgesamt nicht gegen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Art. 5 der AFIR, verstoßen.

17.4 Soweit der Betreiber oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen zugleich Mobilitätsanbieter im Gebiet der FHH ist, ist es dem Betreiber untersagt, seine Be-

treiberstellung bei der Gestaltung der Entgelte dahingehend missbräuchlich auszunutzen, dass er sich bzw. dem mit ihm verbundenem Unternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber dritten Mobilitätsanbietern verschafft.

- 17.5 Die Entgelte des Betreibers oder eines von ihm beauftragten Dienstleisters für das Ad-hoc-Laden müssen ebenfalls marktgerecht und angemessen sein sowie diskriminierungsfrei von allen Nutzern erhoben werden. Ziffer 17.3 (b) und (c) gelten entsprechend.
- 17.6 Der Betreiber informiert die FHH über die Höhe der Zugangsentgelte und der Ad-hoc-Entgelte zu Vertragsbeginn. Bis sechs Monate nach Ende der Ausbauphase dürfen diese Entgelte nicht über den Höchstpreis, der sich aus der Bepreisung der Ladeszenarien im Angebot ergibt, hinaus erhöht werden. Ausgenommen sind Fälle besonderer Härte, in denen der Betreiber die Entgelte mit vorheriger Zustimmung der FHH vorzeitig über den angegebenen Höchstpreis hinaus erhöhen darf. Dessen unbeschadet ist der Betreiber zu einer vorzeitigen Erhöhung der Entgelte über den angegebenen Höchstpreis hinaus in dem Maße berechtigt, wie seine verbrauchsabhängigen Kosten durch die nach Angebotsabgabe erfolgte Erhöhung von Steuern, Abgaben und/oder Netzentgelten gestiegen sind. Dies ist gegenüber der FHH nachzuweisen. § 313 BGB bleibt unberührt. Bei späteren Änderungen während der Laufzeit des Konzessionsvertrages informiert der Betreiber die FHH unverzüglich. Die Zugangsentgelte und die Ad-hoc-Entgelte unterliegen nicht der Zustimmung der FHH; sie behält sich aber die Prüfung der Marktüblichkeit und der Diskriminierungsfreiheit im Sinne dieser Leistungsbeschreibung und des Konzessionsvertrags im Einzelfall vor und kann insofern erforderlichenfalls die Herstellung diskriminierungsfreier Entgelte verlangen.

18. Umgang mit Störungen und Schäden, Entriegelung

- 18.1 Erlangt der Betreiber Kenntnis von einer wesentlichen Störung oder von einem wesentlichen Schaden an einer von ihm betriebenen Ladeeinrichtung, muss er unverzüglich aufklären, ob sich hieraus eine Gefahr für Leib, Leben oder die Verkehrssicherheit ergibt. Sofern Anhaltspunkte für eine solche Gefahr bestehen, muss der Betreiber unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung veranlassen. Hierzu lässt er insbesondere die betroffene Ladeeinrichtung stromlos schalten und ergreift die erforderlichen provisorischen Sicherungsmaßnahmen (etwa solche im Sinne der Straßenverkehrsordnung).
- 18.2 Kann ein Nutzer sein Elektrofahrzeug nicht von einer Ladeeinrichtung trennen, muss der Betreiber nach Möglichkeit unverzüglich eine Fernentriegelung vornehmen. Sollte eine Fernentriegelung erfolglos oder technisch nicht möglich sein, so ist binnen 180 Minuten nach Kenntniserlangung eine Entriegelung zu ermöglichen, sofern die Entriegelung nicht aus Gründen scheitert, die im Fahrzeug des Nutzers liegen. Bei einem Stromausfall muss die Verriegelung automatisch aufgehoben werden.
- 18.3 Sofern polizeiliche Maßnahmen (z.B. Abschleppvorgänge) es erforderlich machen, ist der Betreiber verpflichtet, die unverzügliche (Fern-)Entriegelung des Elektrofahrzeugs von einer Ladeeinrichtung durchzuführen.

- 18.4 Der Betreiber ist verpflichtet, wesentliche Störungen und Schäden an den Ladeeinrichtungen innerhalb von drei Werktagen nach dem Tag der Kenntniserlangung endgültig zu beheben. Für wesentliche Störungen und Schäden, welche die Nutzung der Ladeeinrichtung lediglich beeinträchtigen, aber nicht verhindern, gilt eine Frist von zehn Werktagen nach Kenntniserlangung. Die Darlegungs- und Beweislast in Bezug auf die vorstehenden Zeiträume trägt der Betreiber. Verzögert sich die Behebung der Störung oder des Schadens im Einzelfall aus objektiv nachvollziehbaren Gründen, werden die Parteien die Fristen einvernehmlich in angemessenem Umfang verlängern.
- 18.5 Ist absehbar, dass die Behebung einer Störung oder eines Schadens voraussichtlich mehr als zehn Werktage in Anspruch nehmen wird, hat der Betreiber dies an der Ladeeinrichtung optisch hinreichend sichtbar zu machen und übermittelt den Status der Störung oder des Schadens an die städtische Datendrehscheibe.
- 18.6 Der Betreiber dokumentiert Störungen und Schäden sowie die zu deren Beseitigung ergriffenen Maßnahmen und legt die Dokumentation der FHH auf Verlangen vor.
- 18.7 Bestehen wesentliche Störungen oder Schäden länger als drei Monate, ist die FHH berechtigt, dem Betreiber die Konzession für die betreffende Ladeeinrichtung zu entziehen. Dies gilt nicht, wenn der Betreiber die Störungen oder Schäden nicht zu vertreten hat.

19. Instandhaltung, Reinhaltung und Umgang mit Vandalismus

- 19.1 Der Betreiber hält die Ladeeinrichtungen inkl. Nebenanlagen eigenverantwortlich in Stand und trägt die damit verbundenen Kosten. Dafür erstellt er ein Instandhaltungskonzept, das Angaben zu Art, Umfang und Häufigkeit der Instandhaltungsmaßnahmen enthält. Der Betreiber stellt der FHH das Instandhaltungskonzept spätestens bis zum Beginn der Ausbauphase zur Verfügung. Die vorgenommenen Instandhaltungsmaßnahmen werden vom Betreiber dokumentiert. Diese Dokumentationen müssen der FHH auf Anfrage vorgelegt werden.
- 19.2 Der Betreiber reinigt die Ladeeinrichtungen anlassbezogen und beseitigt in einem angemessenen Zeitraum nach Kenntniserlangung insbesondere durch Vandalismus entstandene Schäden, um einen dauerhaften Betrieb und einen gepflegten Zustand der Ladeeinrichtungen zu gewährleisten.
- 19.3 Der Betreiber ist verpflichtet, rechtswidrige und insbesondere verfassungsfeindliche Inhalte, Symbole oder Parolen an Ladeeinrichtungen nach Kenntniserlangung innerhalb von drei Werktagen – gegebenenfalls provisorisch – zu beseitigen. Unterlässt der Betreiber dies, ist die FHH – auch ohne vorherige Abmahnung – zu einer Ersatzvornahme auf Kosten des Betreibers berechtigt.

20. Service-Hotline

- 20.1 Der Betreiber gewährleistet den Betrieb einer telefonischen Service-Hotline, die täglich (inklusive Sonn- und Feiertagen) 24 Stunden mit technisch geschultem Service-Personal besetzt ist. Die Kommunikation erfolgt auf Deutsch und Englisch.

- 20.2 Das Service-Personal beantwortet allgemeine Fragen der Nutzer und nimmt daneben folgende Aufgaben wahr:
- (a) Fernzugriff auf die Ladeeinrichtungen zur Behebung technischer Störungen, etwa zur Entriegelung der Ladestecker;
 - (b) Einsehen des Status von Ladeeinrichtungen;
 - (c) Beauftragung von Mitarbeitern des Betreibers oder externer Dienstleister mit der Behebung von Schäden und dauerhaften Störungen.
- 20.3 Die Telefonnummer der Service-Hotline ist gut sichtbar auf der Ladeeinrichtung kenntlich zu machen und auf der Website des Betreibers zu veröffentlichen.
- 20.4 Anrufe sind vom Service-Personal unverzüglich entgegenzunehmen. Sofern ein sofortiges Handeln erforderlich ist, erfolgt die Bearbeitung der Anfragen unverzüglich. Sonstige Anfragen sind in der Zeit zwischen 07:30 Uhr und 19:30 Uhr grundsätzlich innerhalb von zwei Stunden zu bearbeiten, wobei Zeiten zwischen 19:30 Uhr und 7:30 Uhr des Folgetages unberücksichtigt bleiben. Die Bearbeitungsfristen der Ziffer 20.4 lassen sonstige Verpflichtungen des Betreibers nach dem Konzessionsvertrag, insbesondere die Fristen zur Beseitigung von Störungen und Schäden nach Ziffer 18 (Umgang mit Störungen und Schäden, Entriegelung), sowie gesetzliche Pflichten unberührt.
- 20.5 Für Menschen mit Hörbeeinträchtigung stellt der Betreiber spätestens ab dem 01.07.2027 (Beginn der Betriebsphase) zu den gleichen Bedingungen eine alternative Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit dem Service-Personal sicher (z.B. über eine Chat-Funktion). Die Vorgaben der Ziffern 20.1 bis 20.4 gelten entsprechend.

Abschnitt 4 – Verkehrssicherungspflicht

21. Verkehrssicherungspflicht

- 21.1 Der Betreiber übernimmt die Verkehrssicherungspflicht für die Ladeeinrichtungen und die dazugehörige Technik.
- 21.2 Der Betreiber hat die Ladeeinrichtungen und die dazugehörige Technik so zu errichten und zu betreiben, dass die daraus entstehenden Behinderungen oder Beeinträchtigungen für alle Nutzer von öffentlichen Wegen und Plätzen, insbesondere Verkehrsteilnehmer, den Fuß- und Radverkehr sowie den ruhenden und fließenden Verkehr möglichst gering sind, alle Belange der Barrierefreiheit und der Verkehrssicherung zu jeder Zeit berücksichtigt und eingehalten werden und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht eingeschränkt werden.
- 21.3 Der Betreiber unterstützt die FHH bei der Erfüllung ihrer allgemeinen Straßenverkehrssicherungspflichten im Sinne des HWG (z.B. Freihalten von Parkständen, Baumschnitt).
- 21.4 Veranlasst die FHH Bauarbeiten, die den Betrieb einer Ladeeinrichtung des Betreibers berühren könnten, so soll sie den Betreiber rechtzeitig, möglichst drei Monate vor Beginn, hierüber informieren, damit der Betreiber eine Sicherung der Ladeeinrichtung vornehmen kann.

22. Rückbau, Übernahme und Beeinträchtigung der Ladeeinrichtungen

- 22.1 Der Betreiber baut die Ladeeinrichtungen einschließlich aller Nebenanlagen binnen 16 Wochen nach Beendigung des Konzessionsvertrages auf eigene Kosten zurück. Dies schließt den Rückbau des Netzanschlusses in frühzeitiger Absprache mit dem Verteilnetzbetreiber ein (siehe Ziffer 7 (Netzanschluss)). Bei etwaigen Verzögerungen durch den Verteilnetzbetreiber können die Parteien eine neue, angemessene Frist vereinbaren. Der Betreiber hat den ursprünglichen Zustand der öffentlichen Wege und Plätze einschließlich der Nebenanlagen wiederherzustellen und setzt dabei die Vorgaben des jeweils zuständigen Bezirksamtes um. Sofern eine förmliche Abnahme durch das jeweils zuständige Bezirksamt erfolgt, trägt der Betreiber die damit verbundenen Kosten.
- 22.2 Kommt der Betreiber seiner Pflicht nach Ziffer 22.1 nicht fristgerecht nach, hat die FHH das Recht, den Rückbau der Ladeeinrichtungen und der Netzanschlüsse nach Abmahnung und fruchtlosem Ablauf einer von der FHH zur Beseitigung gesetzten angemessenen Frist auf Kosten des Betreibers selbst vorzunehmen oder einen Dritten damit zu beauftragen.
- 22.3 Die Pflicht nach Ziffer 22.1 entfällt,
- (a) soweit die Konzession für den Betreiber verlängert beziehungsweise ihm erneut erteilt wird oder
 - (b) soweit die FHH oder ein anderer Betreiber die Ladeeinrichtungen oder Teile derselben (etwa Tiefbauanlagen, Fundamente oder Netzanschlüsse) übernimmt und die FHH hierzu ihr Einverständnis erklärt. Ein Anspruch des Betreibers auf Erklärung dieses Einverständnisses besteht nicht.
- 22.4 Vorbehaltlich einer anderslautenden Zustimmung der FHH entfällt die Option nach Ziffer 22.3 b) [(teilweise)Übernahme durch die FHH oder weiteren Betreiber], falls eine entsprechende Übereinkunft nicht spätestens sechs Monate vor Ende des Konzessionsvertrages vorliegt.
- 22.5 Übt die FHH das Recht zur Übernahme aus Ziffer 22.3 aus, so zahlt sie dem Betreiber ein Übernahmeentgelt. Die Höhe des Übernahmeentgeltes bestimmt sich nach dem verbleibenden Sachwert der Ladeeinrichtung. Sollte sich durch eine Änderung des Gesetzes oder der höchstgerichtlichen Rechtsprechung ergeben, dass für die Bestimmung des Übernahmeentgeltes ein anderer Wert als der Sachwert maßgeblich ist, so tritt dieser ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens bzw. der Rechtskraft an die Stelle des Sachwertes. Besteht zwischen den Parteien Streit über die Höhe des Übernahmeentgeltes, so findet Ziffer 11.3 (Innovation – Schiedsgutachter) entsprechende Anwendung.
- 22.6 Sofern während der Laufzeit des Konzessionsvertrages aus Gründen des öffentlichen Interesses ein Rückbau einer Ladeeinrichtung erforderlich wird, ist der Betreiber verpflichtet, die erforderlichen Arbeiten auf eigene Kosten auszuführen und dabei die Vorgaben des jeweils zuständigen Bezirksamtes innerhalb einer angemessenen Frist umzusetzen. Kommt der Betreiber dieser Pflicht nicht fristgerecht nach, so ist die FHH berechtigt, die Ladeeinrichtung auf Kosten des Betreibers zurückzubauen oder versetzen zu lassen. § 39 HWG sowie Erstattungsansprüche gegenüber Dritten bleiben unberührt. Entfällt auf Grund eines erforderlichen Rückbaus eine Ladeeinrichtung, gilt dies nicht als Verstoß des

Betreibers gegen seine Pflicht zur Errichtung und Betrieb einer bestimmten Anzahl von Ladeeinrichtungen. Der Betreiber ist nicht verpflichtet, die Ladeeinrichtung an anderer Stelle erneut zu errichten, dies steht ihm aber frei.

Abschnitt 5 – Sonstiges

23. Berichtspflichten und Bestandsverzeichnis

- 23.1 Der Betreiber verpflichtet sich, der FHH über den Status des Ausbaus (einschließlich beantragter und erteilter Sondernutzungen, Status der Netzan-schlüsse) der Ladeeinrichtungen Bericht zu erstatten. Die Berichte sind viertel-jährlich entsprechend dem Muster in Anlage 23.1 (Musterbericht) zu erstellen und jeweils zwei Wochen nach Abschluss eines Quartals unaufgefordert in elektronischer Form an die hierfür in Anlage 14 (Ansprechpersonen) zum Kon-zessionsvertrag benannte Ansprechperson an deren dort genannte E-Mail-Ad-resse oder an eine andere von der FHH benannte E-Mail-Adresse zu übermit-teln.
- 23.2 Sobald der Betreiber die gem. Ziffer 4 geschuldete Anzahl an Ladepunkten er-reicht hat, entfällt die Anforderung nach Ziffer 23.1 (im Regelfall also nach Ende der Ausbauphase).
- 23.3 Der Betreiber erstellt über die von ihm betriebenen Ladeeinrichtungen ein Be-standsverzeichnis. Das Bestandsverzeichnis muss mindestens die in An-lage 23.3 (Bestandsverzeichnis) aufgeführten Daten enthalten. Darüber hinaus hat der Betreiber eine Dokumentation zur Art und Position der verlegten Strom-leitungen ab dem Netzananschluss und weiterer Kabel zu erstellen. Das Verzeich-nis ist fortlaufend zu aktualisieren und kann in einem betriebseigenen (Daten-bank-)System abgebildet werden. Binnen vier Wochen nach Aufforderung durch die FHH übermittelt der Betreiber das Bestandsverzeichnis und die Do-kumentation der Leitungen und Kabel in übergabefähiger, elektronischer und in elektronisch bearbeitbarer sowie auswertbarer Form. Die Dokumentation muss eine (kommerzielle/handelsrechtliche) Bewertung der einzelnen Ladestandorte durch Dritte ermöglichen.
- 23.4 Die FHH behält sich das Recht vor, die in den Ziffern 23.1 – 23.3 genannten Muster bzw. Vorgaben inhaltlich anzupassen und weitere Informationen vom Betreiber anzufordern. Die FHH wird die entsprechend den Ziffern 23.1 – 23.3 vom Betreiber übersandten Daten nicht unternehmensspezifisch, sondern nur in aggregierter Form an Dritte weitergeben.

24. Leistungserbringung durch Nachunternehmer

- 24.1 Der Betreiber ist berechtigt, die Leistungen durch Nachunternehmer ausführen zu lassen, wenn der Betreiber diese im Rahmen seines Angebots unter Angabe der zu erbringenden Leistungen benannt und diese die für den Einsatz als Nach-unternehmer erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.
- 24.2 Beabsichtigt der Betreiber später den Einsatz oder Austausch von Nachunter-nehmern, ist er dazu nur nach vorheriger Zustimmung der FHH in Textform berechtigt. Die FHH wird die Zustimmung erteilen, wenn

- (i) der Nachunternehmer die notwendige fachliche und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die ordnungsgemäße Erbringung der Leistung gewährleistet, was durch den Betreiber nachzuweisen ist,
 - (ii) der Einbindung des Nachunternehmers keinerlei rechtliche Hindernisse entgegenstehen und
 - (iii) auch sonst keine berechtigten Bedenken hinsichtlich einer ordnungsgemäßen Vertragsdurchführung bestehen.
- 24.3 Die FHH ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen berechtigt, sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten nach diesem Konzessionsvertrag geeigneter und zuverlässiger Dritter zu bedienen.
- 24.4 § 278 BGB bleibt unberührt.

Anlagenverzeichnis

Anlage 8.1 (Standortgestaltung und Designvorgaben)

Anlage 23.1 (Musterbericht)

Anlage 23.3 (Bestandsverzeichnis)

* * *

[Stand: 11.06.2024]

Vergabeunterlagen Teil 1

Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen

Konzessionsgeberin:

Freie und Hansestadt Hamburg,

vertreten durch die Behörde für Wirtschaft und Innovation (Vergabestelle)

Alter Steinweg 4

20459 Hamburg

Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem europaweiten Teilnahmewettbewerb zur Vergabe von Konzessionen zur Planung, Errichtung sowie für den Betrieb von Ladeeinrichtungen einschließlich der Erbringung der zugehörigen Service- und Wartungsleistungen

Az.: FHH 749.4452-005/002/001

Diese Vergabeunterlagen sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes verwendet werden. Eine Weitergabe, Vervielfältigung oder anderweitige Nutzung der Unterlagen ist nur mit vorheriger Zustimmung der FHH zulässig.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Kenndaten des Vergabeverfahrens und übergeordnete Informationen	3
1. Zweck und Inhalt der Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen	3
2. Konzessionsgeberin und Vergabestelle	3
3. Kurzbeschreibung des Konzessionsgegenstands und Leistungszeitraum	3
3.1 Konzessionsgegenstand und Ort der Leistungserbringung	3
3.2 Aufteilung in Lose	4
3.3 Teilnahmeantrag für beliebige Lose und beliebige Zahl von Losen / Ranking im Teilnahme- wettbewerb	4
3.4 Zuschlagslimitierung / Los – Präferenz - Überblick	5
3.5 Vertragsbeginn und Vertragslaufzeit, Errichtungszeitraum, Betriebsbeginn	6
4. Art des Vergabeverfahrens und Auftragsart	6
4.1 Gesetzliche Grundlage des Vergabeverfahrens	6
4.2 Verfahrensart	6
4.3 Auftragsart	7
4.4 Ablauf des Vergabeverfahrens	7
5. Vergabeunterlagen	9
6. Hinweispflicht des Bewerbers / Bieters	9
7. Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen und Informationen	10
8. Verfahrensführung und Kommunikation mit der Konzessionsgeberin im Vergabeverfahren	10
8.1 Verfahrensführung im Wege elektronischer Mittel	10
8.2 Kommunikation mit der Konzessionsgeberin und Bewerber- / Bieterfragen	11
9. Begrifflichkeiten	12
9.1 Bewerber - / Bietergemeinschaften	12
9.2 Einfache Nachunternehmer	12
9.3 Eignungsleihe	13
10. Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote	14
10.1 Grundlage der Teilnahmeanträge und Angebote	14
10.2 Verfahrenssprache	14
11. Schutz von Geschäftsgeheimnissen im Teilnahmeantrag / Angebot	15
12. Eigentum an den Teilnahme- und Angebotsunterlagen und Kostenerstattung	15
II. Teilnahmewettbewerb	15
1. Erstellung des Teilnahmeantrags und Checkliste	15
2. Eignungsanforderungen und Prüfung der Eignung	16
3\ Begrenzung der Anzahl der Bieter – Ranking	16
4. Öffnung der Teilnahmeanträge	17

5.	Verständigung der erfolgreichen und nicht erfolgreichen Bewerber.....	17
III.	Angebotsphasen: verbindliche Erstangebote / ggf. endgültige Angebote	18
1.	Erstellung des Angebots	18
2.	Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen	18
3.	Gewerbliche Schutzrechte.....	18
4.	Abgabe der Angebote	18
5.1	Abgabefrist für die Angebote und Weg der Abgabe des Angebots.....	18
5.2	Checkliste der mit dem Angebot abzugebenden Erklärungen und Nachweise	19
6.	Nebenangebote und Änderungsvorschläge	19
7.	Öffnung und Prüfung der Angebote	19
7.1	Öffnung der Angebote.....	19
7.2	Formale Angebotsprüfung und Ausschluss von Angeboten.....	20
7.3	Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bieters zu Russland	20
8.	Aufklärungs- und Nachforderungsvorbehalt.....	20
9.	Erfüllung der Mindestanforderungen.....	21
10.	Zuschlagskriterien, ihre Gewichtung und Wertung der Angebote	21
10.1	Zuschlagskriterien und Gewichtung Qualität	21
10.2	Zur Wertung Qualität im Einzelnen	25
10.\	Wertung Preis im Einzelnen.....	31
11.	Beziehung zwischen Vergabeunterlagen bzw. Angebot und Vertrag.....	32
IV.	Angebotsphase endgültige Angebote	33
V.	Abschließende Informationen für die Teilnahme- und Angebotsphasen	33
1.	Termine und Fristen	33
2.	Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens	35
3.	Mitteilung über Zuschlagserteilung.....	35
4.	Auszug aus dem Wettbewerbsregister.....	35
5.	Datenschutz	35
6.	Zuständige Vergabekammer.....	36

Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen

I. Kenndaten des Vergabeverfahrens und übergeordnete Informationen

1. Zweck und Inhalt der Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen

Bei den Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen handelt es sich um die Vergabeunterlagen (VGU) Teil 1. Teil 1 benennt in Verbindung mit den übrigen VGU (Teile 2 bis 6, Übersicht siehe nachfolgend Ziffer I.5.) die Bedingungen für die Erstellung, Abgabe und die Prüfung der Teilnahmeanträge sowie die Bedingungen für die Erstellung, Abgabe, Prüfung und Wertung der Angebote (Erstangebote und ggf. endgültige Angebote). Darüber hinaus soll das Dokument den interessierten Unternehmen einen Überblick über den Ablauf des gesamten Vergabeverfahrens und seiner einzelnen Schritte geben.

Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit „Unternehmen“ oder „Bewerber“ oder „Bieter“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Unternehmensgemeinschaften (Bewerber- und Bietergemeinschaften) gemeint.

Sofern in den VGU von „Angebot“ / „Angeboten“ die Rede ist, ist grundsätzlich sowohl das Erstangebot als auch das endgültige Angebot gemeint, es sei denn, es wird an der betreffenden Stelle explizit differenziert.

Mit der Zugänglichmachung von Informationen in den VGU sind keine Garantien oder Zusicherungen verbunden.

2. Konzessionsgeberin und Vergabestelle

Konzessionsgeberin ist die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH). Vergabestelle ist die Behörde für Wirtschaft und Innovation (BWI). Weitergehende Informationen zur Konzessionsgeberin und zur Vergabestelle entnehmen Sie bitte den Internetauftritten der FHH und der BWI unter <https://www.hamburg.de/stadt-staat/> und <https://www.hamburg.de/bwi/>.

3. Kurzbeschreibung des Konzessionsgegenstands und Leistungszeitraum

3.1 Konzessionsgegenstand und Ort der Leistungserbringung

Gegenstand der Vergabe ist die flächendeckende Planung und Errichtung sowie der Betrieb von öffentlich zugänglichen Ladeeinrichtungen einschließlich der zugehörigen Wartungs- und Instandhaltungsleistungen im öffentlichen Raum im Stadtgebiet der FHH.

Die Einzelheiten zum Konzessionsgegenstand ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung und deren Anlagen (VGU Teil 3) und den Vertragsbedingungen (VGU Teil 4).

3.2 Aufteilung in Lose

Die zu vergebenden Konzessionsleistungen sind in insgesamt fünf (5) sachlich und rechtlich eigenständige Lose aufgeteilt, die inhaltlich gleichwertig sind. Die Konzessionsleistungen umfassen insgesamt 2.500 Ladepunkte im Stadtgebiet der FHH und hierbei 500 Ladepunkte je Los und Konzession.

Die fünf (5) Lose mit ihren für die Errichtung und den Betrieb von Ladepunkten zugewiesenen Suchräumen erstrecken sich jeweils über das gesamte Stadtgebiet der FHH, um eine angemessene Dichte und Flächendeckung von Ladepunkten sowie unter den fünf (5) Konzessionären / Betreibern den größtmöglichen Wettbewerb zu erzeugen.

Die Einzelheiten zum Inhalt der fünf (5) Lose ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) und dem Konzessionsvertrag (VGU Teil 4).

Die Bewerber / Bewerbergemeinschaften bzw. Bieter / Bietergemeinschaften können darüber hinaus die einzelnen Ausbaugebiete (Suchräume) der Lose im [Geoportal der FHH](https://geoportal-hamburg.de/geo-online/?Map/layerIds=19969,31173,31174,31175,31176,31177,31178&visibility=true,true,true,true,true,true,true&transparency=0,0,0,0,0,0,0&Map/center=[566548.6871356688,5934655.1295858985]&Map/zoomLevel=5) (LINK: [https://geoportal-hamburg.de/geo-online/?Map/layerIds=19969,31173,31174,31175,31176,31177,31178&visibility=true,true,true,true,true,true,true&transparency=0,0,0,0,0,0,0&Map/center=\[566548.6871356688,5934655.1295858985\]&Map/zoomLevel=5](https://geoportal-hamburg.de/geo-online/?Map/layerIds=19969,31173,31174,31175,31176,31177,31178&visibility=true,true,true,true,true,true,true&transparency=0,0,0,0,0,0,0&Map/center=[566548.6871356688,5934655.1295858985]&Map/zoomLevel=5)) ansehen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit die einzelnen Lose als Dateien herunterzuladen und in eigene Geoinformationssysteme zu integrieren. Den Download als JSON- oder CSV-Datei sowie die Einbindung als WFS- oder WMS-Dienst erreichen die Bewerber / Bewerbergemeinschaften bzw. Bieter / Bietergemeinschaften über den [Metadaten Verbund](https://metaver.de/trefferanzeige?docuuid=F8D7F54A-4E87-41A5-9628-F57B45B2C3F2) (MetaVer; LINK: metaver.de/trefferanzeige?docuuid=F8D7F54A-4E87-41A5-9628-F57B45B2C3F2).

3.3 Teilnahmeantrag für beliebige Lose und beliebige Zahl von Losen / Ranking im Teilnahmewettbewerb

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem europaweiten Teilnahmewettbewerb nach § 12 Abs. 1 S. 2 KonzVgV durchgeführt (Näheres zum Verfahrensablauf siehe unter I.4). Der Teilnahmeantrag (VGU Teil 2) darf für beliebige Lose und eine beliebige Zahl von Losen abgegeben werden; zulässig ist insbesondere im Teilnahmewettbewerb die Bewerbung auf alle fünf (5) Lose.

Bewirbt sich ein Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag nicht auf alle fünf (5) Lose, ist er fortan auf die Lose beschränkt, für die er den Teilnahmeantrag samt Formblätter (VGU Teil 2) abgegeben hat bzw. kann im verbindlichen Erstangebot und ggf. im endgültigen Angebot ein Angebot nicht mehr für andere Lose oder mehr Lose abgeben.

Es werden allerdings nur diejenigen geeigneten Bewerber zu Bieterinnen und als solche zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots und ggf. später zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert, die vorausgehend die im Teilnahmewettbewerb gestellten Eignungsanforderungen zum einen vollständig erfüllen und zudem auf der Grundlage des nach ihrer Eignung erfolgten

Rankings im Teilnahmewettbewerb **mindestens** den siebten (7) Platz erreicht haben. Für die Einzelheiten zum Ranking wird nachfolgend auf Ziffer III.3 verwiesen. Die Konzessionsgeberin würde es in Hinblick auf hinreichenden Wettbewerb in jedem der zu vergebenden Lose begrüßen, wenn jeder Bewerber sich jeweils mit dem Teilnahmeantrag auf alle fünf (5) Lose bewirbt und ggf. später auch auf alle fünf (5) Lose ein Angebot (VGU Teil 5 bzw. Teil 6) abgibt.

Die erforderlichen Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb (Formblätter der VGU Teil 2 sowie darin geforderte Erklärungen / Nachweise) müssen unabhängig von der Anzahl der Lose, auf die sich ein Bewerber mit seinem Teilnahmeantrag bewirbt, gleichwohl insgesamt nur **ein (1) Mal** abgegeben werden. Die Vorgaben und Eignungsanforderungen sind für alle fünf (5) Lose gleich; es ist aus diesem Grund ausreichend, dass der Bewerber die Erfüllung der Eignungsanforderungen nur **ein (1) Mal** für alle fünf (5) Lose erklärt und nachweist.

3.4 Zuschlagslimitierung / Los – Präferenz - Überblick

Es wird darauf hingewiesen, dass der Zuschlag insgesamt auf maximal **ein (1) Los** pro Bieter erteilt wird (Zuschlagslimitierung). Für den Fall, dass der Bieter auf der Grundlage der Wertung der Angebote nach den vorgegebenen Zuschlagskriterien bzw. Punktzahl (siehe nachfolgend Ziffer III.10) auf mehrere Lose den Zuschlag erhalten könnte, wird der Zuschlag entsprechend der von ihm angegebenen **Präferenz** auf das Los erteilt (*Los - Präferenz*), das entsprechend der Platzierung des Bieters noch verfügbar ist. Die Los-Präferenz ist bereits im verbindlichen Erstangebot anzugeben (Formblatt 1, VGU Teil 5) und kann ggf. später im endgültigen Angebot (VGU Teil 6) **nicht** mehr geändert werden. Der Bieter kann die fünf (5) Lose in Formblatt 1 der VGU Teil 5 mit einer Los-Präferenz von (1) bis (5) einstufen; die niedrigste Präferenz ist Los-Präferenz (5), die höchste Los-Präferenz ist (1).

Beispiel:

- Bieter 1 bietet auf alle fünf (5) Lose mit folgender Los - Präferenz: Los 1 = Präferenz 5 (niedrigste Präferenz); Los 2 = Präferenz 4; Los 3 = Präferenz 3; Los 4 = Präferenz 2 und Los 5 = Präferenz 1 (höchste Präferenz).
- Bieter 2 bietet ausschließlich auf Los 5.
- Bieter 3 bietet (wie Bieter 1) auf alle fünf (5) Lose mit folgender Los - Präferenz: Los 1 = Präferenz 5; Los 2 = Präferenz 4; Los 3 = Präferenz 3; Los 4 = Präferenz 2 und Los 5 = Präferenz 1.

Auf der Grundlage der Wertung seines Angebots auf Basis der vorgegebenen Zuschlagskriterien in der Phase Erstangebote erreicht Bieter 1 eine Platzierung vor Bieter 2 und Bieter 2 vor Bieter 3.

Auf dieser Basis werden im Erfolgsfall die Zuschläge auf die Angebote der Bieter 1, 2 und 3 wie folgt erteilt:

Als bestplatzierte Bieter erhält zunächst Bieter 1 den Zuschlag auf das Los, das in seiner angegebenen Los - Präferenz am höchsten eingestuft ist. D.h. Bieter 1 erhält den Zuschlag auf Los

5. Bieter 2 erhält als nächstbestplatzierter Bieter den Zuschlag auf das Los, das in seiner angegebenen Los - Präferenz am höchsten eingestuft ist, sofern dieses noch verfügbar ist, d.h. dieses noch nicht bezuschlagt worden ist. Da Bieter 2 sich ausschließlich auf Los 5 beworben und ein Angebot abgegeben hat und Los 5 bereits an Bieter 1 vergeben wurde, geht Bieter 2 leer aus. Im dritten Schritt erhält der drittplatzierte Bieter 3 den Zuschlag auf ein Los gemäß der von ihm angegebenen Los - Präferenz. Bieter 3 hat ebenfalls Los 5 als höchste Präferenz angegeben. Da Los 5 bereits vergeben ist, erhält Bieter 3 den Zuschlag auf das Los mit der von ihm angegebenen nächsthöchsten Los - Präferenz, sofern es noch verfügbar, d.h. nicht bezuschlagt worden ist. Bieter 3 erhält somit den Zuschlag auf Los 4, weil er dieses Los mit der zweithöchsten Präferenz belegt hat und das Los zu dem Zeitpunkt, zu dem Bieter 3 zum Zuge kommt, noch verfügbar ist.

3.5 Vertragsbeginn und Vertragslaufzeit, Errichtungszeitraum, Betriebsbeginn

Der Abschluss des Vertrags erfolgt durch die Erteilung des Zuschlags auf ein Angebot für ein bestimmtes Los. Die Konzessionsgeberin übermittelt das Zuschlagsschreiben auf elektronischem Weg über die eVergabepattform (nachfolgend Ziffer I.8.1) an den betreffenden Bieter. Der Zuschlag wird voraussichtlich bis zum 30. September 2024 erteilt.

Die zu vergebenden Konzessionsverträge haben jeweils eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2035 und können von der Konzessionsgeberin **ein (1) Mal** um *ein (1)* weiteres Jahr sowie, sofern notwendig, **ein (1) weiteres Mal** um bis zu zwei (2) Jahre verlängert werden.

Die weiteren Einzelheiten zur Vertragslaufzeit und deren etwaiger optionaler Verlängerung ergeben sich aus den Vertragsbedingungen (Ziffer 18, VGU Teil 4).

4. Art des Vergabeverfahrens und Auftragsart

4.1 Gesetzliche Grundlage des Vergabeverfahrens

Grundlage des Vergabeverfahrens sind die Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen 2016 (*GWb*) und der Verordnung über die Vergabe einer Konzession (*KonzVgV*) in der jeweils aktuellen Fassung sowie die Regelungen der vorliegenden VGU, Teile 1 bis 6 samt Anlagen.

4.2 Verfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem europaweiten Teilnahmewettbewerb nach § 12 Abs. 1 S. 2 *KonzVgV* durchgeführt.

4.3 Auftragsart

Die zur erbringenden Leistungen werden in den einzelnen Losen jeweils in Form einer Konzession nach den Vorgaben der KonzVgV vergeben. Es wird in jedem der fünf (5) Lose eine gegenüber den in den übrigen Losen zu vergebenden Konzessionen sachlich und rechtlich eigenständige Konzession auf der Grundlage eines entsprechenden Konzessionsvertrags vergeben.

4.4 Ablauf des Vergabeverfahrens

Das Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem europaweiten Teilnahmewettbewerb wird im Wesentlichen im Wege folgender **acht Verfahrensschritte** durchgeführt:

Die interessierten Unternehmen sind auf der Grundlage der EU-Bekanntmachung und der über diese direkt abrufbaren Teilnahme- und Vergabeunterlagen (VGU Teile 1 bis 6 samt Anlagen) in einem **ersten Schritt** aufgefordert, einen Teilnahmeantrag (VGU Teil 2, Teilnahmeantrag mit Formblättern samt Anlagen) abzugeben. Die Konzessionsgeberin wird während der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags für jeden Bewerber, der sich dafür auf freiwilliger Basis anmeldet, eine für alle Bewerber einheitliche Auftraggeberpräsentation online-abrufbereit zur Verfügung stellen, um die wesentlichen Anforderungen der VGU aufzuzeigen und zu erläutern. Etwaige Fragen zur Auftraggeberpräsentation und zu den VGU sind schriftlich über die eVergabeplattform (siehe nachfolgend Ziffer I.8.1) zu stellen und einzureichen.

Die auf der Grundlage der Prüfung der rechtzeitig abgegebenen Teilnahmeanträge samt Anlagen (VGU Teil 2) nach den vorgegebenen Teilnahmekriterien für geeignet befundenen, nicht auszuschließenden und nach dem Ranking der Teilnahmeanträge (nachfolgend Ziffer II.3) auf den ersten sieben (7) Plätzen liegenden Bewerber werden im **zweiten Schritt** über die eVergabeplattform aufgefordert, ein verbindliches Erstangebot (VGU Teil 5) abzugeben. Die Bewerber, deren Teilnahmeantrag nicht erfolgreich war, werden über die Gründe, warum sie keinen Erfolg hatten, informiert und scheiden aus dem Vergabeverfahren aus.

Die Konzessionsgeberin wird bis zum Ende der Frist zur Abgabe der verbindlichen Erstangebote für jeden der sieben (7) Bieter eine **zwingend** wahrzunehmende Online-Auftraggeberpräsentation durchführen oder diese zwingend abzurufend online-abrufbar zur Verfügung stellen, um die wesentlichen Anforderungen der VGU vertieft zu erläutern. Etwaige Fragen zur Auftraggeberpräsentation und zu den VGU können ggf. während der Auftraggeberpräsentation und/oder im Anschluss an die Auftraggeberpräsentation schriftlich über die eVergabeplattform (siehe nachfolgend Ziffer I.8.1) gestellt werden. Die konkrete Vorgehensweise bei etwaigen Fragen wird die Konzessionsgeberin mit der Aufforderung zur Abgabe von verbindlichen Erstangeboten, die jeder der sieben Bieter über die eVergabeplattform erhält, bekannt geben.

Die konkret über die eVergabeplattform aufgeforderten Bieter geben im **dritten Schritt** über die eVergabeplattform rechtzeitig innerhalb der Angebotsfrist ein verbindliches Erstangebot (VGU Teil 5) ab.

Die Konzessionsgeberin prüft im **vierten Schritt** auf der Basis des verbindlichen Erstangebots samt Anlagen zunächst die Rechtzeitigkeit des Eingangs, die Vollständigkeit, die Einhaltung der formalen Anforderungen sowie die Einhaltung der inhaltlichen Anforderung und Mindestanforderungen an die zu erbringenden Leistungen. Im Anschluss daran wertet sie die verbindlichen Erstangebote auf der Grundlage der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien (siehe nachfolgend Ziffer III.10) aus. Sodann ermittelt die Konzessionsgeberin unter den nicht auszuschließenden verbindlichen Erstangeboten eine Rangfolge entsprechend der Wertung nach den bekannt gemachten Zuschlagskriterien. Es steht der Konzessionsgeberin frei, bereits den Zuschlag auf eines oder mehrere verbindliche Erstangebote entsprechend der vorgegebenen Zuschlagslimitierung und von den Bietern angegebenen Los-Präferenzen zu erteilen; das Vergabeverfahren für die betreffenden Lose endet ggf. mit der Erteilung des Zuschlags; in den betreffenden Losen kommt es nicht mehr zu Verhandlungen und nicht mehr zur Abgabe von endgültigen Angeboten. Für Bieter, die einen Zuschlag auf ihr verbindliches Erstangebot erhalten haben, ist das Vergabeverfahren beendet.

Im **fünften Schritt** lädt die Konzessionsgeberin in den fünf (5) Losen jeweils die fünf (5) Bieter zu Verhandlungen ein, die in den fünf (5) Losen auf der Grundlage der Wertung der verbindlichen Erstangebote nach den vorgegebenen Zuschlagskriterien auf den ersten fünf (5) Plätzen liegen. Die Bieter, deren verbindliches Erstangebot die gestellten Mindestanforderungen nicht erfüllt oder nicht auf den ersten fünf (5) Wertungsplätzen liegt, werden über die Gründe, warum sie keinen Erfolg hatten, entsprechend informiert und scheiden aus dem Vergabeverfahren aus. Für den Fall, dass in einem oder mehreren Losen bereits der Zuschlag auf das verbindliche Erstangebot erteilt worden ist, werden entsprechend weniger Bieter zu Verhandlungen eingeladen und zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert. Das bedeutet, dass beispielsweise nur vier Bieter zu Verhandlungen eingeladen und zur Abgabe eines verbindlichen endgültigen Angebots aufgefordert werden, wenn der Zuschlag auf Los 1 bereits erteilt ist. Für den Fall, dass ein Zuschlag auf ein oder mehrere verbindliche Erstangebot erteilt worden ist, werden die Bieter, deren verbindliches Erstangebot in dem betreffenden Los keinen Erfolg hatte, gem. § 134 Abs. 1 GWB informiert.

Die Konzessionsgeberin fordert ggf. die in den fünf (5) Losen jeweils verbliebenen Bieter nach Abschluss der Verhandlungen und ggf. Anpassung der VGU im **sechsten Schritt** auf, auf der Grundlage der ggf. angepassten VGU (VGU Teil 6) ein endgültiges Angebot abzugeben.

Die Konzessionsgeberin prüft im **siebten Schritt** nach Abgabe der endgültigen Angebote die Rechtzeitigkeit des Eingangs, die Vollständigkeit, die Einhaltung der formalen Anforderungen sowie die Einhaltung der Anforderung und Mindestanforderungen an die zu erbringenden Leistungen und wertet die endgültigen Angebote auf der Grundlage der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien aus. Angebote, die eine oder mehrere Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen. In jedem der nach dem Abschluss der Erstangebotsphase zur Vergabe

verbleibenden Lose wird auf der Grundlage der bekannt gegebenen Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot bestimmt (§ 127 GWB) und für die Erteilung des Zuschlags bestimmt.

Die Bieter, deren endgültiges Angebot keinen Erfolg hatte, werden im **achten Schritt** gem. § 134 Abs. 1 GWB informiert. In diesem Schreiben wird jedem nicht erfolgreichen Bieter u.a. mitgeteilt, welcher Bieter für die Erteilung des Zuschlags vorgesehen ist, wann dieser frühestens erteilt werden wird, welches die Merkmale und Vorteile des Angebots des erfolgreichen Bieters sind und aus welchen Gründen der betreffende Bieter nicht für den Zuschlag vorgesehen ist. Der in dem einzelnen Los erfolgreiche Bieter wird entsprechend schriftlich informiert darüber, dass und wann er nach Ablauf der 10-tägigen Stillhaltefrist des § 134 Abs. 1 GWB den Zuschlag erhalten soll.

5. Vergabeunterlagen

Die VGU (§ 16 KonzVgV) umfassen vorliegend folgende Dokumente einschließlich deren Anlagen:

- Verfahrens-, Teilnahme- und Angebotsbedingungen (VGU Teil 1),
- Teilnahmeantrag samt Formblättern (VGU Teil 2),
- Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3),
- Vertragsbedingungen (VGU Teil 4),
- Angebotsanschreiben Erstangebot samt Formblättern (VGU Teil 5),
- Angebotsanschreiben endgültiges Angebot samt Formblättern (VGU Teil 6).

Die Bieter erhalten die VGU einschließlich der in der jeweiligen Phase des Vergabeverfahrens zu benutzenden Formblättern in elektronischer Form, um das Ausfüllen dieser Unterlagen am PC zu ermöglichen. Für die Erstellung des Angebotes sind die von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellten Formblätter / Dokumente bzw. Dateien zu verwenden, soweit sie solche zur Verfügung stellt. Der Bieter muss die gemäß den Vorgaben auf den einzelnen Formblättern ausgefüllten Unterlagen zwingend in elektronischer Form und auf elektronischem Weg über die nachfolgend in Ziffer 8.1 genannte eVergabeplattform einreichen. Die Nichtvorlage der Dokumente in elektronischer Form oder die (Teil-)Abgabe eines Teilnahmeantrags oder Angebotes in nicht elektronischer Form hat den zwingenden Ausschluss des Bieters vom weiteren Verfahren zur Folge.

6. Hinweispflicht des Bewerbers / Bieters

Der Bewerber / Bieter muss die VGU (Teile 1 bis 6 samt Anlagen) nach dem Erhalt / Herunterladen von der eVergabeplattform – **unverzüglich** – auf Vollständigkeit, Verständlichkeit, etwa-

ige Unklarheiten und Fehler überprüfen und die Konzessionsgeberin über die eVergabeplattform in Textform auf etwaige Befunde diesbezüglich hinweisen. Weist der Bieter nicht unverzüglich darauf hin, kann er sich später nicht auf etwaige Fehler der Konzessionsgeberin berufen.

7. Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen und Informationen

Bei den VGU und ihren Anlagen sowie den darin enthaltenen Informationen und bei allen weiteren von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellten Daten und Kenntnissen handelt es sich um sensible Informationen. Diese sind vertraulich zu behandeln und dürfen nur im Rahmen dieses Vergabeverfahrens verwendet und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben werden.

Sämtliche Mitarbeitende beim Bewerber / Bieter, die mit der Erstellung des Teilhmeantrags / Angebote befasst sind oder Zugang zu den VGU haben, sind vom Bewerber / Bieter zur Vertraulichkeit zu verpflichten. Gleiches gilt für etwaige Nachunternehmer und deren Mitarbeitende.

8. Verfahrensführung und Kommunikation mit der Konzessionsgeberin im Vergabeverfahren

8.1 Verfahrensführung im Wege elektronischer Mittel

Das Vergabeverfahren wird in all seinen Phasen elektronisch über die eVergabeplattform „www.subreport-elvis.de“ (eVergabeplattform) durchgeführt. Die Vergabeunterlagen sind auf der eVergabeplattform wie folgt abrufbar:

<https://www.subreport.de/E91493533>

Informationen über die e-Vergabe und die technischen Voraussetzungen für deren Nutzung erhalten Sie unter www.subreport-elvis.de und über die Hotline, die telefonisch unter der Rufnummer +49 (0) 221 985 78 0 zu erreichen ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass die eVergabeplattform aufgrund von Wartungsarbeiten nicht ununterbrochen zur Verfügung steht. Wartungsarbeiten werden auf der eVergabeplattform grundsätzlich im Voraus angekündigt; Bewerber / Bieter haben sich selbständig darüber zu informieren und ihre Vorgehensweise darauf einzurichten.

Die VGU können auf der vorstehend genannten eVergabeplattform unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden. Eine Registrierung ist für den Abruf der VGU nicht erforderlich, wird jedoch von der Konzessionsgeberin empfohlen. Die vom Auftraggeber verwendete eVergabeplattform bietet die Möglichkeit einer freiwilligen Registrierung an. Registrierte Unternehmen erhalten systemseitige Mitteilungen, wenn zusätzliche Informationen wie zum Beispiel Antworten auf Bewerber- / Bieterfragen auf der genannten eVergabeplattform zum Abruf bereitgestellt sind, sofern und solange das jeweilige Unternehmen

noch am Vergabeverfahren beteiligt ist. Diese freiwillige Mitteilung befreit die Bewerber / Bieter aber nicht von ihrer Verpflichtung, die jeweils aktuellen Mitteilungen der Konzessionsgeberin selbst auf der eVergabeplattform einzusehen und sich insbesondere über den aktuellen Stand der VGU zu informieren. Diese Obliegenheit besteht bis zur Beendigung des Vergabeverfahrens durch die Erteilung des Zuschlags oder durch Aufhebung des Vergabeverfahrens.

Im Falle von Abwesenheitsmitteilungen eines registrierten Bewerbers / Bieters erfolgt kein erneuter Versand der betreffenden Informationen, weder an dieselbe E-Mail-Adresse noch an irgendeine in der Abwesenheitsmitteilung angegebene E-Mail-Adresse.

Es wird empfohlen, sich frühzeitig mit der Handhabung der eVergabeplattform und insbesondere mit der Einreichung des Angebots vertraut zu machen.

8.2 Kommunikation mit der Konzessionsgeberin und Bewerber- / Bieterfragen

Die Kommunikation mit der Konzessionsgeberin einschließlich der Stellung und der Beantwortung von Bewerber- / Bieterfragen erfolgt während des Vergabeverfahrens bis auf die Durchführung der Auftraggeberpräsentation und der Verhandlungen ausschließlich über die in Ziffer I.8.1 genannte eVergabeplattform.

Die Konzessionsgeberin weist darauf hin, dass zum Inhalt der VGU wie auch zu sämtlichen anderen relevanten Themen Bewerber- / Bieterfragen gestellt werden können und ggf. müssen. Die Fristen hierfür sind nachfolgend der Ziffer V.1 und darüber hinaus ggf. entsprechenden Hinweisen der Konzessionsgeberin zu entnehmen.

Fragen und Hinweise, die an eine andere als diese Adresse übermittelt werden, sind nicht zulässig und werden nicht beantwortet. Auch mündliche oder in anderer Form gestellte Fragen werden nicht berücksichtigt.

Die Bewerber / Bieter werden ersucht, Fragen ggf. so früh wie möglich und so konkret wie möglich zu stellen. Dies gilt insbesondere auch für etwaige Fragen zur Leistungsbeschreibung und zu den Vertragsbedingungen (VGU Teile 3 und 4) und hier insbesondere in Hinblick auf die gestellten Mindestanforderungen.

Die Konzessionsgeberin veröffentlicht ggf. auch die Fragestellung. Es wird daher darum gebeten, die Bewerber- / Bieterfragen so zu formulieren, dass sie zur Sicherstellung des vergaberechtlichen Geheimwettbewerbs keinerlei Rückschlüsse auf die Identität des Fragestellers zulassen.

Die Konzessionsgeberin behält sich vor, nach Ablauf der vorstehend genannten Frist gestellte Frage, nicht zu berücksichtigen, wenn diese zu einer Verzögerung des Vergabeverfahrens bzw. des Abschlusses des Vergabeverfahrens führen würden.

Die Konzessionsgeberin wird die Antworten über die in Ziffer I.8.1 genannte eVergabepattform jeweils für alle Bewerber / Bieter bereitstellen. Fragen und Antworten, die für alle Bewerber / Bieter relevant sind, werden anonymisiert und aus Gründen der Transparenz und Gleichbehandlung einheitlich allen Bewerbern / Bietern zur Verfügung gestellt. Fragen bzw. Antworten, die sachlich nur ein einzelnes interessiertes Unternehmen betreffen, werden ausnahmsweise nur diesem Bewerber / Bieter gegenüber beantwortet.

9. Begrifflichkeiten

9.1 Bewerber - / Bietergemeinschaften

Bewerber- / Bietergemeinschaften sind zugelassen. Soweit in den VGU Bewerber- / Bietergemeinschaften nicht ausdrücklich als solche genannt werden, sind unter dem allgemeinen Begriff „Bewerber“ / „Bieter“ auch Bewerber- / Bietergemeinschaften zu verstehen. Bietergemeinschaften sind vor der Abgabe des Angebots nicht verpflichtet, eine bestimmte Rechtsform anzunehmen (vgl. § 24 Abs. 1 KonzVGv). Die Bietergemeinschaft muss jedoch bei Abschluss des Vertrages eine Rechtsform haben, bei der eine gesamtschuldnerische Haftung der einzelnen Bietergemeinschaftsmitglieder für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen gegeben ist; die Bevollmächtigung eines Vertreters, der die Gesellschaft gegenüber der Konzessionsgeberin vertritt, ist vorzunehmen und nachzuweisen (VGU Teil 2, Formblatt 2).

Die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag entlang der Vorgaben des Formblatts „Bewerbergemeinschaftserklärung“ (VGU Teil 2, Formblatt 2) eine Bewerbergemeinschaftserklärung abgeben. Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft muss zum Nachweis seiner Eignung die Erklärungen und Nachweise entlang der Vorgaben, die für Bewerber gelten, mit dem Teilnahmeantrag die entsprechend gekennzeichneten Unterlagen (Nachweise und Erklärungen) abgeben. Dafür sind die entsprechenden Formblätter (VGU Teil 2), soweit sie zutreffen, zu benutzen und vom Bewerber als Anlagen mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

Die Konzessionsgeberin behält sich vor dem Hintergrund der Komplexität und des Ineinandergreifens der verschiedenen zu erbringenden Leistungen vor, eine Bewerber- / Bietergemeinschaft ggf. aufzufordern, darzulegen und nachzuweisen, dass sie die Leistungen ohne problematische Schnittstellen aus „einer Hand“ erbringen kann. Grund dafür ist, dass die Hauptaufgabenblöcke der vorliegend zu erbringenden Leistungen untereinander eine große leistungsmäßige, fachliche und technische Überschneidung aufweisen, die bei der Leistungserbringung eine eng verzahnte Zusammenarbeit und Abstimmung in organisatorischen, fachlichen und technischen Belangen erzwingt.

9.2 Einfache Nachunternehmer

Beabsichtigt der Bewerber / Bieter, Teile der zu erbringenden Leistungen von einem Nachunternehmer / Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er die Art und den Umfang dieser

Leistungen bereits in seinem **Teilnahmeantrag** angeben. Die Benennung der Art und des Umfangs der von einfachen Nachunternehmern zu erbringenden Leistungen ist entlang der Vorgaben des Formblatts „Einfache Nachunternehmer“ (VGU Teil 2, Formblatt 4) vorzunehmen; das Formblatt 4 ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag abzugeben.

Die Benennung der Namen der einfachen Nachunternehmer (nicht eignungsrelevante Nachunternehmer) und ihres Leistungsanteils bereits mit dem Teilnahmeantrag ist freiwillig und kann gleichfalls im Formblatt „Einfache Nachunternehmer (VGU Teil 2, Formblatt 4)“ vorgenommen werden. Die Konzessionsgeberin wird den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter kurzfristig gesondert dazu auffordern, die Namen der einfachen Nachunternehmer zu benennen sowie die für diese erforderlichen Eignungserklärungen und -nachweise abzugeben. Die verlangten Erklärungen und Nachweise sind ggf. innerhalb einer von der Konzessionsgeberin zu bestimmenden Frist – die ggf. nur wenige Tage beträgt – einzureichen.

Die Konzessionsgeberin behält sich vor dem Hintergrund der Komplexität und des Ineinandergreifens der verschiedenen zu erbringenden Leistungen vor, den Bieter bzw. die Bietergemeinschaft aufzufordern, darzulegen und nachzuweisen, dass sie die Leistungen im Fall der Nutzung von Nachunternehmern ohne problematische Schnittstellen aus „einer Hand“ erbringen kann. Grund dafür ist, dass die Hauptaufgabenblöcke der vorliegend zu erbringenden Leistungen untereinander eine große leistungsmäßige, fachliche und technische Überschneidung aufweisen, die bei der Leistungserbringung eine eng verzahnte Zusammenarbeit und Abstimmung in organisatorischen, fachlichen und technischen Belangen erzwingt.

9.3 Eignungsleihe

Für den Fall, dass sich der Bewerber / Bieter zum Nachweis seiner „wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit“ und/oder seiner „technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit“ im Wege der Eignungsleihe der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen möchte (§ 25 Abs. 3 KonzVgV), muss er bereits in seinem **Teilnahmeantrag** die Namen dieser Unternehmen angeben und benennen, auf welche Fähigkeit / Kapazität dieser Unternehmen er sich beruft bzw. einbezieht (VGU Teil 2, Formblatt 5). Zudem muss er den Nachweis führen, dass ihm die erforderlichen Mittel bei der vertragsgemäßen Erbringung der Konzessionsleistungen ohne weiteres zur Verfügung stehen, hierzu muss er eine entsprechende Verpflichtungserklärung des eignungsrelevanten Nachunternehmers abgeben (VGU Teil 2, Formblatt 6).

Darüber hinaus muss der Bewerber die Eignung der als eignungsrelevant benannten Unternehmen nachweisen. Für jeden eignungsrelevanten Nachunternehmer, jedes verbundene Unternehmen und jeden Dritten müssen die Erklärungen und Nachweise entlang der Vorgaben der in den VGU Teil 2 enthaltenen Formblätter mit dem **Teilnahmeantrag** (VGU Teil 2) abgegeben werden.

Ein Bewerber kann gem. § 25 Abs. 3 KonzVgV im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlä-

gige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen auch dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung nicht erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (siehe Formblätter 5 und 6, VGU Teil 2).

Die Konzessionsgeberin behält sich vor dem Hintergrund der Komplexität und des Ineinandergreifens der verschiedenen zu erbringenden Leistungen vor, den Bieter bzw. die Bietergemeinschaft aufzufordern, darzulegen und nachzuweisen, dass sie die Leistungen im Fall der Nutzung von eignungsrelevanten Nachunternehmern ohne problematische Schnittstellen aus „einer Hand“ erbringen kann. Grund dafür ist, dass die Hauptaufgabenblöcke der vorliegend zu erbringenden Leistungen untereinander eine große leistungsmäßige, fachliche und technische Überschneidung aufweisen, die bei der Leistungserbringung eine eng verzahnte Zusammenarbeit und Abstimmung in organisatorischen, fachlichen und technischen Belangen erzwingt.

10. Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote

10.1 Grundlage der Teilnahmeanträge und Angebote

Grundlage der Erstellung des Teilnahmeantrags und der Angebote sind die von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellten VGU (Teile 1 bis 6) samt jeweiligen Anlagen. Die ggf. von der Konzessionsgeberin im Verlauf des Vergabeverfahrens erteilten weiteren Informationen wie zum Beispiel Antworten der Konzessionsgeberin auf Fragen der Bewerber / Bieter sowie sonstige Hinweise oder Verfahrensbriefe sind Bestandteil der VGU und für die Erstellung und Abgabe des Teilnahmeantrags und der Angebote zu beachten und verbindlich.

Die VGU können jederzeit und ggf. insbesondere jeweils nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs oder Abschluss der Verhandlungsphase zur Abgabe der endgültigen Angebote angepasst bzw. aktualisiert werden. Die Konzessionsgeberin wird ggf. explizit darauf hinweisen und die angepassten VGU rechtzeitig über die eVergabepattform zur Verfügung stellen. Die Konzessionsgeberin wird bei Vornahme von Anpassungen der VGU, falls erforderlich, die Teilnahme- / Angebotsfrist entsprechend verlängern.

Den Bewerbern / Bieterinnen ggf. im Verlauf des Vergabeverfahrens im Wege von Hinweisen und/oder Antworten auf Bewerber- / Bieterfragen erteilte Informationen, durch die die VGU ergänzt, präzisiert oder geändert werden, gehen den VGU vor, wenn diese nicht entsprechend angepasst werden.

10.2 Verfahrenssprache

Der gesamte Schriftverkehr mit der Konzessionsgeberin ist in deutscher Sprache zu führen. Der Teilnahmeantrag und die Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen und vorzulegen. Das gilt insbesondere auch für die abzugebenden Erklärungen und Nachweise. Fremdsprachliche Unterlagen sind in Kopie und zusätzlich mit beglaubigter deutscher

Übersetzung oder Übersetzung durch einen staatlich anerkannten oder vereidigten Übersetzer vorzulegen.

11. Schutz von Geschäftsgeheimnissen im Teilnahmeantrag / Angebot

Dem Bewerber / Bieter obliegt es selbst, diejenigen Teile des Teilnahmeantrags / Angebots, die ein Betriebs- und/oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen. Macht der Bewerber / Bieter dies nicht, kann die Konzessionsgeberin im Falle der rechtlichen Überprüfung des Vergabeverfahrens von der Zustimmung des Bewerbers / Bieters auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (insbesondere andere Bewerber / Bietende) ausgehen.

12. Eigentum an den Teilnahme- und Angebotsunterlagen und Kostenerstattung

Das Eigentum an den eingereichten Teilnahme- und Angebotsunterlagen, Erklärungen etc. geht auf die Konzessionsgeberin über. Die eingereichten Teilnahmeanträge und Angebote werden von der Konzessionsgeberin gemäß den gesetzlichen Anforderungen aufbewahrt. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist werden die Teilnahmeanträge und Angebote vernichtet bzw. gelöscht.

Eine Erstattung der Kosten/Aufwendungen für die Erstellung und Übermittlung des Teilnahmeantrags / der Angebote findet nicht statt. Wird das Vergabeverfahren aufgehoben, werden die Kosten für die Beteiligung an dem Vergabeverfahren durch einen Teilnahmeantrag und/oder Angebot nicht erstattet.

II. Teilnahmewettbewerb

1. Erstellung des Teilnahmeantrags und Checkliste

Die Bewerber haben auf der Grundlage der Maßgaben der EU-Auftragsbekanntmachung und der VGU (Teile 1 und 2) einen vollständigen und verbindlichen Teilnahmeantrag zu erstellen und rechtzeitig über die eVergabepattform abzugeben. Es sind zwingend die von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellten Formblätter zu verwenden und bei Bedarf zu vervielfältigen.

Die VGU Teil 2 müssen zur Abgabe des Teilnahmeantrags vollständig ausgefüllt werden sowie alle geforderten Unterlagen (Nachweise und Erklärungen) gemäß der EU-Auftragsbekanntmachung und der VGU Teil 2 enthalten.

Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein. Bewerber haben vor Abgabe des Teilnahmeantrags dessen Vollständigkeit auf der Grundlage der Checkliste (VGU Teil 2, Formblatt 1) zu prüfen.

2. Eignungsanforderungen und Prüfung der Eignung

Die zum Nachweis der Eignung gem. § 122 Abs. 1 GWB zu erfüllenden Anforderungen ergeben sich aus der EU-Auftragsbekanntmachung und den VGU (Teil 2, Formblätter 3 bis 12). Als vorläufigen Beleg der Eignung wird eine Europäische Eigenerklärung akzeptiert.

3. Begrenzung der Anzahl der Bieter – Ranking

Es werden nur die geeigneten Bewerber zu Bietern und als solche zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots und ggf. später zur Abgabe eines endgültigen Angebots aufgefordert, die vorausgehend die im Teilnahmewettbewerb gestellten Eignungsanforderungen zum einen vollständig erfüllen und zudem auf der Grundlage des nach ihrer Eignung erfolgten Rankings im Teilnahmewettbewerb **mindestens** den siebten (7) Platz erreicht haben.

Das Ranking - **unter den geeigneten** - Bewerbern in Hinblick auf das Erreichen der Plätze eins (1) bis sieben (7) erfolgt auf der Grundlage folgender Rankingkriterien, zu denen in Formblatt 3 (VGU Teil 2) entsprechende Angaben zu machen sind:

- (1) Anzahl der am 25.03.2024 (Stichtag) nachweislich **in Betrieb befindlichen öffentlich zugänglichen Ladepunkte insgesamt**, diese müssen sich nicht im „öffentlichen Raum“ befinden. Der Bewerber muss angeben, in welchen Städten/Gemeinden er diese Ladepunkte betreibt und wie viele Ladepunkte er dort betreibt. **Gewichtung: 50%.**
- (2) Anzahl der insgesamt zwischen dem 01.01.2022 und dem 25.03.2024 (Stichzeitraum) nachweislich erstmals in Betrieb genommenen öffentlich zugänglichen Ladepunkte **im öffentlichen Raum** (nicht gemeint: öffentlich zugängliche private Grundstücksflächen) in Großstädten mit mindestens 100.000 Einwohnenden. Der Bewerber muss angeben, in welchen Städten er die betreffenden Ladepunkte errichtet und in Betrieb genommen hat sowie betreibt. **Gewichtung: 30%.**
- (3) Anzahl der am 25.03.2024 nachweislich in Betrieb befindlichen öffentlichen zugänglichen Ladepunkte **im öffentlichen Raum** (nicht gemeint: öffentlich zugängliche private Grundstücksflächen) in der Stadt / Gemeinde mit den meisten betriebenen Ladepunkten des Anbieters. **Gewichtung: 20%.**

Die vorstehend geforderten Angaben zu den Rankingkriterien (1) bis (3) sind im Formblatt 3 der VGU Teil 2, an den entsprechenden Stellen in der Tabelle und/oder in einer selbst erstellten Anlage entlang der dort vorgegebenen Maßgaben zu machen.

Es werden in Hinblick auf die Rankingkriterien (1) bis (3) nur solche Angaben berücksichtigt, die aus Leistungen stammen, die vom Bewerber selbst, von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft und/oder von Unternehmen erbracht werden / worden sind, die nach § 15 AktG mit dem Bewerber und/oder Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft konzernverbundene Un-

ternehmen sind. Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft oder deren einzelne Mitglieder kann / können zudem Angaben aus Leistungen miteinbeziehen, die ein Nachunternehmer für sie erbracht hat, mit dem sie in dem betreffenden Projekt zusammengearbeitet haben.

Angaben zu den Ranking-Kriterien (2) und (3) werden nur dann berücksichtigt, wenn sie auf Leistungen beruhen, bei denen es sich gemäß den Anforderungen und Mindestanforderungen des Formblatts 11 (VGU Teil 2) um vergleichbare Leistungen handelt.

Die Konzessionsgeberin behält sich vor, die Angaben des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft zu überprüfen und kurzfristig innerhalb von maximal etwa sechs (6) Kalendertagen weitergehende Unterlagen zum Beleg der vorstehend gemachten Angaben zu fordern.

Die oben genannten Rankingkriterien fließen mit der oben genannten Gewichtung in das Ranking ein, wobei bei jedem Kriterium maximal 10 Punkte erreicht werden können. Der Bewerber, der die in dem einzelnen Rankingkriterium gestellten Anforderungen erfüllt und jeweils die höchste Zahl in dem betreffenden Rankingkriterium nennt, bekommt 10 Punkte. Die weiteren Angaben werden entsprechend dem prozentualen Abstand geringer bepunktet.

Beispiel für die Wertung:

Bewerber 1: Anzahl der Ladepunkte 100

Bewerber 2: Anzahl der Ladepunkte 110

Bewertung: Bewerber 2 erhält 10 Punkte, weil es sich um die höchste Zahl an Ladepunkten handelt. Bewerber 1 erhält 100: $110 = 0,909 \times 10$ Punkte, d.h. 9,09 Punkte.

Bei der Berechnung wird auf drei Nachkommastellen gerundet. Bei Punktgleichheit entscheidet: das Rankingkriterium (1). Sollte auch dann noch Punktgleichheit bestehen, entscheidet das Rankingkriterium (2) und sodann Rankingkriterium (3).

4. Öffnung der Teilnahmeanträge

Die Öffnung der Teilnahmeanträge erfolgt durch die Konzessionsgeberin unverzüglich nach Ablauf der Teilnahmefrist. Bewerber sind zur Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

5. Verständigung der erfolgreichen und nicht erfolgreichen Bewerber

Die Konzessionsgeberin wird die erfolgreichen und nicht erfolgreichen Bewerber nach der abschließenden Prüfung der Teilnahmeanträge informieren. In Hinblick auf die erfolgreichen Bewerber, d.h. Bieter, erfolgt dies durch die Übermittlung der Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots. Die nicht erfolgreichen Bewerber werden über die eVergabepattform individuell über die Gründe unterrichtet, warum ihr Teilnahmeantrag keinen Erfolg hatte.

III. Angebotsphasen: verbindliche Erstangebote / ggf. endgültige Angebote

1. Erstellung des Angebots

Die Bieter haben auf die entsprechende **ausdrückliche Aufforderung** der Konzessionsgeberin hin auf der Grundlage der Maßgaben der EU-Auftragsbekanntmachung und der VGU (Teile 1 bis 6) ein vollständiges, verbindliches und zuschlagsfähiges Angebot zu erstellen und abzugeben. Die VGU Teil 5 sind Grundlage für die Abgabe des verbindlichen Erstangebots, die VGU Teil 6 sind ggf. Grundlage für die Abgabe des endgültigen Angebots. Zur Erstellung des Angebots sind jeweils zwingend die von der Konzessionsgeberin zur Verfügung gestellten Dokumente bzw. Formblätter zu verwenden und bei Bedarf zu vervielfältigen.

Die VGU Teil 5 / VGU Teil 6 müssen jeweils vollständig ausgefüllt werden sowie alle geforderten Unterlagen (Nachweise und Erklärungen) gemäß den Anforderungen der VGU enthalten.

2. Unzulässigkeit von Änderungen an den Vergabeunterlagen

Änderungen oder Ergänzungen an den VGU, insbesondere der Leistungsbeschreibung und/oder den Vertragsbedingungen, sind unzulässig und führen grundsätzlich zum Ausschluss des Angebotes.

3. Gewerbliche Schutzrechte

Der Bieter hat in seinem Angebot ggf. anzugeben, wenn für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind. Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

4. Abgabe der Angebote

5.1 Abgabefrist für die Angebote und Weg der Abgabe des Angebots

Das verbindliche Erstangebot und das etwaige endgültige Angebot müssen der Konzessionsgeberin in elektronischer Form über die in Ziffer I.8.1 genannte eVergabeplattform bis spätestens zu den nachfolgend in Ziffer V.1 genannten Terminen zugegangen sein. Die vorstehend genannten Termine können von der Konzessionsgeberin angepasst werden (siehe nachfolgend Ziffer V.1).

Auf anderem Weg als über die genannte eVergabeplattform eingereichte Angebote oder Angebotsteile werden nicht berücksichtigt. Auch eine Angebotsabgabe per E-Mail oder Telefax ist nicht zulässig und führt zwingend zum Ausschluss des Angebots aus dem Vergabeverfahren.

Angebote und Teile des Angebots, die verspätet eingehen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Insbesondere Angebote, die nicht oder verspätet abge-

geben werden, weil der Bieter Schwierigkeiten hatte, sein Angebot über die eVergabeplattform einzureichen und in der Verantwortungssphäre des Bieters liegen, können nicht als Verspätungsgrund geltend gemacht werden. Der Bieter trägt die Darlegungslast und Beweislast, dass diese ihn entlastenden Umstände tatsächlich gegeben sind; nach der Rechtsprechung sind in diesem Fall hohe Voraussetzungen zu erfüllen.

Das Angebot muss vor dem Ablauf der jeweiligen Frist vollständig eingegangen sein. Diese Frist gilt auch für nachträgliche Berichtigungen und Änderungen des Angebotes durch den Bieter. Der elektronische Zeitstempel setzt mit dem Ablauf der angegebenen Minute (HH:MM:00 Uhr) ein, d.h. ein Angebot, welches bis spätestens 11:30 Uhr abzugeben ist, wäre also um 11:30:01 Uhr verfristet.

Der Bieter hat sicherzustellen, dass nur ein einziges Angebot hochgeladen wird. Es ist kein zip-Ordner zu verwenden.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können die Angebote über die eVergabeplattform zurückgezogen werden. Berichtigungen, Ergänzungen oder Änderungen können hinsichtlich des Angebots bis zum Ablauf der Angebotsfrist ausschließlich über die eVergabeplattform vorgenommen werden.

5.2 Checkliste der mit dem Angebot abzugebenden Erklärungen und Nachweise

Das Angebot muss vollständig sein. Bieter haben vor Abgabe des Angebots die Vollständigkeit des Angebots auf der Grundlage der Checkliste (VGU Teil 5, Formblatt 1; VGU Teil 6, Formblatt 1) zu prüfen.

6. Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind grundsätzlich nicht zugelassen und führen zum Ausschluss des Angebots aus dem Vergabeverfahren.

Bieter dürfen jedoch über Bieterfragen Änderungsanregungen einreichen. Gleichfalls dürfen Bieter über Formblatt 8 der VGU Teil 5 Änderungsvorschläge in Form von Verhandlungsbedarfen anmelden.

7. Öffnung und Prüfung der Angebote

7.1 Öffnung der Angebote

Die Öffnung der Angebote erfolgt durch die Konzessionsgeberin unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist. Bieter sind zur Öffnung der Angebote nicht zugelassen.

7.2 Formale Angebotsprüfung und Ausschluss von Angeboten

Die Konzessionsgeberin prüft die fristgerecht eingereichten Angebote zunächst auf die Einhaltung der in diesen Verfahrens- und Angebotsbedingungen festgelegten formalen und inhaltlichen Anforderungen. Dabei wird sie die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angebote prüfen und gegebenenfalls Angebote ausschließen.

Das Angebot muss vollständig sein und alle geforderten Unterschriften, Angaben und Erklärungen enthalten. Ausgeschlossen werden insbesondere Angebote,

- die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- in denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vertragsunterlagen vorgenommen worden sind,
- die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen,
- nicht zugelassene Nebenangebote.

7.3 Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bieters zu Russland

Das am 08.04.2022 im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine veröffentlichte 5. EU-Sanktionspaket hat u.a. unmittelbare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022 sowohl Auftrags- und Konzessionsvergaben an Unternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 2022/576 als auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag / an der Konzession als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10 % des Auftrags/ Konzessionswertes entfallen. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, ist vom Bieter auf dem Formblatt 7 (VGU Teil 2) eine entsprechende Erklärung abzugeben und zusammen mit dem Teilnahmeantrag über die eVergabeplattform einzureichen.

8. Aufklärungs- und Nachforderungsvorbehalt

Die Konzessionsgeberin behält sich vor, bei Bedarf Aufklärungsgespräche / schriftliche Aufklärungen zum Angebotsinhalt mit dem einzelnen Bieter zu durchführen. Die Konzessionsgeberin behält sich zudem vor, wie in der EU-Auftragsbekanntmachung bekannt gemacht (siehe Ziffer 5.1.12), Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich

um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. Die Nachforderung wird ggf. unter Wahrung der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung innerhalb einer angemessenen Frist erfolgen. Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch die Konzessionsgeberin innerhalb einer festzulegenden angemessenen Frist vorzulegen. Bieter haben jedoch keinen Anspruch auf die Durchführung einer Nachforderung.

Werden die erforderlichen Erklärungen und Nachweise bis zu der mit der Nachforderung genannten Frist nicht rechtzeitig / nicht vollständig eingereicht, wird der Bieter von dem weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Es wird darauf hingewiesen, dass Nachforderungen vergaberechtlich nach der Rechtsprechung nur sehr eingeschränkt zulässig und möglich sind.

9. Erfüllung der Mindestanforderungen

Die VGU enthalten in den Teilen 2 bis 6 zwingend zu erfüllende Mindestanforderungen an die zu erbringende Leistung; die Konzessionsgeberin prüft, ob die Mindestanforderungen eingehalten sind. Mindestanforderungen sind in den VGU u.a. mit „mindestens“, „muss“, „hat“, „ist zu“ oder vergleichbaren Formulierungen beschrieben. Werden die Mindestanforderungen nicht eingehalten, ist das Angebot zwingend auszuschließen.

Die Konzessionsgeberin behält sich ausdrücklich vor zu Gunsten des Wettbewerbs, im Verlauf des Vergabeverfahrens einzelne Mindestanforderung abzusenken oder auf einzelne Mindestanforderungen ganz zu verzichten. Dies würde entsprechend bekannt gegeben werden.

10. Zuschlagskriterien, ihre Gewichtung und Wertung der Angebote

10.1 Zuschlagskriterien und Gewichtung Qualität

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt, § 127 Abs. 1 S. 1 GWB. Die Zuschlagskriterien, ihre Gewichtung und die auf die einzelnen Zuschlags- und Unterkriterien zu vergebenden Punkte ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle. Insgesamt können max. 1000 Punkte (entsprechend 100%) erreicht werden. Jedes Angebot muss konkrete Angaben zu den in der nachfolgenden Tabelle genannten qualitativen Kriterien A.1 bis A.3 und zum preislichen Kriterium B.1 enthalten:

Zuschlagskriterium / Unterkriterien	Beschreibung	Gewichtung	Max. Punkte
A. Qualität		80%	800
A.1 Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept (<i>Ausbauphase</i>)	Konzept zur Vorbereitung, vertragsgemäßen Planung, zur Standortfindung, zum Aufbau und zur Inbetriebnahme der Ladeeinrichtungen.	30%	300

A.2 Konzessionsbezogenes Betriebskonzept	Konzept zum vertragsgemäßen Betrieb, der Wartung und Instandhaltung für die Dauer der Vertragslaufzeit sowie dem Rückbau der Ladeeinrichtungen.	40%	400
A.3 Konzessionsbezogenes Konzept zur nachhaltigen Erbringung der Konzessionsleistungen	Konzept zum Umgang mit und der Wiederverwendbarkeit von Ressourcen in Bezug auf die Hardware und in Bezug auf die für den Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Instandhaltung) erforderlichen Komponenten sowie Nachhaltigkeitsmaßnahmen in Hinblick auf die Ladeeinrichtungen.	10%	100
B. Preis	Beschreibung	20%	200
Preisgestaltung für drei verschiedene Ladeszenarien	Es werden drei Ladeszenarien in der Leistungsklasse 11-22 kW vorgegeben, die sowohl eine zeitliche als auch eine kapazitive Komponente enthalten. Es ist jeweils der dem EMP insgesamt in Rechnung gestellte Preis (inkl. aller Preiskomponenten, z.B. kWh-Preis, Blockiergebühr, Session-Fee und weitere) für den jeweiligen Ladevorgang anzugeben, wobei die einzelnen Preiskomponenten aufzuschlüsseln sind. Zusätzlich ist die dahinterliegende Tarifstruktur (jew. Systematik von kWh-Preis, Grundgebühr, Minutenpreis, etc.) anzugeben:	20%	200
	<ul style="list-style-type: none"> Angabe des dem EMP insgesamt in Rechnung gestellten Preises für einen Ladevorgang, der vier Stunden dauert und bei dem 30 kWh geladen werden, Start des Ladevorgangs: 8:00 Uhr 	20/3 %	200/3

	<ul style="list-style-type: none"> Angabe des dem EMP insgesamt in Rechnung gestellten Preises für einen Ladevorgang, der zwei Stunden dauert und bei dem zwölf kWh geladen werden, Start des Ladevorgangs: 12:00 Uhr 	20/3 %	200/3
	<ul style="list-style-type: none"> Angabe des dem EMP insgesamt in Rechnung gestellten Preises für einen Ladevorgang, der 13 Stunden dauert und bei dem 55 kWh geladen werden, Start des Ladevorgangs: 18:30 Uhr 	20/3 %	200/3
Gesamt:		100%	1000 Punkte

Die auf die drei qualitativen Zuschlagsunterkriterien und die auf die drei Ladeszenarien erreichten Wertungspunkte auf den Preis werden addiert.

Das Angebot mit dem höchsten Gesamtergebnis gilt als das wirtschaftlich günstigste Angebot im Sinne des § 127 Abs. 1 S. 1 GWB. Die Vergabe der Wertungspunkte erfolgt unter Einbeziehung von zwei Stellen nach dem Komma; bei Punkte - Ergebnissen wie beispielsweise 10,556 wird auf 10,56 aufgerundet.

Auf die qualitativen Zuschlagsunterkriterien A.1 bis A.3 werden nach folgender Bewertungsmatrix Leistungspunkte vergeben. Die Leistungspunkte werden auf der Grundlage der nachfolgend genannten „Noten“ als ganze Leistungspunkte vergeben:

Herausragend	9 - 10 Leistungspunkte
Gut	6 - 8 Leistungspunkte
Befriedigend	4 - 5 Leistungspunkte
Ausreichend	2 - 3 Leistungspunkte
Nicht ausreichend	0 - 1 Leistungspunkte

Mindestanforderung:

Der Bieter muss auf die qualitativen Zuschlagskriterien A.1 bis A.3 jeweils mindestens die Note „befriedigend“ (4 oder 5 Leistungspunkte) erreichen. Wird diese Mindestanforderung nicht erfüllt, wird das betreffende Angebot ausgeschlossen.

Beispiel für die Wertung der Zuschlagsunterkriterien A.1 bis A.3:

Bieter 1 reicht für das Zuschlagsunterkriterium A.1 Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept ein Konzept ein, das nach den vorstehenden Noten mit *herausragend*, 10 Leistungspunkte, bewertet wird. Das von Bieter 1 für das Zuschlagsunterkriterium A.2 Konzessionsbezogenes Betriebskonzept eingereichte Konzept wird mit *gut*, 8 Leistungspunkte, bewertet. Und das für das Zuschlagunterkriterium A.3 Konzessionsbezogenes Konzept zur nachhaltigen Erbringung der Konzessionsleistungen eingereichte Konzept erhält *befriedigend*, 5 Leistungspunkte.

Die in den einzelnen Zuschlagsunterkriterien A.1, A.2 und A.3 entsprechend der Noten erreichten Leistungspunkte werden mit dem für das betreffende Konzept geltenden Wichtungsfaktor multipliziert (Wichtung). Das bedeutet, dass folgende Multiplikationen durchgeführt werden:

- 10 Leistungspunkte x 3 (Gewichtung 30%) = 30 Leistungspunkte
- 8 Leistungspunkte x 4 (Gewichtung 40%) = 32 Leistungspunkte
- 5 Leistungspunkte x 1 (Gewichtung 10%) = 5 Leistungspunkte

Sodann werden die Ergebnisse der Multiplikation addiert:

- 30 Leistungspunkte + 32 Leistungspunkte + 5 Leistungspunkte = 67 Leistungspunkte

Anschließend wird die Summe der Leistungspunkte entsprechend der Gesamtgewichtung der Qualität (80%) durch 8 dividiert.

- $67 : 8 = 8,375$ Leistungspunkte

Bieter 2 reicht für das Zuschlagsunterkriterium A.1 Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept ein Konzept ein, das nach den vorstehenden Noten mit *herausragend*, 9 Leistungspunkte, bewertet wird. Das von Bieter 2 für das Zuschlagsunterkriterium A.2 Konzessionsbezogenes Betriebskonzept eingereichte Konzept wird mit *gut*, 6 Leistungspunkte, bewertet. Und das für das Zuschlagunterkriterium A.3 Konzessionsbezogenes Konzept zur nachhaltigen Erbringung der Konzessionsleistungen eingereichte Konzept erhält *befriedigend*, 4 Leistungspunkte.

Die in den einzelnen Zuschlagsunterkriterien A.1, A.2 und A.3 entsprechend der Noten erreichten Leistungspunkte werden mit dem für das betreffende Konzept geltenden Wichtungsfaktor multipliziert (Wichtung). Das bedeutet, dass folgende Multiplikationen durchgeführt werden:

- 9 Leistungspunkte x 3 (Gewichtung 30%) = 27 Leistungspunkte
- 6 Leistungspunkte x 4 (Gewichtung 40%) = 24 Leistungspunkte
- 4 Leistungspunkte x 1 (Gewichtung 10%) = 4 Leistungspunkte

Sodann werden die Ergebnisse der Multiplikation addiert:

- 27 Leistungspunkte + 24 Leistungspunkte + 4 Punkte = 55 Leistungspunkte

Anschließend wird die Summe der Leistungspunkte entsprechend der Gesamtgewichtung (80%) durch 8 dividiert.

- $55 : 8 = 6,875$ Leistungspunkte.

Umrechnung Leistungspunkte in Wertungspunkte

Bieter 1 hat damit nach Noten die Gesamtleistungspunktzahl 8,375 Punkte und Bieter 2 hat nach Noten die Gesamtleistungspunktzahl 6,875 auf das Zuschlagskriterium Qualität erreicht.

Bieter 1 hat in dem Beispiel die höchste Gesamtleistungspunktzahl erreicht und erhält daher die maximale Anzahl von 800 Wertungspunkten im Kriterium Qualität.

Bieter 2 erhält damit entsprechend dem prozentualen Abstand seiner Gesamtleistungspunktzahl in Höhe von 6,875 zur Gesamtleistungspunktzahl des Bieters 1 (8,375) insgesamt $0,820... \times 800$ Wertungspunkte ($6,875 : 8,375 = 0,820... \times 800$), d.h. 656,716..., gerundet 656,72 Wertungspunkte auf die Qualität.

Die vorstehend dargelegte Vorgehensweise der Umrechnung der Leistungspunkte in Wertungspunkte dient der Sicherstellung der in der oben dargestellten Tabelle vorgegebenen Gewichtung der Zuschlagsunterkriterien A.1., A.2 und A.3 untereinander sowie Sicherstellung der vorgegebenen Gewichtung von A. Qualität 80% und B. Preis 20%.

10.2 Zur Wertung Qualität im Einzelnen

Die Zuschlagsunterkriterien A.1 Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept, A.2 Konzessionsbezogenes Betriebskonzept und A.3 Konzessionsbezogenes Konzept zur nachhaltigen Erbringung der Konzessionsleistungen werden nach folgender Bewertungsmatrix mit Leistungspunkten bewertet:

Herausragend	Dargestellter Lösungsansatz liegt in allen Anforderungen deutlich über dem Durchschnitt, ist vollumfänglich nachvollziehbar und widerspruchsfrei und lässt eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich optimale Leistung erwarten.	9-10 Leistungspunkte
Gut	Dargestellter Lösungsansatz liegt in den meisten Anforderungen über dem Durchschnitt, ist vollumfänglich nachvollziehbar und widerspruchsfrei und lässt eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich gute Leistung erwarten.	6-8 Leistungspunkte

Befriedigend	Dargestellter Lösungsansatz entspricht in den Anforderungen dem Durchschnitt, ist vollumfänglich nachvollziehbar und widerspruchsfrei und lässt eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich noch zufriedenstellende Leistung erwarten.	4-5 Leistungspunkte
Ausreichend	Dargestellter Lösungsansatz entspricht in den Anforderungen nicht mehr dem Durchschnitt, ist nur weitgehend nachvollziehbar und nur weitgehend widerspruchsfrei und lässt eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich noch ausreichende Leistung erwarten.	2-3 Leistungspunkte
Nicht ausreichend	Dargestellter Lösungsansatz entspricht teilweise nicht den Anforderungen, ist nur in Teilen nachvollziehbar und/oder in Teilen widerspruchsfrei und lässt eine qualitativ, funktional und wirtschaftlich nicht mehr ausreichende Leistung erwarten.	0-1 Leistungspunkte

Wertung der Zuschlagsunterkriterien im Bereich Qualität im Einzelnen:

Die Angaben des Bieters zu den Zuschlagsunterkriterien A.1 bis A.3 werden Vertragsbestandteil und sind entsprechend den Angaben hierzu für die Dauer des Konzessionsvertrags zu leisten bzw. umzusetzen.

Zuschlagsunterkriterium A.1 Qualität / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept

Der Bieter muss für das Zuschlagsunterkriterium A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept so konkret wie möglich die Vorbereitung, die Planung sowie den vertragsgemäßen Auf- und Ausbau der Ladeeinrichtungen einschließlich ihrer Inbetriebnahme in der dafür vorgegebenen Zeit während der sog. Ausbauphase unter Beachtung der Anforderungen und Vorgaben der VGU Teile 3 und 4 darlegen.

Es werden insbesondere Ausführungen zu folgenden, nicht abschließend zu verstehenden Punkten erwartet, die nachfolgend zur besseren Orientierung angegeben sind:

- Wie laufen die Vorbereitungen und die Planungsprozesse inhaltlich und zeitlich ab?
 - Darstellung der wesentlichen Schritte
 - Konkrete Vorgehensweise in Bezug auf einzelne Schritte
 - Einbindung externer Stellen
- Wie wird bei der Standortfindung vorgegangen?
 - Standortermittlung

- Kriterien der Standortwahl
 - Sicherstellung eines wirtschaftlich, technisch und rechtlich geeigneten Standorts
 - Berücksichtigung öffentlicher Belange und von Verwaltungsverfahrensprozessen
 - Vorgehensweise bei Erstellung und Einreichung der Anträge auf Sondernutzungs-erlaubnisse sowie enthaltene Informationen
- Wie sind der Aufbau, Ausbau und die Inbetriebnahme inhaltlich und zeitlich geplant?
 - Vorgehensweise
 - Sicherstellung einer gleichmäßigen (Ziffer 4, VGU Teil 3) Errichtung und Inbetriebnahme in der Aufbauphase
 - Gebündelter Aufbau oder Einzelstandort
 - Voraussichtliche Dauer und zeitliche Abfolge
 - Zeitliche/räumliche Einschränkungen im öffentlichen Raum und insbesondere der öffentlichen Flächen
 - Sicherstellung der technischen Standards / Anforderungen sowie Einhaltung der rechtlichen Vorgaben
- Wie werden die Anforderungen an barrierefreie Ladeinfrastruktur im Sinne der Leistungsbeschreibung erfüllt und wie erfolgt die Standortsuche hierfür?
 - Welche Hardware?
 - Einzelfälle oder gesamte LIS
 - Bedienung/Kommunikation
 - Spezielle Standorte, z.B. Standorte mit vorhandenen abgesenkten bzw. tiefen Bordsteinen (ohne Stolperkante)
- Vorgehensweise bei der Standortgestaltung und der Designauswahl sowie Einhaltung der Anforderungen unter Berücksichtigung des Umfelds der Ladeeinrichtungen
 - Vorgehensweise bei der Standortgestaltung und -design
 - Einhaltung der Anforderungen an Standortgestaltung und -design unter Berücksichtigung des Umfelds der Ladeeinrichtungen
 - Berücksichtigung von Innovation in Bezug auf die Ladeeinrichtungen
- Wie wird der Aufbau der jeweiligen Komponenten dokumentiert?
 - Eigene Datenbank
 - Art und Umfang der dokumentierten Daten nach Ziffer 23 der VGU Teil 3
 - Zugänglichkeit/Exportfähigkeit der Daten

Die in dem Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept zu berücksichtigenden Anforderungen ergeben sich im Einzelnen aus der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) und den Vertragsbedingungen (VGU Teil 4), jeweils samt Anlagen. Der Bieter muss bei der Darstellung seines „konzessionsbezogenen Auf- und Ausbaukonzepts“ auf die entsprechenden Ziffern und konkreten Inhalte der Leistungsbeschreibung und der Vertragsbedingungen Bezug nehmen.

Bei der Wertung des Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept wird insbesondere darauf geachtet, ob und inwieweit der Bieter in seinem Lösungsansatz die spezifischen örtlichen und rechtlichen Gegebenheiten berücksichtigt hat und der Einfluss seiner Vorgehensweise und Ladeeinrichtungen auf den öffentlichen Raum insgesamt möglichst gering ist, um andere Nutzungen im öffentlichen Raum nicht zu stören oder zu beeinträchtigen. Die Konzessionsgeberin möchte sich außerdem auf der Grundlage des vom

Bieter erstellen konzessionsbezogenen Auf- und Ausbaukonzepts davon überzeugen, dass der Bieter in der Lage ist, den Auf- und Ausbau in der dafür vorgegebenen Zeit sowie reibungslos und ohne unverhältnismäßigen Aufwand für die Verwaltung vorzunehmen. Es wird insbesondere die Organisation und Strukturiertheit seiner geplanten Vorgehensweise berücksichtigt sowie darauf geachtet, welches Personal mit welcher leistungsbezogenen Qualifikation und Erfahrung in welchen Rollen und Anzahl für den Auf- und Ausbau vorgesehen ist.

Einbezogen wird in die Wertung des konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept zudem, ob die Ausführungen des Bieters vollständig, nachvollziehbar, widerspruchsfrei und praktisch realisierbar sind.

Die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept sind auf maximal 15 einseitig beschriebene DIN-A4-Blätter, Times New Roman, Schriftgrad mind. 11 Pkt., Zeilenabstand mind. 1,5, Seitenrand (links und rechts) jeweils mind. 1,5 cm zu beschränken. Bei längeren Ausführungen als 15 Blätter werden jeweils nur die Ausführungen auf den ersten 15 Blättern gewertet (die als Deckblätter zu benutzenden Formblätter zählen nicht zu den 15 Blättern).

Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept

Der Bieter muss für das Zuschlagsunterkriterium A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept so konkret wie möglich darlegen, wie er den Betrieb, die Wartung und Instandhaltung sowie den Rückbau der Ladeeinrichtungen unter Beachtung der Vorgaben der VGU (Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen) zur vertragsgemäßen Erbringung der Konzessionsleistungen für die Dauer der Vertragslaufzeit mit Erreichung der geforderten Verfügbarkeit der Ladeeinrichtungen durchführen wird.

Es werden insbesondere Ausführungen zu folgenden, nicht abschließend zu verstehenden Punkten erwartet, die nachfolgend zur besseren Orientierung angegeben sind:

- Wie wird eine größtmögliche Verfügbarkeit der Ladeinfrastruktur gewährleistet?
 - Auswahl und Einsatz einer robusten Hardware der Ladeeinrichtungen
 - Instandhaltung
 - Entstörung
 - Sicherstellung einer kurzfristigen Wiederherstellung der Verfügbarkeit
 - Priorisierung
- Wie wird eine einfache Bedienbarkeit der Hardware und damit ein zufriedenstellendes Nutzungserlebnis sichergestellt?
 - Authentifizierungs- (z.B. E-Roaming-Plattformen) und Bezahloptionen
 - Kommunikation mit Hardware
 - Angeleitete Nutzung
 - Nutzung einer App
 - Leichte Verständlichkeit
 - Welche Informationen einsehbar?
- Welche (zusätzlichen) Funktionalitäten bietet die Hardware?

- Grundfunktionalitäten
- Zusatzfunktionalitäten
- Gibt es ein Beschwerdemanagement über den eigentlichen Nutzerkreis hinaus, z.B. für Anlieger oder andere Stakeholder und wie sieht dieses aus?
 - Reaktionen auf Emissionen (Licht/Lärm) durch Hardware
 - Umgang mit Hinweisen
 - Aktive Kommunikation
 - Priorisierung
- Wie erfolgt die Dokumentation zu Veränderungen während des Betriebs an einzelnen Standorten?
 - Datenbank
 - Art und Umfang der dokumentierten Daten nach Ziffer 23 der VGU Teil 3
 - Zugänglichkeit/Exportfähigkeit der Daten
- Wie ist ein möglicher Rückbau der Ladepunkte zum Ende der Vertragslaufzeit geplant?
 - Vorbereitungen
 - Vorgehensweise
 - Dauer des Rückbaus
 - Herstellung des vorherigen Zustandes

Die in dem Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept zu berücksichtigenden Anforderungen ergeben sich im Einzelnen aus der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) und den Vertragsbedingungen (VGU Teil 4), jeweils samt Anlagen. Der Bieter muss bei der Darstellung seines „konzessionsbezogenen Auf- und Ausbaukonzepts“ auf die entsprechenden Ziffern und konkreten Inhalte der Leistungsbeschreibung und der Vertragsbedingungen Bezug nehmen.

Bei der Wertung des konzessionsbezogenen Betriebskonzepts wird insbesondere darauf geachtet, ob der vom Bieter dargestellte Lösungsansatz die zuverlässige und dauerhafte vertragsgemäße Verfügbarkeit (im Durchschnitt 98,5 % der Zeit, 24/7/365) einschließlich der möglichst kurzfristigen Wiederherstellung der Verfügbarkeit sicherstellt sowie eine möglichst einfache Bedienbarkeit und nutzerfreundliche Funktionalität der Ladeneinrichtungen erwarten lässt. Es wird insbesondere die Organisation und Strukturiertheit seiner geplanten Vorgehensweise berücksichtigt sowie darauf geachtet, welches Personal mit welcher leistungsbezogenen Qualifikation und Erfahrung in welchen Rollen und in welcher Anzahl für den Betrieb sowie die Instandhaltung und Wartung vorgesehen ist.

Einbezogen wird in die Wertung des konzessionsbezogenen Betriebskonzepts zudem, ob die Ausführungen des Bieters vollständig, nachvollziehbar, widerspruchsfrei und praktisch realisierbar sind.

Die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept sind auf maximal 15 einseitig beschriebene DIN-A4-Blätter, Times New Roman, Schriftgrad mind. 11 Pkt., Zeilenabstand mind. 1,5, Seitenrand (links und rechts) jeweils mind. 1,5 cm

zu beschränken. Bei längeren Ausführungen als 15 Blätter werden jeweils nur die Ausführungen auf den ersten 15 gewertet (die als Deckblätter zu benutzenden Formblätter zählen nicht zu den 15 Blättern).

Zuschlagsunterkriterium Qualität / A.3 Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit

Der Bieter muss für das Zuschlagsunterkriterium Qualität / A.3 Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit so konkret wie möglich den Umgang mit und die Wiederverwendbarkeit von Ressourcen sowie die Vermeidung umweltschädlicher Emissionen in Bezug auf die Hardware und die für den Aufbau und den Betrieb (inkl. Wartung und Instandhaltung) erforderlichen Komponenten sowie in Bezug auf die mit dem Aufbau und Betrieb der Ladeinfrastruktur zusammenhängenden Maßnahmen des Betreibers über die Vertragslaufzeit darlegen.

Es werden insbesondere Ausführungen zu folgenden, nicht abschließend zu verstehenden Punkten erwartet, die nachfolgend zur besseren Orientierung angegeben sind:

- Wie erfolgen die Herstellung und der Transport der Hardware der Ladeeinrichtungen unter Beachtung ökologischer/sozialer Aspekte?
 - Einsatz zertifizierter Hardware
 - Verwendung recycelter und kreislauffähiger Materialien
 - Ökologischer Fußabdruck
 - Transport vom Hersteller ins Lager des Betreibers
 - Transport zu den Standorten
- Wird auf geringe Licht- und Lärmemissionen der Hardware geachtet und wie wird das gemacht?
 - Emissionen der Hardware
 - Umwelt- und Umfeldverträglichkeit
- Gibt es ein Konzept zur Übergabefähigkeit der Ladeinfrastruktur zum Betriebsende?
 - Wiederverwendbarkeit und Übergabefähigkeit der Hardware
 - Umfolierung
 - Wiederverwendbarkeit einzelner Elemente (z.B. Fundamente)
 - Anbindung anderes Backend
 - Übergabefähigkeit der Nebenanlagen
 - Aufbereitung notwendiger Daten
- Geht das Qualitätslevel des für die Erbringung der Konzessionsleistungen vorgesehenen Grünstroms über die Anforderungen der Konzessionsgeberin hinaus?
- Gibt es weitere Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Unternehmen?
 - Baumaßnahmen bei der Errichtung
 - Energiesparmaßnahmen in Bezug auf den Betrieb der Ladeinfrastruktur
 - elektrisch angetriebene Fahrzeuge für die Wartung und Entstörung oder Standort-suche
 - kurze Wege

Bei der Wertung des konzessionsbezogenen Konzepts Nachhaltigkeit wird insbesondere darauf geachtet, ob der vom Bieter dargestellte Lösungsansatz die für die Errichtung, den Aufbau,

den Ausbau sowie den Betrieb, die Wartung und Instandhaltung der Ladeeinrichtungen erforderlichen Ressourcen in Bezug auf die Umwelt schonend, d.h. mit Blick auf eine faire Verteilung der endlichen Ressourcen auch für künftige Generationen, einsetzt. Zudem wird die Umweltverträglichkeit dahingehend bewertet, wie stark die negativen Einflüsse auf Tier und Pflanzenwelt sowie menschliche Gesundheit und Psyche sind. In den Bewertungen wird stets der Gesamteffekt bzw. die Tragweite einzelner Maßnahmen berücksichtigt. Die im Konzept angegebenen Maßnahmen müssen einen konkreten Bezug zur Erbringung der Konzessionsleistungen haben, der entsprechend darzulegen ist.

Die in dem Zuschlagsunterkriterium A.3 Konzessionsbezogenen Konzepts Nachhaltigkeit zu berücksichtigenden Anforderungen ergeben sich im Einzelnen aus der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) und den Vertragsbedingungen (VGU Teil 4), jeweils samt Anlagen. Der Bieter muss bei der Darstellung seines Konzessionsbezogenen Konzepts Nachhaltigkeit auf die entsprechenden Ziffern und konkreten Inhalte der Leistungsbeschreibung und der Vertragsbedingungen Bezug nehmen.

Einbezogen wird in die Wertung des Konzessionsbezogenen Konzepts Nachhaltigkeit zudem, ob die Ausführungen des Bieters vollständig, nachvollziehbar, widerspruchsfrei und praktisch realisierbar sind.

Die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.3 / Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit sind auf maximal 8 einseitig beschriebene DIN-A4-Blätter, Schriftart Times New Roman, Schriftgrad mind. 11 Pkt., Zeilenabstand mind. 1,5, Seitenrand (links und rechts) jeweils mind. 1,5 cm zu beschränken. Bei längeren Ausführungen als 8 Blätter werden jeweils nur die Ausführungen auf den ersten 8 Blättern gewertet (die als Deckblätter zu benutzenden Formblätter zählen nicht zu den 8 Blättern).

10.3 Wertung Preis im Einzelnen

Der Angebotspreis wird auf der Grundlage der vom Bieter für die drei vorgegebenen Ladeszenarien als kalkulatorischer, gewichteter Gesamtpreis ermittelt und bewertet. Zudem ist der sich aus den Ladeszenarien ergebende im verbindlichen Erstangebot / endgültigen Angebot angegebene Preis **nach den Maßgaben der Ziffer 17.6 der VGU Teil 3 als Höchstpreis bindend** bei der Erbringung der Konzessionsleistungen, d.h. in der Höhe nicht nach oben anpassbar bzw. nur in dem in Ziffer 17.6 der VGU Teil 3 beschriebenem Maße; niedrigere Preise als im verbindlichen Erstangebot / endgültigen Angebot angegeben sind in der Zeit der Erbringung der Konzessionsleistungen hingegen jederzeit zulässig. Es wird darauf hingewiesen, dass der Zuschlag bereits auf das verbindliche Erstangebot erfolgen kann und es in einem solchen Fall deshalb in dem betreffenden Los nicht mehr zur Abgabe eines endgültigen Angebots kommen kann und damit die oben angegebenen Preise nicht mehr nach oben angepasst werden können.

Die vom Bieter für die drei Ladeszenarien kalkulierten Preise sind in das Preisblatt (Formblatt 7, VGU Teil 5 bzw. VGU Teil 6, Formblatt 7) einzutragen. Die für die drei Ladeszenarien ausgewiesenen Preise sind insgesamt mit 20% gewichtet und untereinander gleich, d.h. mit 1/3 von 20% gewichtet.

Die drei Ladeszenarien werden jeweils für sich bewertet. Die Höchstpunktzahl erhält in jedem der drei Ladeszenarien das jeweils preisniedrigste Angebot. Der angegebene Preis ist auf der Grundlage der in der Tabelle genannten Annahmen und kalkulatorischen Mengengerüste maßgeblich für Zwecke der Angebotsbewertung. Die Höchstpunktzahl ist für jedes der drei Ladeszenarien jeweils maximal 200/3 Wertungspunkte, 66,66 Wertungspunkte.

Entsprechend dem prozentualen Abstand des Preises erhält der nächstfolgende Bieter prozentual weniger Wertungspunkte auf den angebotenen Preis in dem betreffenden Ladeszenario:

Beispiel:

Bieter 1, Szenario 1: Preis B.1: 100 EUR*, Punktzahl: $200 / 3 = 66,66$ Wertungspunkte

Bieter 2, Szenario 1: Preis B.1: 110 EUR*, d.h. Preis 10 % höher, Punktzahl: $200 / 3 - (10\% \text{ von } 200 / 3) = 66,66 - 6,66 \text{ Punkte} = 59,94$ Wertungspunkte

*Beispielangabe nur zur Erläuterung.

11. Beziehung zwischen Vergabeunterlagen bzw. Angebot und Vertrag

Bei Zuschlag werden die folgenden Teile der VGU bzw. Angebotsunterlagen wie folgt zum Bestandteil des Konzessionsvertrags:

Bezug	Dokument	↔	Vertrag
VGU Teil 4	Vertragsbedingungen	wird zu	Vertrag
VGU Teil 1	Verfahrensbedingungen	kein Vertragsbestandteil	
VGU Teil 3	Leistungsbeschreibung samt Anlagen	wird zu	Bestandteil Anlage 1.2 des Vertrages
Preisblatt	Angebot, Formblatt 8 (VGU Teil 5 / 6)	wird zu	Bestandteil Anlage 1.2 des Vertrages
Zugelassene Nachunternehmer	Teilnahmeantrag, Formblatt 4 mit Anlage (VGU Teil 2)	wird zu	Bestandteil Anlage 1.2 des Vertrages
Sonstige Angebotsbestandteile	Angebot (VGU Teile 5 / 6)	wird zu	Bestandteil Anlage 1.2 des Vertrags

IV. Angebotsphase endgültige Angebote

Die Vorgaben für die Abgabe des endgültigen Angebots sind entlang der Vorgaben für die Abgabe des Erstangebots ausgestaltet und im Einzelnen in den VGU Teil 6 enthalten. Teil 6 der VGU ist zur Sicherstellung der Transparenz bereits von Beginn des Vergabeverfahrens an abrufbar und einsehbar.

Die Konzessionsgeberin wird ggf. die im Vergabeverfahren verbliebenen Bieter auf der Grundlage der VGU Teil 6 in denjenigen Losen zur Abgabe eines endgültigen Angebots auffordern, auf die kein Zuschlag auf eines der verbindlichen Erstangebote erteilt worden ist. Die Konzessionsgeberin behält sich vor, die VGU Teil 6 im vergaberechtlich zulässigen Maß anzupassen. Die Anpassungen werden in diesem Fall entsprechend kenntlich gemacht.

V. Abschließende Informationen für die Teilnahme- und Angebotsphasen

1. Termine und Fristen

In dem Vergabeverfahren sind folgende voraussichtlichen Termine zu beachten:

Absendung EU-Bekanntmachung zur Veröffentlichung / Start Vergabeverfahren	Freitag, 23. Februar 2024
Fristende für Fragen im Teilnahmewettbewerb	Freitag, 15. März 2024, 14.00 Uhr
Ende Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge	Montag, 25. März 2024, 14.00 Uhr
Versendung der Absageschreiben an nicht geeignete Bewerber / nach dem Ranking nicht erfolgreiche Bewerber	Freitag, 19. April 2024
Versendung Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots	Freitag, 19. April 2024
Fristende für Fragen in der Angebotsphase Erstangebote	Mittwoch, 22. Mai 2024, 14.00 Uhr Donnerstag, 13. Juni 2024, 24.00 Uhr
Ende Angebotsfrist Erstangebote	Freitag, 31. Mai 2024, 14.00 Uhr Freitag, 21. Juni 2024, 12.00 Uhr
Ende Bindefrist verbindliches Erstangebot	Mittwoch, 31. Juli 2024 Mittwoch, 21. August 2024

Versendung der Absageschreiben an auszuschließende Bieter und/oder nach dem Ranking nicht erfolgreiche Bieter oder Versendung der Vorabinformation nach § 134 Abs. 1 GWB für den Fall, dass der Zuschlag auf eines oder mehrere der Erstangebote erteilt worden ist	Freitag, 21. Juni 2024 Freitag, 12. Juli 2024
Versendung der Einladung zu Verhandlungen	Freitag, 21. Juni 2024 Freitag, 12. Juli 2024
Zeitraum für die Durchführung der Verhandlungen mit den in den 5 Losen jeweils auf den Plätzen 1 bis 5 liegenden Bietern;	Montag, 1. Juli bis Freitag, 12. Juli 2024 Montag, 22. Juli 2024 bis Freitag, 2. August 2024
Versendung der Vergabeunterlagen endgültiges Angebot mit der Aufforderung zur Abgabe eines endgültigen Angebots	Mittwoch, 31. Juli 2024 Mittwoch, 14. August 2024
Fristende für Fragen in der Angebotsphase endgültige Angebote	Montag, 12. August 2024 Mittwoch, 21. August 2024
Ende Angebotsfrist endgültige Angebote	Freitag, 20. August 2024, 14.00 Uhr Freitag, 30. August 2024, 14.00 Uhr
Voraussichtliche Versendung der Vorabinformation gem. § 134 GWB	Donnerstag, 19. September 2024 (bleibt unverändert)
Voraussichtliche Erteilung des Zuschlags	Montag, 30. September 2024 (bleibt unverändert)
Ende Bindefrist endgültiges Angebot	Donnerstag, 31. Oktober 2024 (bleibt unverändert)
Voraussichtliches Kick-Off-Meeting mit Konzessionsgeberin	Bekanntgabe erfolgt zeitnah zur Erteilung des Zuschlags

Die Konzessionsgeberin behält sich vor, den vorgesehenen Terminplan unter Wahrung der Transparenz und des Gleichbehandlungsgrundsatzes diskriminierungsfrei anzupassen und insbesondere die vorgesehenen Fristen zu verlängern. Ggf. wird der vorstehende Terminplan im

Zuge der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots / endgültigen Angebots oder auch zwischendurch angepasst. Die Auftraggeberin wird die Bewerber / Bieter hierüber jeweils über die in Ziffer I.8.1 angegebene eVergabeplattform informieren.

2. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens

Die Konzessionsgeberin ist insbesondere berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben (§ 32 Abs. 1 KonzVgV). Eine Erstattung von Kosten findet nicht statt.

3. Mitteilung über Zuschlagserteilung

Die Bieter werden über die Ablehnung eines Angebots und über die Ergebnisse des Vergabeverfahrens gem. 134 Abs. 1 GWB informiert.

4. Auszug aus dem Wettbewerbsregister

Ein Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist verpflichtet, in einem Verfahren zur Vergabe einer Konzession mit einem geschätzten Vertragswert von zurzeit mindestens 5.538.000 Euro netto vor der Erteilung des Zuschlags bei der zuständigen Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der Konzessionsgeber die Konzession zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind. Die Konzessionsgeberin wird deshalb für die Bieter, die den Zuschlag erhalten sollen, beim Bundeskartellamt gem. § 6 Abs. 1 WRegG einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister anfordern. Das bundesweite Wettbewerbsregister stellt öffentlichen Auftraggebern / Konzessionsgebern für Vergabeverfahren Informationen zur Verfügung, die es den Auftraggebern / Konzessionsgebern ermöglichen, zu prüfen, ob ein Unternehmen wegen bestimmter Wirtschaftsdelikte von dem Vergabeverfahren auszuschließen ist oder ausgeschlossen werden kann.

5. Datenschutz

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens werden personenbezogene Daten verarbeitet, die von den Bietern / Nachunternehmern durch die Beteiligung an dem Vergabeverfahren und insbesondere durch die Abgabe eines Angebots übermittelt werden. Zudem verarbeitet die Konzessionsgeberin, soweit es erforderlich ist, personenbezogene Daten, die aus öffentlich zugänglichen Quellen (Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet) zulässigerweise gewonnen werden, oder von Behörden oder von sonstigen Dritten berechtigt übermittelt werden. Relevante personenbezogene Daten sind Personalia (Name, Adresse, und andere Kontaktdaten wie Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

Persönliche Daten werden gespeichert z.B. im Zusammenhang mit der Wertung und Dokumentation von Angeboten, den Bieterfragen, Daten aus der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen (z.B. über Fragen und Antworten aus dem vorliegenden Vergabeverfahren).

Die Übermittlung von personenbezogenen Daten ist freiwillig. Sofern geforderte Daten jedoch nicht übermittelt werden, kann dies dazu führen, dass das Angebot ausgeschlossen werden

muss. Es wird darum gebeten, nur die zwingend erforderlichen personenbezogenen Daten zu übermitteln.

Die in den Angebotsunterlagen enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben der Bietenden werden von der Konzessionsgeberin und seinen Beauftragten im Rahmen seiner Zuständigkeit erhoben, verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe dieser Daten an andere Stellen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Die Bieter sind verpflichtet, die am Projekt beteiligten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf die Erfassung und Speicherung ihrer Daten (z.B. Name, dienstliche Erreichbarkeit) hinzuweisen und deren Einverständnis einzuholen. Im Falle der Zuschlagserteilung sind die mit der Leistungserbringung betrauten Personen auf die Vertraulichkeit im Sinne des Datenschutzrechts zu verpflichten. Mit Abgabe des Angebots erklärt der Bieter seine Bereitschaft zur Unterzeichnung einer entsprechenden Verpflichtungserklärung. Ein Formular ist als Muster nebst Merkblatt und Gesetzestext beigelegt.

Der bezuschlagte Bieter bzw. Konzessionär verpflichtet sich, die datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten und diese Einhaltung dem jeweiligen Stand der Technik entsprechend durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Der Konzessionär sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder der Durchführung des gegenständlichen Vertrags betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist spätestens vor der erstmaligen Aufnahme der Tätigkeit vorzunehmen und der Konzessionsgeberin auf Verlangen schriftlich zu bestätigen.

Soweit die Konzessionsgeberin wegen der Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Rahmen des Vertragsverhältnisses zum Schadensersatz gegenüber Betroffenen verpflichtet ist, bleibt ihm der Rückgriff beim Konzessionär vorbehalten. Der Konzessionär erklärt sich damit einverstanden, dass die Konzessionsgeberin sowie der Datenschutzbeauftragte der Konzessionsgeberin jederzeit berechtigt sind, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarung im erforderlichen Umfang zu kontrollieren.

Weitergehende Regelungen der abzuschließenden Auftragsverarbeitungsvereinbarung bleiben unberührt.

6. Zuständige Vergabekammer

Das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen das Vergabeverfahren richtet sich nach den Vorschriften der §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zuständig ist:

Finanzbehörde
Vergabekammer (FB VK)
Gänsemarkt 36

20354 Hamburg

E-Mail: vergabekammer@fb.hamburg.de

Telefon: +49 40 42823-1690

Fax: +49 40 427923080

Unternehmen haben gegenüber der Konzessionsgeberin einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren.

Sieht sich ein an der Konzession interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb von zehn Kalendertagen gegenüber der Konzessionsgeberin zu rügen (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Teilt die Konzessionsgeberin dem Unternehmen mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann von dem Unternehmen ein Antrag auf Nachprüfung gestellt werden.

Ein Antrag auf Nachprüfung ist gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Konzessionsgeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Konzessionsgeberin gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den VGU erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Konzessionsgeberin gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Konzessionsgeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch die Konzessionsgeberin geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

* * *

Anlage 8.1 zur Leistungsbeschreibung: Gestaltungsvorgaben für Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum der FHH

Standortgestaltung

Die FHH hat ein Interesse an einer möglichst einheitlichen und stadtbildverträglichen, optisch zurückhaltenden Gestaltung von Ladeeinrichtungen und Nebenanlagen in ihrem öffentlichen Raum. Aus diesem Grund sind die nachfolgenden (optischen) Gestaltungsrichtlinien zu beachten und einzuhalten. Diese betreffen sowohl die Gestaltung der eingesetzten Hardware (z.B. Farbgebung oder Ausstattungselemente) als auch die Standortgestaltung an sich (z.B. Aufstellvarianten oder Einsatz und Gestaltung von Nebenanlagen). Die nachstehenden Regelungen sollen die Grundlage für das Erreichen dieses Zielbildes bilden. Bei der (Standort-)Gestaltung der Ladeinfrastruktur sind daher die nachfolgenden Vorgaben zu beachten:

1. Dimensionen der Ladeeinrichtungen

Die Proportionen der Ladeeinrichtungen sollten schlank und kompakt gewählt werden. Zulässige Höchstmaße sind 180 x 50 x 50 cm (H x L x T). Elemente, die nicht den Grundfunktionen der Ladeeinrichtungen dienen und dabei zusätzlich auftragen, sind unzulässig. Die Ladeeinrichtung soll optisch einheitlich wirken und dabei möglichst keine Anbauten oder Auskragungen vorweisen.

Im Falle des Aufbaus von HPC-Ladeeinrichtungen gemäß Ziffer 5.4 der Leistungsbeschreibung betragen die maximal zulässigen Außenmaße 240 x 90 x 90 cm (H x L x T). Zudem ist abweichend zu Nr. 2 dieser Anlage ein separater Hausanschlusskasten bereits ab der Errichtung einer einzelnen HPC-Ladesäule je Standort gestattet.

2. Nebenanlagen und Zusatzaggregate

Neben der Ladeeinrichtung selbst sind grundsätzlich keine Nebenelemente, Nebenanlagen oder Nebenaggregate zulässig. Im Regelfall ist eine integrierte Lösung zu wählen, bei der sich der Netzanschlusskasten, Zählerfelder, die Trennstelle zum öffentlichen Netz sowie ein Authentifizierungs- und/oder Bezahlterminal innerhalb des Körpers der Ladeeinrichtung befinden. Ein separater Netzanschlusskasten oder ein separates Bezahlterminal sind jedoch ab einer Reihe von mind. vier angeschlossenen Ladeeinrichtungen je Standort zulässig. Sofern ein separater Anschlussschrank im öffentlichen Raum errichtet wird, ist dieser nach den Technischen Anschlussbedingungen (TAB) des zuständigen Verteilnetzbetreibers zu errichten. Separate Anschlussschränke oder Bezahlterminals sind platzsparend im unmittelbaren Umfeld der Ladeeinrichtung zu errichten, ohne dass diese andere Nutzungen im öffentlichen Raum übermäßig einschränken. Derartige Anlagen sind bei der für die Ladeeinrichtung zu beantragenden Sondernutzung zu berücksichtigen. Eine Überdachung ist unzulässig.

3. Anfahrschutz

Das Aufstellen eines Anfahrschutzes ist nicht verpflichtend und liegt im Ermessen des Betreibers im Einzelfall. Grundsätzlich sollten Anfahrschutze vor Ladeeinrichtungen oder Nebenanlagen möglichst sparsam, d.h. nur dort, wo notwendig, eingesetzt und dezent gehalten werden.

4. Farbgebung

(1) Ladeeinrichtung:

Die Grundfarbe der Ladeeinrichtung ist DB 703. Diese ist möglichst vollflächig anzuwenden. Es soll nur eine weitere Farbe auf dem Gehäuse verwendet werden, die jedoch dezent und deutlich untergeordnet anzuwenden ist.

(2) Nebenanlagen:

Als Grundfarbe für sichtbare Nebenanlagen (z.B. Hausanschlusskästen oder Bezahlterminals) ist ebenfalls DB 703 zu wählen. Weitere Farben sind für Nebenanlagen grundsätzlich unzulässig.

(3) Anfahrschutz

Grundfarbe ist DB 703.

5. Logos und (Benutzer-)Informationen an der Ladeeinrichtung

Logos sind von den Vorgaben zur Farbgebung ausgenommen, sollten jedoch im Erscheinungsbild zurückhaltend sein, sparsam verwendet und dezent platziert werden. Die Platzierung ist an die jeweilige Gehäuseform anzupassen.

Soweit dies einer problemlosen Erfassung der Informationen nicht entgegensteht, sind (Benutzer-)Informationen optisch dezent zu halten und deren Platzierung an die Gehäuseform anzupassen.

6. Displays und Lichtemissionen

(1) Displays

Displays sollen der Interaktion mit den Nutzenden der Ladeeinrichtung dienen (z.B. Bedienung der Ladesäule, Informationsbereitstellung). Dargestellte Inhalte sollten da-

her gut erfassbar sein. Eine darüberhinausgehende optische Beeinträchtigung des umliegenden Raumes ist nicht erwünscht. Entsprechend sind Displays in zurückhaltender Größe auszuführen. Lichtemissionen durch Displays sind gering zu halten. Nach Möglichkeit passt sich die Helligkeit von Displays über einen Helligkeitssensor automatisch der Umgebung an und das Display schaltet sich ab, sofern keine Nutzung stattfindet. Wechselnde Bilder im Ruhezustand bzw. schnell wechselnde Bilder außerhalb dessen (z.B. im Sperrbildschirm) sind auszuschließen.

(2) Weitere Leuchten und Lichtelemente:

Leuchten und Lichtelemente sind sparsam zu verwenden. Sie müssen - sofern nicht verzichtbar - möglichst klein ausgebildet werden bzw. auf eine Größe beschränkt werden, die funktional notwendig ist. Farbiges Licht ist zu vermeiden und ansonsten auf ein funktional erforderliches Minimum zu reduzieren. Wechsellicht / Blinkendes Licht im Ruhezustand (z.B. während eines Ladevorgangs oder im betriebsbereiten Zustand ohne Ladevorgang) ist ausgeschlossen.

7. (Fremd-)Werbung

(1) Unzulässigkeit von Werbung

Mit Ausnahme der zulässigen Verwendung von Logos nach den vorstehenden Regelungen ist jede Werbung an Ladeeinrichtungen, Nebenanlagen und Baustellen zur Errichtung der Ladeeinrichtungen unzulässig. Werbung im Sinne des vorstehenden Satzes umfasst alle werblichen Handlungen.

(2) Funktionsbedingte Symbole

Allgemein gebräuchliche Symbole oder Bilder, die der Funktionalität der Ladeeinrichtung dienen oder gesetzlich vorgeschrieben sind, sind ungeachtet dessen zulässig (z.B. RFID-Symbol in der Nähe des Lesegeräts, Logos von Bezahl Dienstleistern an Bezahlterminals, usw.).

[Stand: 11.06.2024]

Vergabeunterlagen, Teil 5

Aufforderung zur Abgabe des verbindlichen Erstantgebots mit Formblättern

Konzessionsgeberin:

Freie und Hansestadt Hamburg,

vertreten durch die Behörde für Wirtschaft und Innovation (Vergabestelle)

Alter Steinweg 4

20459 Hamburg

**Verhandlungsverfahren mit vorausgehendem europaweiten Teilnahmewettbewerb zur Vergabe von
Konzessionen zur Planung, Errichtung sowie für den Betrieb von Ladeeinrichtungen einschließlich der
Erbringung der zugehörigen Service- und Wartungsleistungen**

Az.: FHH 749.4452-005/002/001

Ablauf der Angebotsfrist: Freitag, 21.Juni 2024 12.00 Uhr

Diese Vergabeunterlagen sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden. Eine Weitergabe, Vervielfältigung oder anderweitige Nutzung der Unterlagen ist nur mit vorheriger Zustimmung der FHH zulässig.

Formblatt 1:

Anschreiben verbindliches Erstangebot und Checkliste

Hinweis: Vom Bieter / ggf. bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft auszufüllen und einzureichen.

Das verbindliche Erstangebot wird abgegeben als

Bitte zutreffendes ankreuzen (x)	Art der Beteiligung
<input type="checkbox"/>	Einzelbieter
<input type="checkbox"/>	bevollmächtigter Vertreter einer Bietergemeinschaft

Bitte nachfolgend Nichtzutreffendes streichen:

Name, Anschrift und Rechtsform des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Name der Bietergemeinschaft:

Name des bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft:

An

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wirtschaft und Innovation
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

- Einzureichen über die eVergabeplattform www.subreport-elvis.de -

, den

Projekt: Vergabeverfahren Konzessionen Ladeeinrichtungen

Aktenzeichen: FHH 749.4452-005/002/001

Hier: Verbindliches Erstangebot

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir geben hiermit ein **verbindliches Erstangebot** in dem o.g. Verhandlungsverfahren mit vorausgehenden europaweiten Teilnahmewettbewerb zur Vergabe von **Konzessionen für Ladeeinrichtungen** für die nachfolgend angekreuzten Lose ab und haben in Bezug auf die einzelnen Lose folgende Los - Präferenz:

Bitte ankreuzen	Los	Präferenz (Stufen 1 bis 5, bitte entsprechende Zahl eintragen)
<input type="checkbox"/>	Los 1 (grün)	
<input type="checkbox"/>	Los 2 (blau)	
<input type="checkbox"/>	Los 3 (braun)	
<input type="checkbox"/>	Los 4 (rot)	
<input type="checkbox"/>	Los 5 (lila)	

(Stufe „1“: höchste Präferenz, Stufe „5“: niedrigste Präferenz.)

Ein Angebot darf für beliebige Lose und eine beliebige Zahl von Losen abgegeben werden; zulässig ist insbesondere die Angebotsabgabe auf alle fünf (5) Lose. Gibt ein Bieter in Bezug auf das Erstangebot nicht für alle fünf (5) Lose ein Angebot ab, ist er fortan auf die jeweiligen Lose beschränkt bzw. kann in Bezug auf das endgültige Angebot ein Angebot nicht mehr für andere Lose oder mehr Lose abgeben (siehe auch VGU Teil 1 I. 3.3 und 3.4).

Die Konzessionsgeberin würde es in Hinblick auf hinreichenden Wettbewerb in jedem der zu vergebenden Lose begrüßen, wenn jeder Bieter jeweils Angebote auf alle fünf (5) Lose abgibt.

Die erforderlichen Unterlagen (Formblätter der Vergabeunterlagen Teil 5 sowie darin geforderte Erklärungen / Nachweise) müssen unabhängig von der Anzahl der Lose, auf die sich ein Bieter bewirbt, gleichwohl insgesamt nur **ein einziges (1) Mal** abgegeben werden, ggf. im Wege der eVergabeplattform am einfachsten für Los 1. Die nachfolgend genannten Vorgaben und Zuschlagskriterien sind für alle fünf Lose gleich; es ist aus diesem Grund ausreichend, dass der Bieter die Angaben zu den Zuschlagskriterien nur **ein einziges (1) Mal** für alle Lose erklärt und abgibt, auf die er sich bewirbt.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Zuschlag insgesamt auf maximal **ein einziges (1) Los** pro Bieter erteilt wird (Zuschlagslimitierung). Für den Fall, dass der Bieter auf der Grundlage der Wertung der Angebote bzw. Punktzahl auf mehrere Lose den Zuschlag erhalten könnte, wird der Zuschlag entsprechend der von ihm angegebenen **Los - Präferenz** auf das Los erteilt, das entsprechend der Platzierung des Bieters noch verfügbar ist (siehe dazu im Einzelnen Vergabeunterlagen Teil 1, Ziffer 3).

Wir erklären:

1. Unser Angebot haben wir auf der Grundlage der EU-Auftragsbekanntmachung und der vollständig erhaltenen Vergabeunterlagen (Teile 1 bis 5 samt Anlagen) sowie einschließlich von etwaigen Hinweisen und Antworten der Vergabestelle auf Bewerber-/Bieterfragen erstellt. Wir haben die EU-

Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen geprüft und sind in der Lage, die Anforderungen an das Angebot mit der erforderlichen Genauigkeit zu verstehen.

2. Wir wissen, dass wir eine Los-Präferenz angeben müssen und verstehen, wie die Zuteilung der Lose auf Basis der von uns angegebenen Los - Präferenz erfolgt. **Die vorstehend von uns angegebene Los - Präferenz darf im endgültigen Angebot gegenüber der Angabe im vorliegenden verbindlichen Erstangebot nicht geändert werden.** Trägt ein Bieter im Zuge der Abgabe des endgültigen Angebots in die Tabelle (VGU Teil 6, Formblatt 1) eine andere als die im verbindlichen Erstangebot genannte Los-Präferenz ein, gleich, ob aus Versehen oder Absicht, ist gleichwohl die mit dem verbindlichen Erstangebot vorgenommene Los-Präferenz maßgeblich.
3. Die von uns in den nachfolgenden Formblättern eingetragenen Angaben und eingereichten Unterlagen gelten für alle Lose, auf die wir ein Angebot abgeben.
4. Wir wissen, dass unser verbindliches Erstangebot die in den Vergabeunterlagen und hier insbesondere in der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) und im Konzessionsvertrag (VGU Teil 4) gestellten Mindestanforderungen zwingend erfüllen muss und unser Angebot bei Nichterfüllung ausgeschlossen werden muss. Wir sichern zu, dass unser Angebot die Anforderungen der EU-Auftragsbekanntmachung und der Vergabeunterlagen vollständig erfüllt, diese Anforderungen über die Dauer der Vertragslaufzeit vollständig erfüllt werden und wir auch die Konzessionsleistungen für die Dauer der Vertragslaufzeit vertragsgemäß erbringen können und werden. Sollte unser Angebot mit Formblättern insoweit missverständlich, unvollständig, widersprüchlich oder unklar sein, gilt die Auslegung, nach der die Anforderungen und Mindestanforderungen der Vergabeunterlagen erfüllt sind.
5. Wir wissen, dass für die Phase zur Abgabe der Angebote auch die in den Vergabeunterlagen, Teil 1, vorgegebenen Anforderungen und Vorgaben zur Angebotserstellung zu beachten sind.
6. Wir sind mit der Verarbeitung und Speicherung der von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten einverstanden, soweit dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist.
7. Uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben oder Erklärungen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können.
8. Wir verpflichten uns, jede Änderung in Bezug auf die Angaben in den eingereichten Unterlagen, Nachweisen, Angaben oder Erklärungen rechtzeitig und unverzüglich mitzuteilen. Etwaige Rückfragen werden wir unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist, beantworten.
9. Wir haben insbesondere die Vorgaben zur Abgabe der verbindlichen Erstangebote in den Vergabeunterlagen, Teil 1, gelesen und verstanden.
10. Wir haben den nachfolgenden aktuellen Terminplan einschließlich der vorgegebenen Bindefrist zur Kenntnis genommen:

Versendung Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebots	Freitag, 19. April 2024
Fristende für Fragen in der Angebotsphase Erstangebote	Mittwoch, 22. Mai 2024, 14.00 Uhr Donnerstag, 13. Juni 2024, 24.00 Uhr
Ende Angebotsfrist Erstangebote	Freitag, 31. Mai 2024, 14.00 Uhr Freitag, 21. Juni 2024, 12.00 Uhr

Versendung der Absageschreiben an auszuschließende Bieter und/oder nach dem Ranking nicht erfolgreiche Bieter oder Versendung der Vorabinformation nach § 134 Abs. 1 GWB für den Fall, dass der Zuschlag auf eines oder mehrere der Erstangebote erteilt worden ist	Freitag, 21. Juni 2024 Freitag, 12. Juli 2024
Versendung der Einladung zu Verhandlungen	Freitag, 21. Juni 2024 Freitag, 12. Juli 2024
Zeitraum für die Durchführung der Verhandlungen mit den in den 5 Losen jeweils auf den Plätzen 1 bis 5 liegenden Bietern	Montag, 1. Juli bis Freitag, 12. Juli 2024 Montag, 22. Juli bis Freitag, 2. August 2024
Ende Bindefrist verbindliches Erstangebot	Mittwoch, 31. Juli 2024 Mittwoch, 21. August 2024

Die Konzessionsgeberin behält sich vor, den vorgesehenen Terminplan unter Wahrung der Transparenz und des Gleichbehandlungsgrundsatzes diskriminierungsfrei anzupassen und insbesondere die vorgesehenen Fristen zu verlängern. Ggf. wird der vorstehende Terminplan im Zuge der Aufforderung zur Abgabe eines endgültigen Angebots oder auch zwischendurch angepasst. Die Bieter werden hierüber ggf. über die eVergabepattform verständigt.

Hinweis:

Ein Bieter / eine Bietergemeinschaft kann u.a. gem. § 154 Abs. 1 Nr. 2 GWB iVm § 124 Abs. 1 Nr. 7, Nr. 8, Nr. 9 lit. c) GWB vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Wir geben hiermit folgende Unterlagen ab:

(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

(x)	Formblatt Nummer	Dokument	Hinweis
<input type="checkbox"/>	Formblatt 1	Anschreiben Angebot	Vom Bieter auszufüllen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 2	Einfache/r Nachunternehmer	Vom Bieter auszufüllen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 3	Erklärung zur Tariftreue / Mindestlohn, zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus §§ 123, 124 GWB und Erklärung zu Sanktionen	Siehe Hinweise auf Formblatt 2.

(x)	Formblatt Nummer	Dokument	Hinweis
		gem. § 5 k Abs. 3 VO (EU) 2022/576 v. 08.04.2022	
<input type="checkbox"/>	Formblatt 4	Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept	Vom Bieter zu erstellen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 5	Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept	Vom Bieter zu erstellen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 6	Zuschlagsunterkriterium Qualität A.3 / Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit	Vom Bieter zu erstellen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 7	Zuschlagsunterkriterium Preis B. / Preisgestaltung für drei verschiedene Ladeszenarien	Vom Bieter zu erstellen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 8	Designkonzept / Deckblatt für Angaben / kein Zuschlagskriterium	Vom Bieter zu erstellen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 9	Verhandlungsbedarf	Vom Bieter auszufüllen und einzureichen
<input type="checkbox"/>	Formblatt 10	Abschließende rechtsverbindliche Erklärung	Vom Bieter auszufüllen und einzureichen

Formblatt 2:

Benennung des / der einfachen Nachunternehmer sowie der Leistungsart, des Leistungsbereiches und des Leistungsvolumens des / der einfachen Nachunternehmer/s

Hinweis:	Vom Bieter / ggf. bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft auszufüllen und einzureichen. Das Formblatt 4 der VGU Teil 2 ist durch das vorliegende Formblatt 2 der VGU Teil 5 angepasst worden.
-----------------	---

Die Regelungen zu einfachen Nachunternehmern in den Vergabeunterlagen Teil 1 und in dem Anschreiben vom 19. April 2024 der Aufforderung zur Abgabe eines verbindlichen Erstangebots haben wir zur Kenntnis genommen.

Jeder einfache Nachunternehmer muss die in den VGU Teil 2 an einfache Nachunternehmer gestellten Eignungsanforderungen erfüllen; die dafür erforderlichen Unterlagen (Erklärungen / Nachweise) müssen vorgelegt werden.

1. Namentliche Benennung eines einfachen Nachunternehmers und Formblätter, die für einfache Nachunternehmer abzugeben sind

Die Benennung eines **einfachen Nachunternehmers und/oder eines weiteren einfachen Nachunternehmers** ist auch im verbindlichen Erstangebot unter dem Aspekt der Zumutbarkeit **freiwillig**.

Sollte es dem Bieter / der Bietergemeinschaft zum Zeitpunkt des Endes der Angebotsfrist für das verbindliche Erstangebot / vor der Erteilung des Zuschlags auf das verbindliche Erstangebot **nicht möglich** sein, für Leistungen, für deren Erbringung Dritte als **einfache Nachunternehmer** vorgesehen sind, ein bestimmtes Unternehmen namentlich zu benennen, **darf / dürfen der / die Namen der Unternehmen auch nach der Erteilung des Zuschlags benannt werden. Unterlagen, die ggf. für einen einfachen Nachunternehmer abgegeben werden müssen, dürfen gleichfalls auch noch nach der Erteilung des Zuschlags abgegeben werden.**

Gleichfalls dürfen bereits namentlich benannte einfache Nachunternehmer im Zuge der Abgabe des verbindlichen Erstangebots durch entsprechende Angaben im vorliegenden Formblatt 2 gestrichen oder ausgetauscht werden. Bei einem Austausch eines Nachunternehmers nach Erteilung des Zuschlags finden die Vorgaben der Ziffer 24 VGU Teil 3 (Leistungsbeschreibung) Anwendung.

Für den Fall, dass ein Bieter / eine Bietergemeinschaft bis zur Erteilung des Zuschlags den / die einfachen Nachunternehmer nicht namentlich benannt hat, wird die Konzessionsgeberin nach der Erteilung der Zuschlagserteilung auf den Bieter / die Bietergemeinschaft zukommen und die Namen und Unterlagen für den / die einfachen Nachunternehmer (Formblätter 7 und 9 VGU Teil 2) anfordern.

2. Pflichtangaben auf dem vorliegenden Formblatt 2

Die vom Bieter / der Bietergemeinschaft auf Formblatt 4 der Vergabeunterlagen Teil 2 / Teilnahmeantrag gemachten Angaben müssen hier in der Angebotsphase verbindliche Erstangebote nicht nochmals gemacht werden und gelten grundsätzlich weiter.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft kann jedoch mit entsprechenden Angaben auf dem vorliegenden Formblatt 2 die auf Formblatt 4 der Vergabeunterlagen Teil 2 / Teilnahmeantrag gemachten Angaben ergänzen und/oder ändern; insoweit ersetzt ggf. das vorliegende Formblatt 2 der VGU Teil 5 das Formblatt 4 der VGU Teil 2.

Entsprechend den Vorgaben auf Formblatt 4 VGU Teil 2 des Teilnahmewettbewerbs ist **mit dem verbindlichen Erstangebot auf dem vorliegenden Formblatt 2 – zumindest – anzugeben**, ob und ggf. welche Leistungen (Beschreibung der Leistungsart und des Leistungsbereiches des Nachunternehmers) mit welchem Umfang in EUR durch Nachunternehmer erbracht werden sollen (siehe Tabelle unten); diese Angaben sind nachfolgend aber nur zu machen, wenn der Bieter / die Bietergemeinschaft die Angaben gegenüber den Angaben auf Formblatt 4 VGU Teil 2 ändern / ergänzen möchte.

Es ist beabsichtigt, Nachunternehmer einzusetzen:

Bitte zutreffendes ankreuzen (x)	Einsatz eines / mehrerer Nachunternehmer
<input type="checkbox"/>	Ja
<input type="checkbox"/>	Nein

Es ist – aktuell – folgender Nachunternehmereinsatz vorgesehen:

Laufende Nr.	Name, Adresse, Rechtsform Nachunternehmer	Beschreibung der Leistungsart und des Leistungsbereiches des Nachunternehmers	Umfang der Leistungen, die vom Nachunternehmer erbracht werden (EUR)
1			
2			
3			

(Bitte Tabelle bei Bedarf erweitern.)

Folgende **einfache** Nachunternehmer (siehe Formblatt 4, VGU Teil 2) sind gegenüber den Angaben in unserem Teilnahmeantrag nicht mehr vorgesehen:

Laufende Nr.	Name, Adresse, Rechtsform Nachunternehmer	Beschreibung der Leistungsart und des Leistungsbereiches des Nachunternehmers	Umfang der Leistungen, die vom Nachunternehmer erbracht werden (EUR)
1			

Laufende Nr.	Name, Adresse, Rechtsform Nachunternehmer	Beschreibung der Leistungsart und des Leistungsbereiches des Nachunternehmers	Umfang der Leistungen, die vom Nachunternehmer erbracht werden (EUR)
2			
3			

(Bitte Tabelle bei Bedarf erweitern.)

Wir wissen, dass die Konzessionsgeberin sich vor dem Hintergrund der Komplexität und des Ineinandergreifens der verschiedenen zu erbringenden Leistungen vorbehält, den Bieter, falls er einen oder mehrere Nachunternehmer einsetzt, ggf. vor / nach der Erteilung des Zuschlags kurzfristig aufzufordern, darzulegen und nachzuweisen, dass er die Leistungen ohne problematische Schnittstellen aus „einer Hand“ erbringen kann.

Formblatt 3:

Erklärung zur Tariftreue/Mindestlohn, zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe aus § 154 Nr. 2 GBW iVm §§ 123, 124 GWB und Erklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, in der Fassung des Artikel 1 Ziffer 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

Hinweis:	<p>Siehe Hinweis auf Formblatt 2 – Abgabe mit dem verbindlichen Erstangebot nicht zwingend erforderlich.</p> <p>Der Bieter / die Bietergemeinschaft kann die für einfache Nachunternehmer abzugebenden Formblätter bei der Konzessionsgeberin im Wege einer Bieterfrage anfordern, wenn er die einfachen Nachunternehmer bereits mit dem verbindlichen Erstangebot benennen und auch die erforderlichen Formblätter für diese mitabgeben möchte.</p>
-----------------	--

Formblatt 4:

Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept / Deckblatt

Hinweis: Abzugeben vom Bieter / bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft.
--

Bieter / bevollmächtigter Vertreter und Mitglied der Bietergemeinschaft (vorstehend Unzutreffendes bitte streichen):

Name:

Rechtsform:

Adresse:

Der Bieter muss für das Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept so konkret wie möglich die Vorbereitung, die Planung sowie den vertragsgemäßen Auf- und Ausbau der Ladeeinrichtungen einschließlich ihrer Inbetriebnahme in der dafür vorgegebenen Zeit unter Beachtung der Anforderungen und Vorgaben der Vergabeunterlagen, insbesondere Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen, darlegen.

Die weitergehenden Anforderungen an die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept und die Wertung dieses Zuschlagsunterkriteriums sind den Vergabeunterlagen Teil 1 (Ziffer III.10) zu entnehmen.

Die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.1 / Konzessionsbezogenes Auf- und Ausbaukonzept sind auf maximal 15 einseitig beschriebene DIN-A4-Blätter, Schriftart Times New Roman, Schriftgrad mind. 11 Pkt., Zeilenabstand mind. 1,5, Seitenrand (links und rechts) jeweils mind. 1,5 cm zu beschränken. Bei längeren Ausführungen als 15 Blätter werden jeweils nur die Ausführungen auf den ersten 15 Blättern gewertet (die als Deckblätter zu benutzenden Formblätter zählen nicht zu den 15 Blättern).

Formblatt 5:

Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept/ Deckblatt

Hinweis: Abzugeben vom Bieter / bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft.
--

Bieter / bevollmächtigter Vertreter und Mitglied der Bietergemeinschaft (vorstehen Unzutreffendes bitte streichen):

Name:

Rechtsform:

Adresse:

Der Bieter muss für das Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept so konkret wie möglich darlegen, wie er den Betrieb, die Wartung und Instandhaltung sowie den Rückbau der Ladeeinrichtungen unter Beachtung der Vorgaben der Vergabeunterlagen, insbesondere Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen, zur vertragsgemäßen Erbringung der Konzessionsleistungen für die Dauer der Vertragslaufzeit mit Erreichung der geforderten Verfügbarkeit der Ladeeinrichtungen durchführen wird.

Die weitergehenden Anforderungen an die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept und die Wertung dieses Zuschlagsunterkriteriums sind den Vergabeunterlagen Teil 1 (Ziffer III.10) zu entnehmen.

Die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.2 / Konzessionsbezogenes Betriebskonzept sind auf maximal 15 einseitig beschriebene DIN-A4-Blätter, Schriftart Times New Roman, Schriftgrad mind. 11 Pkt., Zeilenabstand mind. 1,5, Seitenrand (links und rechts) jeweils mind. 1,5 cm zu beschränken. Bei längeren Ausführungen als 15 Blätter werden jeweils nur die Ausführungen auf den ersten 15 gewertet (die als Deckblätter zu benutzenden Formblätter zählen nicht zu den 15 Blättern).

Formblatt 6:

Zuschlagsunterkriterium Qualität A.3 / Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit / Deckblatt

Hinweis: Abzugeben vom Bieter / bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft.
--

Bieter / bevollmächtigter Vertreter und Mitglied der Bietergemeinschaft (vorstehen Unzutreffendes bitte streichen):

Name:

Rechtsform:

Adresse:

Der Bieter muss für das Zuschlagsunterkriterium Qualität / A.3 Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit so konkret wie möglich den Umgang mit und die Wiederverwendbarkeit von Ressourcen sowie die Vermeidung umweltschädlicher Emissionen in Bezug auf die Hardware und die für den Aufbau und den Betrieb (inkl. Wartung und Instandhaltung) erforderlichen Komponenten sowie in Bezug auf die mit dem Aufbau und Betrieb der Ladeinfrastruktur zusammenhängenden Maßnahmen des Betreibers über die Vertragslaufzeit darlegen.

Die weitergehenden Anforderungen an die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.3 / Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit und die Wertung dieses Zuschlagsunterkriteriums sind den Vergabeunterlagen Teil 1 (Ziffer III.10) zu entnehmen.

Die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Qualität A.3 / Konzessionsbezogenes Konzept Nachhaltigkeit sind auf maximal 8 einseitig beschriebene DIN-A4-Blätter, Schriftart Times New Roman, Schriftgrad mind. 11 Pkt., Zeilenabstand mind. 1,5, Seitenrand (links und rechts) jeweils mind. 1,5 cm zu beschränken. Bei längeren Ausführungen als 8 Blätter werden jeweils nur die Ausführungen auf den ersten 8 Blättern gewertet (die als Deckblätter zu benutzenden Formblätter zählen nicht zu den 8 Blättern).

Formblatt 7:

Zuschlagskriterium Preis B / „Preisgestaltung für drei verschiedene Ladeszenarien“ / Deckblatt

Hinweis: Abzugeben vom Bieter / bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft.

Bieter / bevollmächtigter Vertreter und Mitglied der Bietergemeinschaft (vorstehen Unzutreffendes bitte streichen):

Name:

Rechtsform:

Adresse:

Es werden drei Ladeszenarien in der Leistungsklasse 11-22 kW vorgegeben, die sowohl eine zeitliche als auch eine kapazitive Komponente enthalten.

Es ist jeweils der dem EMP insgesamt in Rechnung gestellte Preis (inkl. aller Preiskomponenten, z.B. kWh-Preis, Blockiergebühr, Session-Fee und weitere) für den jeweiligen Ladevorgang anzugeben, wobei die einzelnen Preiskomponenten aufzuschlüsseln sind. Zusätzlich ist die dahinterliegende Tarifstruktur (jew. Systematik von kWh-Preis, Grundgebühr, Minutenpreis, etc.) anzugeben:

- **(1)** Angabe des dem EMP insgesamt in Rechnung gestellten Preises für einen Ladevorgang, der vier Stunden dauert und bei dem 30 kWh geladen werden, Start des Ladevorgangs: 8:00 Uhr;
- **(2)** Angabe des dem EMP insgesamt in Rechnung gestellten Preises für einen Ladevorgang, der zwei Stunden dauert und bei dem zwölf kWh geladen werden, Start des Ladevorgangs: 12:00 Uhr;
- **(3)** Angabe des dem EMP insgesamt in Rechnung gestellten Preises für einen Ladevorgang, der 13 Stunden dauert und bei dem 55 kWh geladen werden, Start des Ladevorgangs: 18:30 Uhr.

Die weitergehenden Anforderungen an die Ausführungen zum Zuschlagsunterkriterium Preis B / **Preisgestaltung für drei verschiedene Ladeszenarien** und die Wertung dieses Zuschlagsunterkriteriums sind den Vergabeunterlagen Teil 1 (Ziffer III.10) zu entnehmen.

Bitte tragen Sie die für die vorstehend genannten drei Szenarien geforderten Preise mit einer Angabe mit zwei Stellen nach dem Komma und EUR netto in die nachfolgende Tabelle ein:

Nr. Szenario	Preis (EUR, netto)	Einzelne Preiskomponenten (EUR, netto)
(1)		

(2)		
(3)		

(Die Angaben zu einzelnen Preiskomponenten sind als absolute Werte in der Spalte „Einzelne Preiskomponenten“ anzugeben. Die ergänzende Beschreibung der Tarifstruktur ist ebenfalls in der Spalte „Einzelne Preiskomponenten“ einzufügen. Beispiel: Wird z.B. eine Blockiergebühr erhoben, ist der in dem jeweiligen Szenario anfallende absolute Wert in EUR (netto) anzugeben, bspw. EUR 1,45. Ergänzend ist erläuternd die Systematik anzugeben, bspw. EUR 0,15/Min. ab einer Transaktionsdauer von 180 Minuten. Es handelt sich hierbei ausdrücklich um Beispielwerte.)

Die vorstehend gemachten Preisangaben sind nach der **Maßgabe der Ziffer 17.6 der Leistungsbeschreibung** (VGU Teil 3) als **Höchstpreis** anzusehen und verbindlich; niedrigere Preise als im verbindlichen Erstangebot angegeben sind in der Zeit der Erbringung der Konzessionsleistungen hingegen jederzeit zulässig. Es wird darauf hingewiesen, dass der Zuschlag bereits auf das verbindliche Erstangebot erfolgen kann und es in einem solchen Fall deshalb in dem betreffenden Los nicht mehr zur Abgabe eines endgültigen Angebots kommen kann und damit die oben angegebenen Preise nicht mehr nach oben angepasst werden können.

Formblatt 8:

Designkonzept für die generelle Gestaltung der zu errichtenden Ladeeinrichtungen / Deckblatt

Hinweis: Abzugeben vom Bieter / bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft.
--

Name:

Rechtsform:

Adresse:

Der Bieter / die Bietergemeinschaft muss mit seinem verbindlichen Erstangebot gemäß Ziffer 8.2 der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) ein Designkonzept abgeben. **Das Designkonzept ist nicht Teil der Zuschlagskriterien.** Es sind in dem abzugebenden Designkonzept gleichwohl die in der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) und insbesondere in Anlage 8.1 der Leistungsbeschreibung und dem Konzessionsvertrag (VGU Teil 4) dazu vorgegebenen Anforderungen und **Mindestanforderungen einzuhalten.**

Das Designkonzept soll in erster Linie bildliche Darstellungen der Ladeeinrichtungen enthalten, insbesondere sind folgende Punkte darzustellen:

- Ansichten der nach Ziffer 5.2 der Leistungsbeschreibung (VGU Teil 3) geforderten Ladeeinrichtungen von allen Seiten,
- Einzelstandort (2 Ladepunkte) inkl. Ladeeinrichtungen und Nebenanlagen,
- Doppelstandort (4 Ladepunkte) inkl. Ladeeinrichtungen und Nebenanlagen.

Formblatt 9:

Verhandlungsbedarf in Bezug auf Vorgaben der Vergabeunterlagen

Hinweis: Abzugeben vom Bieter / bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft.
--

Bieter / bevollmächtigter Vertreter und Mitglied der Bietergemeinschaft (vorstehen Unzutreffendes bitte streichen):

Name:

Rechtsform:

Adresse:

Für die Verhandlungen über unser verbindliches Erstangebot melden wir folgende Verhandlungsbedarfe an; diese dürfen auch in einer Anlage zu diesem Formblatt dargestellt werden:

Nr.	Bezug Vergabeunterlagen (Teil, Ziffer)	Inhaltliches Stichwort	Vorschlag alternative für Regelung / Bitte kurz, aber nachvollziehbar beschreiben	Beschreibung der Auswirkungen auf das endgültige Angebot

(Bitte Tabelle bei Bedarf erweitern.)

Die Konzessionsgeberin kann, muss aber die genannten Verhandlungsbedarfe in den Verhandlungen über das verbindliche Erstangebot nicht aufgreifen.

Die vorstehend genannten Verhandlungsbedarfe sind ggf. ausschließlich in Hinblick auf die Abgabe eines endgültigen Angebots relevant.

Wir wissen, dass wir das Erstangebot auf der Grundlage der Vorgaben der Vergabeunterlagen abgeben müssen, wie sie bekannt gegeben bzw. wie sie ggf. vor der Abgabe des verbindlichen Erstangebots angepasst worden sind. Das bedeutet, dass im verbindlichen Erstangebot seitens des Bieters nur solche Änderungen der Vergabeunterlagen berücksichtigt werden dürfen, welche die

Konzessionsgeberin im Zuge von bekannt gemachten Änderungen der Vergabeunterlagen vorgenommen hat und/oder sich aus den Antworten auf Bewerber-/Bieterfragen ergeben haben.

* * *

Formblatt 10:

Abschließende rechtsverbindliche Erklärung

Hinweis:	Vom Bieter / ggf. dem bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft zu erklären und einzureichen.
-----------------	---

Name des Erklärenden, d.h. des Bieters / bevollmächtigten Vertreters der Bietergemeinschaft

(Vorstehend Unzutreffendes durchstreichen):

Hiermit wird die Richtigkeit der auf den vorstehenden **Formblättern 1 bis 9** und auf den jeweils beigefügten Blättern gemachten Angaben bestätigt und auf dieser Grundlage ein rechtsverbindliches Angebot abgegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass das Angebot nach Abgabe **nicht** geändert werden kann.

(Vollständiger Name des / der Erklärenden, Funktion, Unternehmensbezeichnung)

Ort:	Datum:
------	--------

Hinweis: Wird das Angebot an den genannten Stellen nicht mit dem vollständigen Namen des / der Erklärenden versehen / eingereicht, wird der Bieter / die Bietergemeinschaft zwingend vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Eine Unterschrift ist nicht erforderlich.
--

* * *